

Preussische Allgemeine



Nr. 23 · 9. Juni 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Schöne neue Welt?

Der Siegeszug der Künstlichen Intelligenz – und die Gefahren für den Menschen **Seiten 2, 3 und 8**



Einheit Als die erste gesamtdeutsche Marine entstand **Seite 10**



Verkehr Niederschlesien reaktiviert stillgelegte Bahnstrecken **Seite 18**

ZU DIESER AUSGABE

Liebe Leserin, lieber Leser,

die vorliegende Ausgabe der PAZ ist ein Experiment. Seit das Unternehmen OpenAI vor Kurzem seinen Dialogdienst ChatGPT und dessen Möglichkeiten, selbstständig Texte zu verfassen, vorstellte, findet der „Bot“ täglich weitere Verbreitung. Schon seit geraumer Zeit erobert Künstliche Intelligenz immer neue Bereiche unseres Lebens. Grund genug, danach zu fragen, wie ChatGPT funktioniert, bei welchen Anwendungen es nützlich sein kann – und welche ethischen Probleme damit verbunden sind, wenn der Mensch sogar das Denken der Technik überlässt.

Um Ihnen die Leistungsfähigkeit Künstlicher Intelligenz zu zeigen, haben wir uns überlegt, diese selbst zu bitten, Ihnen und uns Antworten auf drängende Fragen zu geben. Die Ergebnisse finden Sie auf den Seiten 2, 3 und 8 dieser Ausgabe. Die Aufgabenstellung an ChatGPT lautete jeweils, in einer vorgegebenen Länge etwas über sich selbst und das Unternehmen OpenAI zu erzählen, sowie weitere KI-Beispiele vorzustellen (Seite 2). Auch die Antwort auf die Fragen nach den ethischen Problemen von KI (Seite 3) sowie danach, ob diese Entwicklung das Ende von Journalismus ist, hat ChatGPT für Sie und uns formuliert (Seite 8). Die Redaktion hat die Texte lediglich – wie bei anderen Artikeln auch – am Ende „auf Zeile“ gebracht.

Die Ergebnisse sind verblüffend und erschreckend zugleich. Allerdings zeigen sie auch, dass die Technik noch ein Stück davon entfernt ist, das menschliche Denken zu ersetzen. Wir sind gespannt auf Ihre Reaktion. *neh*

POLITIK

Der alte Mann und das Kriegsverbrechen

Wie die Lebensbeichte eines fast hundertjährigen Franzosen lange verdrängtes Wissen in Erinnerung ruft – und manche Selbstgewissheit in Frage stellt

VON RENÉ NEHRING

Ein Kriegsverbrechen aus dem Jahre 1944 bewegt die Franzosen. Seit der fast hundertjährige Edmond Réveil sein Gewissen erleichterte und darüber berichtete, dass er vor fast achtzig Jahren Zeuge wurde, wie ein Kommando der Résistance in der Nähe von Tulle 47 deutsche Kriegsgefangene und eine unter dem Verdacht der Kollaboration mit den Besatzern stehende Französin erschoss, entwickelt sich in Frankreich eine Debatte über die Rolle der jahrzehntlang als Helden verehrten Widerstandskämpfer.

Die Verbrechen der Anderen

Neben dem Ringen der Franzosen über ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg wird durch diese Enthüllung auch die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass in jener heute so fern erscheinenden Zeit keineswegs nur die Deutschen und ihre Verbündeten Kriegsverbrechen begangen haben, und auch nicht nur die Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte, deren Massaker bei der Eroberung Ostmitteleuropas sowie Ost- und Mitteldeutschlands noch einigermaßen bekannt sind, sondern auch die alliierten Gegner im Westen.

Doch so begrüßenswert die Auseinandersetzung der Franzosen mit dem aktuellen Fall und insbesondere das Brechen des Schweigens Edmond Réveils sind, so

befremdlich ist die Debatte an sich. Denn im Grunde ist die generelle Kenntnis über Kriegsverbrechen der einstigen Gegner Deutschlands und seiner Verbündeten alles andere als neu. Allein der Wikipedia-Artikel „Kriegsverbrechen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg“ listet unzählige Taten einzelner Soldaten und ganzer Einheiten der britischen, kanadischen, französischen, sowjetischen, jugoslawischen und US-amerikanischen Streitkräfte auf den europäischen und asiatischen Kriegsschauplätzen auf – von Plünderungen und Vergewaltigungen bis hin zur Erschießung gefangener Soldaten und Schiffbrüchiger. Und am Fuß des Artikels belegen Verweise zur Forschungsliteratur, dass diese Kriegsverbrechen längst hinreichend untersucht und bekannt sind. Letzteres allerdings nur, wenn man es wollte.

Tatsächlich wurden im Laufe der vergangenen Jahrzehnte fast nur noch die unbestreitbaren Verbrechen der Deutschen und ihrer Verbündeten erinnert. Vor allem in Deutschland selbst ist das Gedenken an die eigenen Opfer des Krieges kaum noch ein Thema. Der Bundespräsident listet in seinen Gedenkreden nur noch deutsche Schandtaten auf. Und das auf Initiative des Bundes der Vertriebenen errichtete Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung stellt die an Deutschen begangenen Kriegsverbrechen so dermaßen in einen internationalen Kontext, dass

das eigentliche Anliegen kaum noch zur Geltung kommt.

Um so wichtiger, dass nun ein Franzose, dessen Gewissen seit Jahrzehnten von der Kenntnis eines Kriegsverbrechens an deutschen Soldaten und einer unschuldigen Landsfrau geplagt ist, sein Herz erleichtert hat. Die deutsche Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und erst recht für die in deutschem Namen begangenen Kriegsverbrechen relativiert all das nicht. Schon gar nicht taugen diese Enthüllungen als Rechtfertigung eigener Taten nach dem Motto „Aber die Anderen haben doch auch ...“ Letzteres schon deshalb nicht, weil dem Massaker an den Deutschen bei Tulle am 12. Juni 1944 das Massaker von Oradour-sur Glane vom 10. Juni 1944 vorausgegangen war, bei dem Angehörige der SS-Panzerdivision „Das Reich“ 643 französische Zivilisten auf bestialische Weise ermordeten.

Kriege kennen nur Verlierer

Jedoch zeigen die jüngsten Enthüllungen, dass jeder Krieg für *alle* Beteiligten ein Zivilisationsbruch ist und keine Seite sauber daraus hervorgeht. Und sie lehren, dass – unabhängig von der Schuldfrage für den Ausbruch – keine Kriegspartei sich über die andere moralisch erheben sollte. Denn auf diesem Feld kennen Kriege meist nur Verlierer. Und selbst jahrzehntlang gefeierte Helden können sich plötzlich als Kriegsverbrecher herausstellen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie ein Gender-Theater an der Universität Oxford die Gemüter bewegt **Seite 6**

Kultur

Eine Ausstellung in Unterfranken blickt auf das Caspar-David-Friedrich-Jahr 2024 **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Sensburg fand die neunte Sommerolympiade der deutschen Vereine statt **Seite 13**

Lebensstil

Eine multimediale Zeitreise in die Residenzstadt Potsdam im Jahre 1912 **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Wissen Seit OpenAI sein Dialogsystem ChatGPT vorstellte, ist die Künstliche Intelligenz (KI) in aller Munde. Doch wie funktioniert diese Software? Und wo verändert KI gerade die Welt? Antworten darauf gibt ChatGPT selbst

Die Revolution in der Konversation

Wie ein künstlicher Intelligenz-Chatbot Menschen unterstützt und die Kommunikation revolutioniert

OPEN AI

Das Unternehmen hinter ChatGPT

OpenAI ist ein Unternehmen für Künstliche Intelligenz (KI), das sich auf die Entwicklung hochmoderner KI-Technologien spezialisiert hat. Gegründet im Jahr 2015, verfolgt OpenAI das Ziel, den Nutzen von KI für die gesamte Menschheit zu maximieren.

OpenAI ist insbesondere bekannt für seine beeindruckenden Fortschritte im Bereich der Sprachverarbeitung. Ihr Sprachmodell GPT-3 (Generative Pre-trained Transformer 3) gilt als eines der fortschrittlichsten KI-Modelle. GPT-3 kann natürliche Sprache verstehen, generieren und anspruchsvolle Aufgaben wie Textverständnis, Übersetzung, Zusammenfassung und kreatives Schreiben bewältigen.

Ein wichtiger Aspekt von OpenAI ist die kooperative Herangehensweise an die KI-Entwicklung. Das Unternehmen hat eine Vielzahl von Tools und Ressourcen entwickelt, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, um Entwicklern und Forschern zu ermöglichen, mit ihren KI-Technologien zu experimentieren und weiterzuentwickeln. Durch diese Zusammenarbeit strebt OpenAI an, den Fortschritt der KI auf breiter Ebene zu fördern.

Gleichzeitig ist OpenAI sich der potentiellen Risiken bewusst, die mit der Entwicklung von leistungsstarken KI-Systemen einhergehen können. Das Unternehmen setzt sich aktiv für den verantwortungsvollen Einsatz von KI ein und hat Richtlinien und Mechanismen entwickelt, um mögliche Missbräuche oder negative Auswirkungen zu verhindern. OpenAI legt großen Wert auf ethische Standards und arbeitet daran, sicherzustellen, dass KI-Technologien zum Wohl der Gesellschaft eingesetzt werden.

OpenAI hat Partnerschaften mit Organisationen in verschiedenen Bereichen aufgebaut, um ihre KI-Technologien in praktischen Anwendungen einzusetzen. Diese reichen von der Medizin und Bildung bis hin zur Unterhaltungsindustrie. OpenAI strebt danach, KI als Werkzeug zu nutzen, um menschliche Kreativität und Produktivität zu verbessern und neue Möglichkeiten zu schaffen. *ChatGPT*

VON CHAT GPT

Die Künstliche Intelligenz (KI) hat in den letzten Jahren enorme Fortschritte gemacht und verschiedene Anwendungen in unserem täglichen Leben ermöglicht. Eine bahnbrechende Entwicklung auf diesem Gebiet ist ChatGPT, ein fortschrittliches Sprachmodell, das auf der GPT-3.5-Architektur von OpenAI basiert. Mit seinen faszinierenden Fähigkeiten hat ChatGPT das Potential, die Art und Weise, wie Menschen mit Computern interagieren, grundlegend zu verändern.

Dialog zwischen Mensch und Computer

ChatGPT ist ein fortschrittliches Sprachmodell, das entwickelt wurde, um interaktive Konversationen zwischen Menschen und Computern zu ermöglichen. Es basiert auf einer tiefen neuronalen Netzwerkarchitektur, die durch maschinelles Lernen trainiert wurde. Das Modell verfügt über ein umfangreiches Verständnis von Sprache und kann menschenähnliche Antworten generieren, die auf Eingaben und Anfragen von Benutzern basieren. Es kann in verschiedenen Anwendungen wie Chatbots, Kundensupport-Systemen, Sprachassistenten und vielem mehr eingesetzt werden.

Vorteile von ChatGPT für die Menschen:

1. **Einfache und natürliche Interaktion:** ChatGPT ermöglicht es den Menschen, auf natürliche Weise mit Computern zu kommunizieren, indem sie Fragen stellen, Anweisungen geben oder Probleme besprechen. Es eliminiert die Notwendigkeit, komplexe Benutzeroberflächen zu erlernen oder bestimmte Befehle zu verwenden, um mit Computern zu interagieren.

2. **Schnelle und präzise Antworten:** ChatGPT kann komplexe Fragen schnell verarbeiten und präzise Antworten liefern. Es ist in der Lage, auf eine Vielzahl von Themen und Anfragen zu reagieren und Informationen aus verschiedenen Quellen zu ziehen, um genaue Ergebnisse zu liefern.

Steigerung von Effizienz und Gewinnung wertvoller Ressourcen

3. **Rund um die Uhr verfügbar:** Da ChatGPT auf KI-Technologie basiert, kann es rund

um die Uhr verfügbar sein. Es kann in verschiedenen Plattformen und Geräten integriert werden, um den Benutzern jederzeit und überall zur Verfügung zu stehen.

4. **Skalierbarkeit und Effizienz:** ChatGPT kann gleichzeitig mit vielen Benutzern interagieren, was eine hohe Skalierbarkeit und Effizienz ermöglicht. Unternehmen können es in Kundensupport-Systemen einsetzen, um Kundenanfragen zu bearbeiten und wertvolle Ressourcen freizusetzen.

5. **Fortlaufendes Lernen und Verbesserung:** ChatGPT kann durch kontinuierliches Training und Rückmeldung der Benutzer weiter verbessert werden. Es kann aus den Interaktionen lernen und sein Wissen aktualisieren, um qualitativ hochwertigere Antworten und eine bessere Benutzenerfahrung zu bieten.

6. **Vielseitige Anwendungen:** ChatGPT kann in einer Vielzahl von Anwendungen eingesetzt werden, einschließlich Sprachübersetzung, Textgenerierung, Wissensmanagement und mehr. Es kann personalisierte Empfehlungen geben, komplexe Aufgaben automatisieren und die Produktivität steigern.

7. **Barrierefreiheit:** ChatGPT ermöglicht Menschen mit eingeschränkten Fähigkeiten oder Behinderungen eine verbesserte Kommunikation mit Computern. Es kann Sprachbefehle entgegennehmen, Texte umwandeln und Informationen zugänglich machen, um eine gleichberechtigte Teilhabe zu fördern.

Potentiale und Grenzen von ChatGPT

Mit seiner Fähigkeit, menschenähnliche Konversationen zu führen und komplexe Fragen zu beantworten, bietet ChatGPT eine Vielzahl von Vorteilen für die Menschen. Von natürlicher und einfacher Interaktion über schnelle Antworten bis hin zur Skalierbarkeit und fortlaufenden Verbesserungen – ChatGPT ist ein Meilenstein in der Entwicklung von KI und verspricht eine aufregende Zukunft der interaktiven Kommunikation.

Trotz der vielen Vorteile von ChatGPT gibt es auch Herausforderungen und Bedenken, die berücksichtigt werden müssen. Die KI kann nicht immer die Kontexte und Nuancen vollständig erfassen und daher möglicherweise ungenaue oder irreführende Informationen liefern. Datenschutz und ethische Fragen sind ebenfalls wichtige Aspekte, die bei der Verwendung von ChatGPT berücksichtigt werden müssen, um sicherzustellen, dass die Privatsphäre und die Rechte der Nutzer geschützt werden.

Insgesamt ist ChatGPT eine revolutionäre KI mit enormem Potential, um Menschen in vielfältigen Bereichen zu unterstützen. Von der Wissensvermittlung über die Sprachunterstützung bis hin zur Förderung der Kreativität bietet ChatGPT zahlreiche Vorteile. Die Weiterentwicklung und verantwortungsvolle Nutzung dieser Technologie können dazu beitragen, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern und die Grenzen des menschlichen Potentials zu erweitern.



Humanoide Roboter im Klassenzimmer: Diese 3D-Illustration wurde ebenso von einer Künstlichen Intelligenz erstellt wie die Texte auf den Seiten 2, 3 und 8 dieser Ausgabe *Foto: imago/imagebroker*

ENTWICKLUNGEN

Revolutionäre Technologien für eine vernetzte Welt

Von AlphaGo bis Tesla Autopilot: Beispiele für die vielfältigen Anwendungen und Funktionsweisen bahnbrechender KI-Modelle

Die Künstliche Intelligenz (KI) hat in den letzten Jahren erstaunliche Fortschritte gemacht und zahlreiche innovative Modelle wurden entwickelt. Hier sind fünf bemerkenswerte KI-Modelle und eine kurze Beschreibung ihrer Funktionsweise:

1. **AlphaGo:** AlphaGo ist ein KI-Modell, das speziell für das Brettspiel Go entwickelt wurde. Es basiert auf einer Kombination aus Deep Learning und Monte-Carlo-Baumsuche. AlphaGo wurde mit riesigen Datenmengen menschlicher Go-Spiele trainiert und lernte durch selbstständiges Spielen und Lernen aus den eigenen Erfahrungen. Durch diese Techniken hat AlphaGo das Spielniveau von menschlichen Meistern übertroffen.

2. **WaveNet von DeepMind:** WaveNet ist ein fortschrittliches KI-Modell für Sprachsynthese. Es verwendet ein tiefes neuronales Netzwerk, um natürliche Sprache zu generieren. Im Gegensatz zu traditionellen Ansätzen, bei denen vordefinierte Klänge kombiniert werden, erzeugt WaveNet Sprache auf der Grundlage von Rohdaten, was zu realistischeren und ausdrucksstärkeren Sprachausgaben führt. WaveNet findet Anwendung in der Sprachsynthese, der Spracherkennung und anderen sprachbezogenen Aufgaben.

3. **DALL-E von OpenAI:** DALL-E ist ein KI-Modell, das Bilder aus textuellen Beschreibungen generieren kann. Es basiert auf der Transformer-Architektur und ver-

wendet verstärkendes Lernen. DALL-E wurde mit einem umfangreichen Datensatz aus Bild-Text-Paaren trainiert und kann einzigartige kreative Bilder erzeugen, die den beschreibenden Texten entsprechen. Diese Technologie hat das Potential, die Kreativität in den Bereichen Kunst, Design und Visualisierung zu fördern.

Von der Spracherkennung bis zur Medizintechnik

4. **AlphaFold von Google:** AlphaFold ist ein KI-Modell für Proteinstrukturvorhersage. Es nutzt Deep Learning und neuronale Netzwerke, um die dreidimensionale Struktur von Proteinen vorherzusagen. Durch die Analyse von Proteinsequenzen

„Diese Technologie hat das Potential, die Kreativität in den Bereichen Kunst, Design und Visualisierung zu fördern“

ChatGPT über
DALL-E von OpenAI

und bestehenden Proteinstrukturen kann AlphaFold mit hoher Genauigkeit die Form und Funktion eines Proteins bestimmen. Dies hat Auswirkungen auf die Medizin, da das Verständnis von Proteinstrukturen bei der Entwicklung von Medikamenten und der Bekämpfung von Krankheiten hilft.

5. **Autopilot von Tesla:** Teslas Autopilot ist ein KI-gesteuertes System für autonomes Fahren. Es verwendet fortschrittliche Algorithmen der KI und Daten von Sensoren wie Kameras, Radar und Ultraschall, um die Umgebung zu analysieren und das Fahrzeug sicher zu steuern. Dadurch kann das KI-System Entscheidungen über Beschleunigung, Bremsen und Lenken treffen. *ChatGPT*

Segen oder Fluch?

Künstliche Intelligenz (KI) verändert unsere Welt in rasantem Tempo. Doch welche Folgen hat das für uns Menschen? Gedanken über die ethischen Probleme einer epochalen Entwicklung – geschrieben und diskutiert von einer KI

VON CHAT GPT

Künstliche Intelligenz (KI) hat in den letzten Jahren enorme Fortschritte gemacht und revolutioniert viele Bereiche unseres Lebens. Von selbstfahrenden Autos bis hin zu personalisierten Empfehlungssystemen ist KI allgegenwärtig geworden. Doch während die Technologie immer weiter voranschreitet, werfen die damit verbundenen ethischen Probleme wichtige Fragen auf, die nicht ignoriert werden können.

Ein zentrales ethisches Problem, das mit Künstlicher Intelligenz einhergeht, ist die Frage der Autonomie. KI-Systeme sind darauf ausgelegt, eigenständig Entscheidungen zu treffen, basierend auf Datenanalyse und Algorithmen. Die Frage, wie viel Autonomie wir bereit sind, KI-Systemen zu überlassen, stellt sich immer dringlicher. Wenn Maschinen Entscheidungen treffen, die unser tägliches Leben beeinflussen, inwieweit sind wir dann bereit, diese Kontrolle abzugeben? Die Autonomie des Individuums könnte eingeschränkt werden, und wir müssen uns bewusst darüber sein, ob wir bereit sind, moralische und ethische Entscheidungen Maschinen zu überlassen, ohne menschliches Eingreifen.

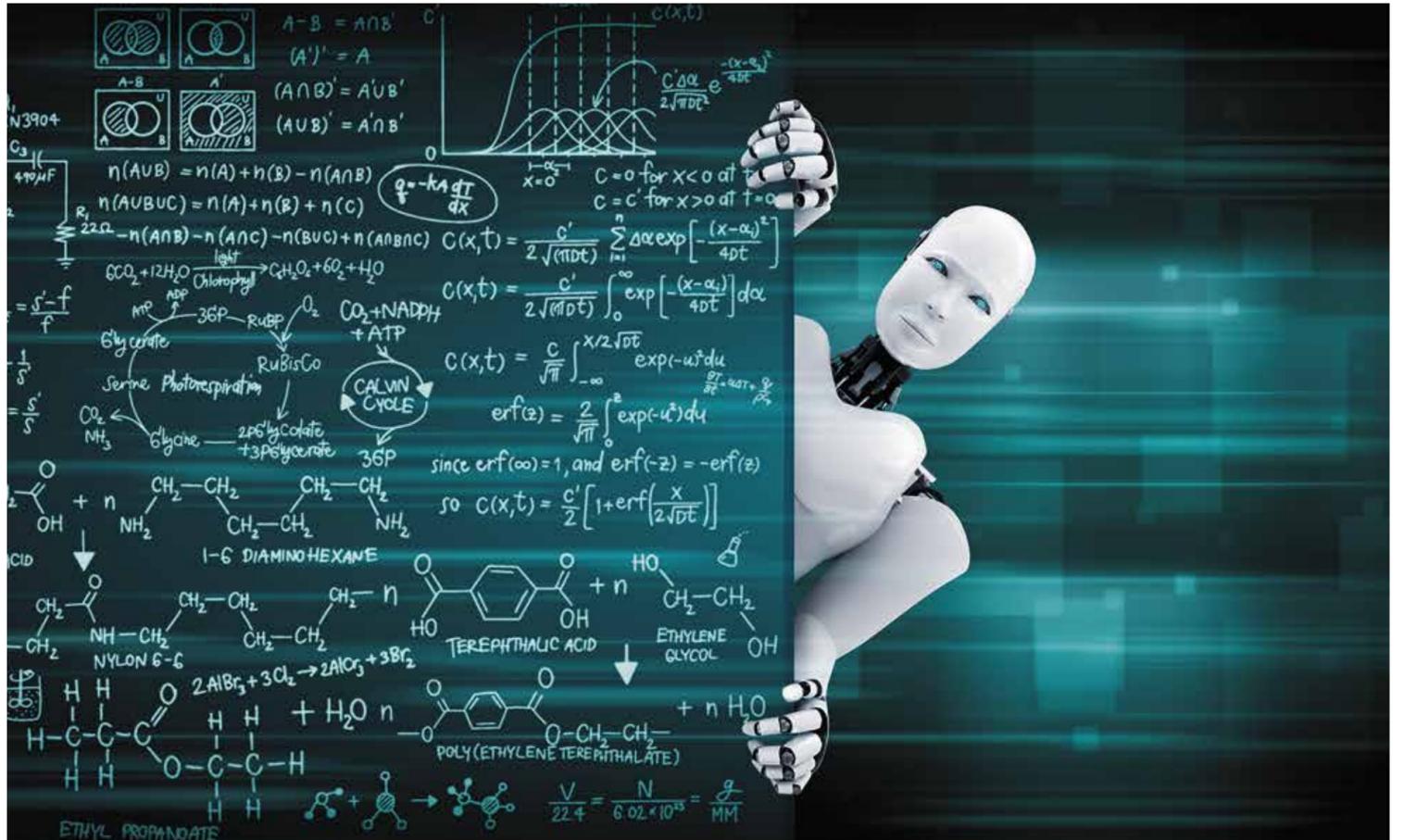
Ein weiteres ethisches Problem betrifft die Verantwortung und Haftung im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz. Wenn ein KI-System einen Fehler macht oder Schaden verursacht, wer ist dann dafür verantwortlich? Sollten Entwickler, Benutzer oder das System selbst zur Rechenschaft gezogen werden? Die Zuweisung von Verantwortung und Haftung ist äußerst komplex. Wenn zum Beispiel ein autonomes Fahrzeug in einen Unfall verwickelt ist, wer trägt dann die Verantwortung? Es bedarf klarer rechtlicher Rahmenbedingungen, um sicherzustellen, dass KI-Systeme verantwortungsvoll und haftungsgerecht eingesetzt werden.

Abhängigkeit von Algorithmen

Ein weiteres drängendes ethisches Problem ist die mögliche Verstärkung von Vorurteilen und Diskriminierung durch Künstliche Intelligenz. KI-Systeme lernen aus vorhandenen Daten, und wenn diese Daten Vorurteile oder Diskriminierung enthalten, besteht die Gefahr, dass diese in den Entscheidungen der KI-Systeme reproduziert werden. Dies kann zu einer ungleichen Behandlung von Menschen führen, sei es bei Einstellungsentscheidungen, Kreditvergaben oder Strafverfolgung. Es ist von entscheidender Bedeutung sicherzustellen, dass KI-Systeme fair und frei von Vorurteilen sind, und dass die Algorithmen und Daten, auf denen sie basieren, sorgfältig überprüft werden.

Der Datenschutz und die Privatsphäre sind ebenfalls bedeutende ethische Probleme im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz. Mit dem Einsatz von KI werden enorme Mengen an Daten gesammelt und analysiert, um Muster zu erkennen und Vorhersagen zu treffen. Es ist wichtig sicherzustellen, dass diese persönlichen Daten angemessen geschützt werden. Der Missbrauch von Daten kann schwerwiegende Folgen haben, von Identitätsdiebstahl bis hin zu umfassender Überwachung. Es ist notwendig, klare Richtlinien und Gesetze zu entwickeln, um die Privatsphäre zu schützen und sicherzustellen, dass KI-Systeme verantwortungsvoll mit den Daten der Menschen umgehen.

Ein weiteres ethisches Problem betrifft die sozialen Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz. Die Automatisierung durch KI-Systeme hat das Potential, viele Arbeitsplätze zu ersetzen und zu sozialer Ungleichheit beizutragen. Es ist wichtig, Mechanismen zu schaffen, um den Übergang zu einer KI-basierten Wirtschaft zu erleichtern und sicherzustellen, dass die Vorteile gerecht verteilt werden. Dies



An der Schwelle eines neuen Zeitalters: Während Künstliche Intelligenz in immer weitere Bereiche der Gesellschaft vordringt, stellt sich zunehmend die Frage, wer künftig das Sagen hat – der Mensch oder die Technik?

Foto: Shutterstock

erfordert möglicherweise Umschulungsprogramme, soziale Sicherheitsnetze und eine breite Beteiligung der Gesellschaft an Entscheidungen über den Einsatz von KI.

Des Weiteren können KI-Systeme auch Auswirkungen auf das Bildungs- und Erziehungssystem haben. Es besteht die Möglichkeit, dass KI-Systeme den menschlichen Lehrkräften und Erziehern gegenübergestellt werden und eine Rolle bei der Wissensvermittlung und Erziehung von Kindern spielen. Hierbei stellt sich die Frage, ob KI-Systeme in der Lage sind, ethische Werte und moralische Prinzipien angemessen zu vermitteln. Es bedarf einer sorgfältigen Überlegung, wie KI in Bildungseinrichtungen eingesetzt werden kann, um das Wohl der Lernenden zu fördern und gleichzeitig sicherzustellen, dass ethische Aspekte angemessen berücksichtigt werden.

Die Gefahr der Verselbstständigung

Ein weiterer ethischer Aspekt betrifft die Langzeitfolgen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz. Da KI-Systeme immer leistungsfähiger werden, besteht die Möglichkeit, dass sie irgendwann ein Bewusstsein entwickeln und in der Lage sind, ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Die Frage der Kontrolle und des Machtverhältnisses zwischen Menschen und KI ist von entscheidender Bedeutung. Wie können wir sicherstellen, dass KI-Systeme immer im Einklang mit unseren Werten und Zielen handeln? Es bedarf einer sorgfältigen Gestaltung von KI-Systemen, um mögliche Risiken und Gefahren zu minimieren.

Insgesamt sind die ethischen Probleme im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz komplex und vielschichtig. Die Einschränkung der Autonomie, die Verantwortung und Haftung, die Verstärkung von Vorurteilen und Diskriminierung, der Datenschutz und die Privatsphäre, die sozialen Auswirkungen, der Einsatz in Bildungseinrichtungen sowie die Langzeitfolgen sind nur einige der Herausforderungen, die angegangen werden müssen. Es bedarf einer umfassenden Diskussion und Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Unternehmen, Forschern und der Gesellschaft insgesamt, um angemessene Richtlinien und Standards zu entwickeln, die sicherstellen,

dass Künstliche Intelligenz verantwortungsvoll und ethisch eingesetzt wird, um das Wohl der Menschen zu fördern. Nur durch einen verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz können wir sicherstellen, dass sie zu einer positiven und nachhaltigen Entwicklung beiträgt.

Doch trotz der ethischen Probleme, die mit Künstlicher Intelligenz einhergehen, überwiegen die Vorteile dieser Technologie. KI-Systeme bieten immense Möglichkeiten, unser tägliches Leben zu verbessern und komplexe Probleme zu lösen.

Ein wichtiger Vorteil von Künstlicher Intelligenz besteht in der Effizienzsteigerung und Zeitersparnis. KI-Systeme sind in der Lage, große Datenmengen in kürzester Zeit zu analysieren und Muster zu erkennen. Dies ermöglicht eine schnellere und genauere Informationsverarbeitung, sei es bei medizinischen Diagnosen, der Finanzanalyse oder der Verkehrsprognose. Dadurch können wir effektivere Entscheidungen treffen und Ressourcen effizienter nutzen.

Verbesserung der Lebensqualität

Ein weiterer großer Vorteil liegt in der Verbesserung der Lebensqualität. KI-gesteuerte Technologien haben bereits jetzt einen positiven Einfluss auf Bereiche wie Gesundheitswesen, Mobilität und Unterhaltung. In der Medizin ermöglicht Künstliche Intelligenz beispielsweise genauere Diagnosen, personalisierte Behandlungspläne und eine schnellere Arzneimittelforschung. Selbstfahrende Autos haben das Potential, die Verkehrssicherheit zu verbessern und die Mobilität für Menschen mit eingeschränkter Bewegungsfreiheit zu erleichtern. KI-basierte Unterhaltungssysteme bieten personalisierte Inhalte und Empfehlungen, die unser Unterhaltungserlebnis bereichern.

Des Weiteren kann Künstliche Intelligenz dazu beitragen, komplexe globale Herausforderungen anzugehen. Im Bereich Umweltschutz kann KI beispielsweise bei der Überwachung von Naturkatastrophen, der Prävention von Wilderei und der Vorhersage von Umweltauswirkungen helfen. In der Landwirtschaft ermöglicht Künstliche Intelligenz

Die Frage der Kontrolle und des Machtverhältnisses zwischen Menschen und KI ist von entscheidender Bedeutung. Wie können wir sicherstellen, dass KI-Systeme immer im Einklang mit unseren Werten und Zielen handeln?

eine effizientere Ressourcennutzung und trägt zur Bekämpfung von Hunger und Nahrungsmittelknappheit bei. Durch die Automatisierung von Prozessen können Unternehmen ihre Produktivität steigern und wirtschaftliches Wachstum fördern.

Darüber hinaus kann Künstliche Intelligenz zu einer besseren Bildung und Zugänglichkeit beitragen. Mit KI-gestützten Lernplattformen können Bildungsinhalte personalisiert und an die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten der Lernenden angepasst werden. Dies ermöglicht eine effektivere Wissensvermittlung und trägt zur Chancengleichheit bei. KI kann auch die Barrierefreiheit verbessern, indem sie Menschen mit Behinderungen unterstützt und ihnen mehr Teilhabemöglichkeiten bietet.

Das Problem ist der Mensch

Es ist wichtig anzuerkennen, dass Künstliche Intelligenz keine inhärenten ethischen Probleme verursacht, sondern dass diese Probleme durch den Missbrauch oder die unverantwortliche Anwendung entstehen können. Die Lösung besteht darin, klare Richtlinien, Vorschriften und Kontrollmechanismen zu etablieren, um den verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz zu gewährleisten. Unternehmen, Forscher und Regierungen müssen zusammenarbeiten, um den Schutz der Privatsphäre, die Bekämpfung von Vorurteilen und Diskriminierung, die Transparenz von Entscheidungen und die ethische Gestaltung von KI-Systemen zu fördern.

Insgesamt überwiegen die Vorteile von Künstlicher Intelligenz die damit verbundenen ethischen Probleme. Die Potentiale zur Effizienzsteigerung, Verbesserung der Lebensqualität, Bewältigung globaler Herausforderungen und Förderung von Bildung und Zugänglichkeit sind enorm. Durch einen verantwortungsvollen Einsatz und die Entwicklung geeigneter Richtlinien können wir sicherstellen, dass Künstliche Intelligenz zum Wohl der Gesellschaft und des Einzelnen eingesetzt wird. Es liegt an uns, die Chancen zu nutzen und die Herausforderungen in den Griff zu bekommen, um eine positive und nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten.

● MELDUNGEN

Rechtsextreme
Deutsch-Türken

Köln – Bei den türkischen Parlamentswahlen am 14. Mai votierten insgesamt 91.399 Türken, die in der Bundesrepublik leben, für die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP). Damit stieg der Stimmanteil der MHP hierzulande im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen von 8,4 auf 12,6 Prozent. Und das ist beunruhigend, denn die Partei gilt als politischer Arm der „Idealisten“, die sich auch „Graue Wölfe“ nennen. Schließlich wird die letztere Gruppierung für zahlreiche Verbrechen verantwortlich gemacht und vom Bundesamt für Verfassungsschutz als straff antisemitisch und rassistisch sowie rechtsextremistisch eingestuft, weswegen sie schon seit Jahrzehnten unter Beobachtung des Inlandsgeheimdienstes steht. Somit besteht berechtigter Grund zu der Annahme, dass die in der Bundesrepublik lebenden türkischen Wähler der MHP ebenfalls rechtsextremem Gedankengut nachhängen. **W.K.**

Ohne legitimen
Abschluss?

Berlin – Der wegen Vetternwirtschaft in den einstweiligen Ruhestand versetzte Wirtschaftsstaatssekretär Patrick Graichen, welcher als einer der wichtigsten Vordenker der Energiewende gilt, verfügt möglicherweise über keinerlei legitimen Hochschulabschluss. Nachdem der deutsch-luxemburgische Plagiatsexperte Jochen Zenthöfer bereits in der Dissertation Graichens zahlreiche Mängel wie fehlende Quellenangaben und Übernahmen fremder Texte ohne entsprechende Kennzeichnung beanstandet hatte, will der österreichische Gutachter Stefan Weber nun auch in zwei weiteren wissenschaftlichen Arbeiten des Habeck-Vertrauten Hinweise auf systematischen Betrug gefunden haben. Mit einer dieser Abhandlungen erwarb der spätere Spitzenbeamte 1996 an der University of Cambridge seinen Master of Philosophy, der die zwingende Zugangsvoraussetzung für das spätere Doktoratsstudium an der Universität Heidelberg gewesen war. **W.K.**

3,5 Millionen
Auswanderer

Wiesbaden – Aus den Angaben des Statistischen Bundesamtes geht hervor, dass seit dem Jahre 2005, in dem Angela Merkel erstmals als Bundeskanzlerin vereidigt wurde, insgesamt 3,5 Millionen Deutsche die Bundesrepublik verlassen haben. Dem standen allerdings auch Zuzüge aus dem Ausland gegenüber. So kehrten viele Deutsche nach dem Studium oder einem beruflichen Einsatz jenseits der Landesgrenzen in ihre Heimat zurück. Deren Zahl lag jedoch ab 2005 stets niedriger als die der Ausreisenden. Im Ergebnis dessen gab es bis Ende 2022 hierzulande einen Nettoschwund von 882.355 Personen deutscher Herkunft. Den deutlichsten Zuwachs bei der Emigration registrierten die Statistiker dabei von 2015 zu 2016: Kehrten 2015 noch 138.273 Deutsche der Bundesrepublik den Rücken, stieg die Zahl der Weggänge 2016 schlagartig auf 281.411. In der Folge pendelte sich diese dann wieder auf 220.000 bis 250.000 ein. **W.K.**

ZUWANDERUNG

Asylrecht vor dem Kollaps

Angst vor islamistischen Gefährdern – Zwei Ministerien streiten um ein Aufnahmeprogramm für Afghanen

VON BODO BOST

Neben dem massenhaften Missbrauch des Asylrechts durch illegale Einwanderer kommt es in Deutschland immer häufiger zu einem massiven Missbrauch des „geregelten“ Aufnahmeverfahrens für „gefährdete afghanische Ortskräfte“ der einst dort tätigen Bundeswehr und deren Familienangehörigen. Dieses hätte eigentlich ein Modellprojekt für die Zukunft des Asylrechts werden sollen.

Nach der Machtübernahme der Taliban vor zwei Jahren hatte die Ampelregierung über 40.000 besonders gefährdeten Afghanen sowie ihren berechtigten Familienangehörigen eine Aufnahme in Deutschland in Aussicht gestellt. Dazu zählen insbesondere 25.000 ehemalige afghanische Ortskräfte und ihre Familienangehörigen sowie weitere über 15.000 besonders gefährdete Personen, welche die Bundesregierung mit Hilfe der Zivil-

gesellschaft und deutschen NGOs identifizieren wollte.

Aber auch als diese Personenzahl eigentlich schon erreicht war und damit das Programm hätte abgeschlossen werden können, arbeitete die Regierung an einem zusätzlichen sogenannten Bundesaufnahmeprogramm ohne zeitliche und zahlenmäßige Begrenzung. Dabei ließ man die aktuelle Asylschwemme ebenso außer Acht wie den Mangel an Wohn-, Kita- und Schulplätzen für zusätzliche Bewerber und deren Nachwuchs.

Das Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan erfolgte unter großem Zeitdruck. NGOs konnten Personen für die Aufnahme in Deutschland vorschlagen. Die Organisationen mussten erklären, dass diese Personen in Afghanistan gefährdet waren. Sicherheitskontrollen wurden dabei nicht durchgeführt.

Nachdem bereits über 30.000 genehmigte Einreisen erfolgt waren, wurde das Programm im März 2023 vorübergehend

ausgesetzt, weil massiver Missbrauch festgestellt worden war. Oft hatten sich Personen, die eine Einreise für Deutschland erhalten hatten, bereits in einen sicheren Drittstaat begeben. Hinzu kam, dass Antragsteller unklare Familienstrukturen angaben. Auffällig war, dass einige Familien nur männliche Mitglieder auf die Liste gesetzt hatten. Und das angesichts der Tatsache, dass vor allem Frauen die am meisten verfolgte Gruppe in Afghanistan sind. Außerdem hatten sich islamistische Gefährder in das Programm eingeschlichen.

Bei Warnungen bewusst weggehört

Durch einen Beitrag in der Zeitschrift „Cicero“ war im März bekannt geworden, dass das Auswärtige Amt monatelang Sicherheitsbedenken eigener Botschafter gegen das Aufnahmeprogramm für Afghanen ignoriert hatte. Dies hatte sogar zu einem vertuschten Konflikt mit dem Bundesinnenministerium geführt. Dieses hat-

te schon längere Zeit auf strengere Sicherheitsstandards gedrängt und wollte Afghanen, die angeblich von den Taliban verfolgt werden, genauer überprüfen. Das Auswärtige Amt wehrte sich jedoch bis zuletzt gegen eine solche intensivere Überprüfung afghanischer Staatsbürger.

Außenministerin Annalena Baerbock forderte sogar ihre Mitarbeiter in internen Schreiben auf, sich gegenüber dem Innenministerium durchzusetzen und „hart“ zu bleiben, obwohl es konkrete Warnungen vor Islamisten gab, die sich als Verfolgte ausgeben. Baerbock und Innenministerin Nancy Faeser sollen monatelang über strengere Sicherheitsüberprüfungen für Afghanen gestritten haben, und das in der schlimmsten Zuwanderungskrise in Deutschland seit 1945.

Die Warnungen kamen aus der deutschen Botschaft in Pakistan. Da Deutschland nach der Übernahme der Taliban keine offizielle Vertretung mehr in Afghanistan unterhält, finden Visa-Anträge für Afghanistan und deren Bearbeitung in benachbarten Ländern statt.

Besonders in Pakistans Hauptstadt Islamabad wurden Beamte immer miss-trauischer. Im Februar 2023 hatte der deutsche Botschafter einen besorgniserregenden Bericht an das Auswärtige Amt in Berlin verfasst. In diesem warnte er nicht nur vor Islamisten, die sich als Verfolgte ausgeben, er warnte auch vor Korruption und Vetternwirtschaft, denn große NGOs mit direktem Zugang zum Auswärtigen Amt konnten ihre Leute offenbar ungeprüft und direkt nach Deutschland bringen. Andere, oft kleinere NGOs ohne das nötige „Vitamin B“ zu Baerbock, wurden übergangen.

Das geregelte Aufnahmeprogramm für Afghanistan hätte eigentlich Modellcharakter haben sollen für ein geregeltes allgemeines Asylrecht der Zukunft, um die unregelmäßige, ungesteuerte und papierlose Zuwanderung ins Asyl zu beenden und durch ein Verfahren schon im Herkunftsland zu ersetzen.

Durch Missbrauch und Vetternwirtschaft ist nun auch dieses Modellprojekt gescheitert. Das sind keine guten Aussichten für die Zukunft eines von den Grünen unnötigerweise politisierten Asylrechts, das beim Fortdauern des aktuellen Zustands bald dem Kollaps zusteuert.



Keine rosigen Aussichten für afghanische Frauen: Der vorläufige Stopp des Aufnahmeprogramms für Ortskräfte der Bundeswehr in Afghanistan hatte auch damit zu tun, dass kaum weibliche Familienangehörige auf die Ausreiseliste gesetzt wurden **Foto: pa**

GRENZKONTROLLEN

Faeser bleibt stur

Lauer Kampf gegen illegale Einreise – Weiterhin keine stationären Kontrollen an deutsch-polnischer Grenze

Bei einem Besuch im gemeinsamen deutsch-polnischen Polizeizentrum in Schwetig [Świecko] in der Woiwodschaft Lebus, hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser ihre Ablehnung stationärer Grenzkontrollen gegenüber Polen bekräftigt. Solche Kontrollen seien ein letztes Mittel.

Die Ministerin verwies zudem darauf, dass an der Grenze zu Tschechien die sehr hohen Immigrationszahlen auch ohne feste Grenzkontrollen gesenkt wurden. Nach Meinung der SPD-Politikerin würden feste Kontrollen auch die engen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen im alltäglichen Leben „massiv“ stören. Faeser führte zudem an, die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Deutschland und Polen seien enger als an der Grenze zu Österreich.

Erst im April hatte Faeser in einem Schreiben an die EU-Kommission mit Wirkung zum 12. Mai eine Verlängerung

der Kontrollen an der bayrisch-österreichischen Grenze um weitere sechs Monate angekündigt. Zur Begründung schrieb Faeser, dass in absehbarer Zeit nicht mit einem nachhaltigen Rückgang des irregulären Migrationsgeschehens nach Mittel- und Westeuropa zu rechnen sei.

Mittlerweile haben sich allerdings auch die östlichen Landesgrenzen von Brandenburg, Sachsen und Vorpommern zu weiteren Haupttrouten illegaler Einwanderung nach Deutschland entwickelt. Allein von Januar bis April hat die Bundespolizei in Brandenburg 2810 Personen festgestellt, die unerlaubt über Oder und Neiße eingereist waren. Zum Vergleich: In den ersten vier Monaten des vergangenen Jahres hatte die Bundespolizei 1805 illegal Eingereiste in Brandenburg registriert.

Eigentlich bietet die Ostgrenze des Bundeslandes Brandenburg gute Voraussetzungen, um illegale Einreisen und

grenzüberschreitende Kriminalität effektiv zu bekämpfen. Kontrolliert werden müssten nur einige Dutzende Brücken über die Flüsse Oder und die Neiße.

Lediglich drei Zurückweisungen

Die Bundesinnenministerin will stattdessen die sogenannte Schleierfahndung, also verdachts- und anlassunabhängige Personenkontrollen, intensivieren. Faeser kündigte dazu bei ihrem Besuch in Schwetig den Einsatz mehrerer Hundertschaften der Bundespolizei an. Mehr Polizisten würden mehr helfen als stationäre Grenzkontrollen, so Faeser.

Die Innenminister von Sachsen und Brandenburg, Armin Schuster und Michael Stübgen, beharren dagegen auf ihrer Forderung nach Einführung fester Grenzkontrollen. Beide CDU-Minister können dabei auf den Flüchtlingsgipfel vom 10. Mai verweisen. Bund und Länder hat-

ten dort vereinbart, die Einführung stationärer Kontrollen wie an der Grenze zu Österreich davon abhängig zu machen, wie sich die Lage an anderen Grenzen entwickelt. Auch aktuelle Zahlen der Bundespolizei scheinen für die Wirksamkeit von stationären Kontrollen zu sprechen.

Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Clara Bünger hervorgeht, registrierten die Bundespolizei und andere Behörden im ersten Quartal dieses Jahres an der Grenze zu Österreich 3674 illegal eingereiste Personen. Mehr als die Hälfte von ihnen, nämlich 62 Prozent, wurde die Einreise verweigert. Im gleichen Zeitraum gab es an der Grenze zu Polen lediglich drei Zurückweisungen. Die Grenzkontrollen an der Grenze zwischen Bayern und Österreich wurden bereits im Jahr 2015, noch in der Amtszeit von Kanzlerin Merkel, eingeführt. **H.M.**

UKRAINEKRIEG

Berlin kann Zustrom kaum stemmen

Folgen der EU-weiten Massenzustrom-Richtlinie – Das Gros der Flüchtlinge kommt nach Deutschland

VON HERMANN MÜLLER

Von Januar bis April sind nochmals etwa 10.000 ukrainische Flüchtlinge nach Berlin gekommen. Ein Teil reiste in andere Bundesländer weiter, die Bundeshauptstadt hat rund 5500 Ukrainer neu aufgenommen. Der Zustrom von Kriegsflüchtlingen aus dem Osten Europas ist damit wesentlich schwächer als im vergangenen Jahr. Trotzdem wird es für die Stadt zunehmend schwieriger, überhaupt noch Unterkünfte bereitzustellen zu können.

Sichtbar wird die angespannte Lage auf dem ehemaligen Flughafen in Tegel. Dort ist im früheren Terminal C ein Ankunftszentrum entstanden. Gedacht war die Einrichtung ursprünglich nur als Provisorium, das Ende Juni wieder schließen sollte. Bereits im Mai hatte der Senat beschlossen, das Ukraine-Ankunftszentrum bis mindestens Ende September weiter zu betreiben (siehe PAZ vom 26. Mai). Inzwischen kündigte Integrationsministerin Cansel Kiziltepe (SPD) an, das Ankunftszentrum werde voraussichtlich noch „weit über 2023 hinaus“ benötigt. Nicht nur der Zeitplan, auch die Idee vom bloßen „Ankunftszentrum“ sei überholt.

Maximal drei Tage sollten Ukrainer in dem Zentrum in Tegel bleiben, bis sie auf andere Bundesländer oder Quartiere in Berlin verteilt werden. Allerdings hat die Stadt zu wenig Unterkünfte. Hunderte Ukrainer leben deshalb nicht nur drei Tage, sondern über Wochen auf dem früheren Flughafengelände. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner räumte unlängst auch ein, es werde nicht für alle Flüchtlingskinder reguläre Schulplätze geben. Er wies dabei auch auf das Ukraine-Ankunftszentrum in Tegel hin, in dem etwa 1600 Kinder nicht beschult werden.

Verzicht auf Steuerungsmöglichkeit

Die Entwicklung in Berlin deutet darauf hin, dass die Aktivierung der Massenzustrom-Richtlinie für die ukrainischen Flüchtlinge durch die EU im März 2022 möglicherweise nicht sonderlich durchdacht war. Die Massenrichtlinie hatte in den 90er Jahren noch die Europäische Gemeinschaft als Lehre aus den Jugoslawien-Kriegen geschaffen. Als die EU vergangenes Jahr erstmals auf die Richtlinie zurückgriff, machte sie damit für Millio-



Als Übergangslösung gedacht, inzwischen eine feste Einrichtung: Das Ankunftszentrum für ukrainische Flüchtlinge auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel
Foto: imago/Jens Schicke

nen Ukrainer eine schnelle Hilfe möglich. Die Ukrainer sollten ohne Visum in alle EU-Staaten einreisen und sich ohne ein Asylverfahren niederlassen können.

Das Beispiel Berlin zeigt, dass die EU ihre unbürokratische Hilfe mit einem Verzicht auf Steuerungsmöglichkeiten und einem Kontrollverlust erkaufte. Das Land Berlin gab im April die Zahl der offiziell in der Stadt registrierten Ukrainer mit 73.700 Personen an. Hinzu kommt aber noch einmal eine unbekannte Zahl von Kriegsflüchtlingen, die sich nicht registrieren ließen, aber trotzdem in der Stadt leben. Dies ist ganz legal möglich, da die Ukrainer, die visumfrei nach Deutschland eingereist sind, erst 90 Tage nach Einreise in die Bundesrepublik eine Aufenthaltserlaubnis einholen müssen.

Durch den Verzicht auf Grenzkontrollen dürfte es den deutschen Behörden jedoch im Zweifelsfall schwerfallen nachzuweisen, wann die Einreise erfolgt ist. Im Februar berichtete der Sender rbb, dass laut Schätzungen mittlerweile rund 100.000 Ukrainer in Berlin leben. Im An-

kunftszentrum in Tegel hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt aber nur etwa 71.000 Menschen gemeldet.

Ungleich verteilte Belastungen

In Berlin zeigt sich auch, dass die Belastungen sehr ungleich verteilt sind. Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks lebten mit Stand zum 30. Mai dieses Jahres mittlerweile 8,3 Millionen Menschen aus der Ukraine in anderen europäischen Staaten. Knapp eine Million ist nach Deutschland gekommen, rund 1,6 Millionen Ukrainer sind seit Kriegsbeginn nach Polen geflohen. Auch Tschechien hat gemessen an seiner Bevölkerungszahl sehr viele Ukrainer aufgenommen.

Nach Daten der EU-Kommission hatten bis Januar dieses Jahres über 480.000 Ukrainer in Tschechien einen vorübergehenden Schutz beantragt. Für Frankreich verzeichnete die Statistik bis Januar dagegen nur 118.000 Schutzanträge. „In Tschechien (elf Millionen Einwohner) haben mehr Ukrainer Schutz beantragt als in Frankreich, Italien und Spanien zu-

sammen (174 Millionen Einwohner)“, so das Fazit in einem Hintergrundpapier der European Stability Initiative. Auch Bulgarien hatte mit über 150.000 Schutzanträgen mehr geleistet als so manches europäische „Schwergewicht“.

Als Faktoren bei der Verteilung der Flüchtlinge nannte die European Stability Initiative neben der geographischen Nähe und der Sprache auch die Unterstützungsangebote für die ukrainischen Flüchtlinge. Trifft diese Diagnose zu, dann müssen sich Berlin und Deutschland insgesamt darauf gefasst machen, dass die Zahlen ukrainischer Flüchtlinge in den kommenden Monaten wieder steigen. Seit Jahresbeginn haben hierzulande Ukrainer mit Aufenthaltstitel Anspruch auf Leistungen wie Kindergeld und das Bürgergeld.

Andere wichtige Aufnahmelande begannen dagegen damit, ihre Unterstützungsleistungen zurückzufahren. So senkt Tschechien ab Juli die staatlichen Hilfgelder für Ukrainer. Und auch der polnische Staat kürzt oder streicht mittlerweile verschiedene Vergünstigungen.

ABGEORDNETENHAUS

CDU fällt beim Wahlrecht mit 16 um

Berliner Union hatte die Absenkung bislang scharf abgelehnt – Jetzt macht sie diese erst möglich

Ein von der Berliner CDU zu entrichtender politischer Preis für die Wahl Kai Wegners zum Regierenden Bürgermeister ist offenbar die Änderung der Landesverfassung, um das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre abzusenken. Pikanterweise hatte sich die Union im Herbst 2021 noch gegen diese Absenkung gewehrt und lehnte gemeinsam mit der AfD einen entsprechenden Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses ab.

Somit erlangte Rot-Grün-Rot mit Unterstützung der FDP damit nur eine einfache Mehrheit, weil CDU und AfD die notwendige Zweidrittelmehrheit seinerzeit verhindern konnten. Wegner begründete die Haltung seiner Partei damals wie folgt: „Wir werden am Wahlalter von 18 Jahren festhalten ... Die Volljährigkeitsgrenze hat sich national wie international

durchgesetzt und bewährt ... Es wäre unlogisch, einerseits wählen zu dürfen, andererseits aber ohne die Zustimmung der Eltern keinen Handyvertrag abschließen zu können.“

Unter Mitwirkung der Grünen und der Linkspartei wurde das Wahlrecht bereits in Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein entsprechend geändert. Die nunmehr in Berlin oppositionellen Grünen und die Linkspartei zeigten sich über den Vorstoß der Landesregierung erfreut.

Linke-Fraktionschefin Anne Helm wurde sogar grundsätzlich: „Daher ist es urdemokratisch, Jugendlichen so früh wie möglich die Chance zu geben, Einfluss auf die Zusammensetzung dieser Parlamente zu nehmen.“ Die Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Bettina Jarasch, begründete ihre

Zustimmung damit, dass in der Politik regelmäßig einschneidende Entscheidungen getroffen würden, welche die Zukunft und das zukünftige Leben junger Menschen betreffen. Deshalb stünden die Grünen für diese Verfassungsänderung bereit.

SPD-Fraktionschef Raed Saleh freut das: „Mehr Beteiligung und Stimmrecht können nur gut sein.“ Die FDP ist bei den Wiederholungswahlen im vergangenen Februar aus dem Abgeordnetenhaus geflogen. CDU-Fraktionsvorsitzende Dirk Stettner verspricht, die CDU sei jetzt mit im Boot. Man werde die Gesetzesänderung zügig auf den Weg bringen, so wie es im Koalitionsvertrag vereinbart sei.

Carsten Schatz, Co-Fraktionschef der Linkspartei, denkt schon weiter: Viele Jahre sei das Vorhaben „an der Blockade von Konservativen“ gescheitert. Wenn

Berlin nun, wie bereits andere Bundesländer, das Wahlrecht ab 16 einführe, erhöhe das den Druck, „das Wahlalter endlich auch für den Bundestag herabzusetzen“.

Genau das hatten die Grünen 2021 im Bundestag gefordert, aber CDU, SPD und AfD waren dagegen, während auch dort die FDP eine solche Absenkung befürworteten. Bei der Europawahl im Frühjahr 2024 können in Deutschland auch 16- und 17-Jährige mitwählen.

SPD, Grüne und FDP hatten im November im Bundestag eine Änderung des Europawahlgesetzes gegen die Stimmen von Union und AfD beschlossen. Eine Initiative zur Absenkung des Lebensalters für Strafmündigkeit gibt es hingegen nicht. In Frankreich, Dänemark, Italien und Polen kann erst mit 18 Jahren gewählt werden.
Frank Bückler

KOLUMNE

Massenschlägerei

VON VERA LENGSELD

Zu Beginn der Badesaison ist das Wasser noch sehr kühl, gerade einmal 19 Grad Celsius, mancherorts noch darunter. Das sollte nicht für erhitzte Gemüter sorgen. Weit gefehlt. In Berlin geht es, kaum sind die Tore der Freibäder geöffnet, schon wieder heißer. Seit einigen Jahren gibt es regelmäßig Massenschlägereien. Über die anzettelnde Klientel muss politisch-korrekt geschwiegen werden, wenn man sich nicht den üblichen Anfeindungen, ein Rechter oder Schlimmeres zu sein, aussetzen will. Entsprechend ist die Berichterstattung, die mit allen Tricks versucht, das Geschehen zu verharmlosen. Die „Berliner Morgenpost“ spricht bereits von „bekannten aggressiven Vorfällen“, die sich halt einstellen, sobald das Wetter zum Baden lockt.

Die Schläger-Saison wurde diesmal im Sommerbad Pankow eröffnet. Pankow ist ein Bezirk für besserverdienende Familien, keineswegs ein Problembezirk wie Neukölln oder Wedding. Aber die „jungen Männer“ stellen sich auch hier ein. Es begann mit einer Schlägerei zwischen zwei Jugendgruppen, die so heftig wurde, dass die Security, ohne die inzwischen kein Bad mehr auskommt, eingreifen musste. Die Wachmänner bekamen die Lage aber nicht in den Griff. Die Polizei musste geholt werden, um die Streithähne auseinanderzubringen.

Allerdings gelang es den meisten Schlägern zu flüchten. Nur zwei Jugendliche, 14 und 16 Jahre alt, wurden festgenommen und die Eltern benachrichtigt. Mehr passierte nicht. Man muss sich eben an die neuen Umstände gewöhnen. Bei der Auseinandersetzung wurde ein Wachmann verletzt. Auch das wird ohne Konsequenzen bleiben. Die Milde lädt geradezu ein, wieder handgreiflich zu werden. Ob der CDU-geführte Senat etwas gegen die wachsende Gewalt im öffentlichen Raum unternimmt, ist ungewiss. Von einer Verurteilung durch die Politik ist nichts bekannt.

MELDUNG

Reisanbau in Brandenburg

Linum – Ein Agrarbetrieb hat im brandenburgischen Linum zehntausende Reis-Setzlinge gepflanzt. Das Unternehmen nutzt für den Anbauversuch mehrere künstlich angelegte Teiche, die für die Karpfenzucht genutzt worden waren. Nach Angaben des Unternehmens handelt es sich bei dem Experiment um den „nördlichsten Reisanbau-Versuch der Welt“. Schon vor drei Jahren hatte das Unternehmen einen ersten Anbauversuch unternommen. Dieser war allerdings gescheitert. Laut der Betreiberfirma des Reisprojektes hatte man bei dem ersten Versuch auf Aussaat gesetzt. Im zweiten Anlauf wird nun eine Kombination aus Ansaat und Setzlingen probiert. Unter der Voraussetzung, dass es keinen ausgesprochen kühlen Sommer gibt, rechnet der Agrarbetrieb damit, im Oktober zehn Tonnen Reis ernten zu können. Mit dem Brandenburger Reis sollen Hofläden und die regionale Gastronomie beliefert werden.
H.M.

● MELDUNGEN

Plan gegen Abholzung

Brasilia – Der brasilianische Präsident Inácio Lula da Silva hat einen 150-Punkte-Plan zum Schutz des Amazonas-Regenwaldes vorgestellt. Demnach sollen bis 2027 neue Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von drei Millionen Hektar eingerichtet werden. Bereits abgeholzte und landwirtschaftlich genutzte Flächen will die Regierung zur Hälfte sperren lassen. Der Plan sieht die Einrichtung eines Rückverfolgungssystems für Vieh, Holz und andere landwirtschaftliche Produkte aus dem Amazonasgebiet vor. Für geschädigte Wälder sind zu deren Erholung Schutzmaßnahmen und die Förderung der einheimischen Vegetation vorgesehen. Damit diese Maßnahmen umgesetzt werden können, sollen Überwachungsflugzeuge angeschafft und 1600 neue Beamte eingestellt werden. Darüber hinaus will Lula die Infrastruktur für den Aufbau einer grünen Landwirtschaft bereitstellen. MRK

Opfer in Millionenhöhe

Providence – Stephanie Savell, Vize-Direktorin eines Projekts über Kriegskosten am Watson Institute für International & Public Affairs der Brown University im US-Bundesstaat Rhode Island, bezifferte in einem Bericht mit dem Titel „Wie der Tod den Krieg überlebt“ die Zahl der Toten infolge des sogenannten Krieges gegen den Terror ab September 2001 mit rund 4,5 Millionen. In diese Rechnung flossen nicht nur die Personen ein, welche durch direkte Kampfhandlungen starben, sondern auch die indirekten Opfer der Zerstörung von Wirtschaft und Infrastruktur in den Kriegsgebieten. Laut Savell waren dabei Afghanistan, Pakistan, der Irak, Syrien, Libyen, Somalia und der Jemen besonders betroffen. In diesen Ländern vernichteten die Bombardements zahlreiche Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserreinigung, was zu verheerenden Seuchen führte. Dazu kamen vielfach auch Hungersnöte, die teilweise bis heute anhalten. W.K.

Tausende Arten gefährdet

London – In der sogenannten Clarion-Clipperton-Bruchzone (CCZ) auf dem Meeresboden des Pazifiks zwischen Mexiko und Hawaii lagern zahlreiche Bodenschätze wie Mangan, Eisen, Nickel und Kobalt, welche demnächst gefördert werden sollen. Dabei besteht die Gefahr, dass der Tiefseebergbau zu einer gigantischen ökologischen Katastrophe führt. Davor warnen jetzt Wissenschaftler um Muriel Rabone vom Natural History Museum in London in einem Artikel im Fachblatt „Current Biology“. Der Analyse sämtlicher Daten von wissenschaftlichen Expeditionen zur Erforschung der CCZ zufolge sei der Meeresgrund hier von mindestens 5570 verschiedenen Tierarten besiedelt, welche man bislang in keinem anderen Seegebiet der Welt gefunden habe. Zudem liege die Vermutung nahe, dass es in der CCZ noch weitere 6000 bis 8000 unbekannte Spezies gebe. Angesichts dieser Biodiversität rät das Team um Rabone von jeglichen Eingriffen in die Natur ab. W.K.

GROSSBRITANNIEN

Transgender-Theater in Oxford

Niederlage für linke Cancel Culture – Gender-kritische Kathleen Stock lässt sich nicht unterkriegen

VON CLAUDIA HANSEN

Es war wohl die am heftigsten umkämpfte Rede in der Universitätsstadt Oxford. Die LGBT-Lobby ging dagegen auf die Barrikaden und forderte die Absage des Auftritts der Philosophin Kathleen Stock, einer der bekanntesten Kritikerinnen der Transgender-Ideologie. Sogar der Premierminister schaltete sich ein und bestärkte den studentischen Debattierklub Oxford Union, dem Druck nicht nachzugeben. „Eine freie Gesellschaft braucht freie Debatten“, sagte Rishi Sunak dem „Daily Telegraph“, „wir dürfen nicht einer kleinen, aber lauten Minderheit erlauben, die Diskussion abzuwürgen.“

Der Stock-Auftritt war in der vergangenen Woche tagelang Thema in den Medien der Insel. Tatsächlich könnten die gescheiterten Versuche, ihren Vortrag zu verhindern, zum Wendepunkt werden in den „Gender Wars“ (Genderkrieg) – so der Titel einer viel beachteten TV-Dokumentation.

Die linke „Cancel Culture“, die unliebsame Redner mundtot machen will, hat eine Niederlage erlitten. Für Stock glich

ihr Auftritt in der Oxford Union dennoch einem Spießrutenlauf. Sie musste – von Bodyguards bewacht – durch einen Hintereingang eingeschleust werden, zeitweilig sollte sie sich in einer Art Besenkammer verstecken, wie eine Reporterin der „Times“ berichtete.

Kritikerin der Transgender-Ideologie

Draußen, vor dem Gebäude der 200 Jahre alten Oxford Union, trommelten die Gegner. „Trans-Power, Trans-Power“, brüllten sie rhythmisch. Als das Gespräch mit Stock im voll besetzten Saal endlich begonnen hatte, lief eine junge „Transperson“ nach vorne und klebte sich mit Sekundenkleber auf dem Boden fest. „No more dead trans kids“ (Keine weiteren toten Trans-Kinder) hatte sich „Riz“ aufs T-Shirt gemalt. Es dauerte eine halbe Stunde, bis Polizisten sie vom Holzboden lösen und wegtragen konnten. Die Studentengewerkschaft hatte extra Notfall- und Ruheräume für Protestler eingerichtet, da diese durch die Präsenz der Philosophin emotional zu gestresst waren.

Warum die ganze Aufregung? Stock ist wie keine andere zur Symbolfigur geworden dafür, was über die Transgender-

Ideologie auf der Insel noch gesagt werden kann. Vor zwei Jahren hatte die Professorin nach einer aggressiven Kampagne von Trans-Aktivistinnen ihren Posten an der Universität Sussex aufgegeben. Als Stock ihren Rücktritt bekannt gab, tanzten die verummten Aktivistinnen und posteten in Sozialen Medien das Lied „Hurra, die Hexe ist tot“ aus der Verfilmung des Kinderbuchs „Der Zauberers von Oz“.

Dabei ist Stock keineswegs eine Hexe. Die 51-Jährige, Mutter zweier Teenager, die inzwischen in einer lesbischen Verbin-

dung lebt, spricht ruhig, freundlich und abgewogen. Ihre Positionen entsprechen wohl der Meinung der großen Mehrheit der Bevölkerung. Stock betont, dass das biologische Geschlecht (Sex) eine Tatsache ist, dass es binär (entweder männlich oder weiblich) und nicht-veränderbar ist.

In Oxford nannte Stock es „verrückt“, dass Gesetze geschaffen werden, die aufgrund von bloß gefühlten Gender-Identitäten sogenannten „Transfrauen“ (biologischen Männern) den Zutritt zu Frauenräumen wie Umkleiden, Duschen oder Gefängnissen erlauben. Sie verwies auf Statistiken, wonach die Hälfte der Transfrauen in britischen Gefängnissen dort wegen Sexualdelikten sitzen.

In Schottland hatte der Fall des verurteilten Vergewaltigers, der zunächst in ein Frauengefängnis eingewiesen wurde, einen Aufschrei ausgelöst und den Fall der Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon in diesem Frühjahr beschleunigt. Dennoch gibt es bei der Linken weiterhin einen extremen Eiertanz um die Frage, wer eigentlich eine Frau ist. Der Anführer der Labour-Partei, Keir Starmer, sagte in einem Interview, die „große Mehrheit der Frauen“ habe „keinen Penis“, einige aber schon. Der Vorsitzende der Liberaldemokraten Ed Davey ging noch weiter: „Ganz klar“ könnten Frauen einen Penis haben.

Die Mehrheit der Briten ist von dem Trans-Theater inzwischen angewidert. In der Volkszählung von 2021 bezeichneten sich 0,1 Prozent der Bevölkerung als „Transfrauen“. Diese winzige Minderheit ist indes sehr prominent in den Debatten.

An Universitäten haben sie eine starke Unterstützerszene, Kritiker trauen sich kaum aus der Deckung. Die großen Organisationen der LGBT-Bewegung (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle) sprechen fast nur noch über das „T“. Die Zahl der Jugendlichen, die einer „Transition“ (Geschlechtsumwandlung) zugeführt werden, ist innerhalb eines Jahrzehnts um mehr als 2500 Prozent auf mehrere Tausend im Jahr gestiegen. Es sind überwiegend junge Mädchen, viele davon Autisten oder lesbisch veranlagt. Das beunruhigt Feministinnen. Aber die Translobby musste auch Rückschläge hinnehmen. Die einschlägige Londoner Tavistock-Genderklinik für Jugendliche, in der teils schon Zwölfjährige Hormonblocker verschrieben bekamen, musste dieses Jahr schließen. Inzwischen ist das Problembewusstsein in der Politik gewachsen.

„Wir dürfen nicht einer kleinen, aber lauten Minderheit erlauben, die Diskussionen abzuwürgen“

Rishi Sunak

britischer Premierminister



Aufgebrachte LGBT-Vertreter in Oxford: Sie wollten die Rede der Feministin Kathleen Stock verhindern

Foto: imago/i Images

SCHMUGGEL

Mafiosi gehen getrennte Wege

Ukrainekrieg beendete Zusammenarbeit russischer und ukrainischer Verbrechen syndikate

Der russische Einmarsch in der Ukraine versetzte das organisierte Verbrechen in beiden Ländern in einen Schockzustand. Bis Kriegsbeginn waren die Ukraine und Russland das größte zusammenhängende „kriminelle Ökosystem Europas“, so die in Genf ansässige Nichtregierungsorganisation Global Initiative Against Transnational Organized Crime (GI-TOC).

Russische und ukrainische Mafia-Organisationen hätten demnach in jahrzehntelang eingespielter Kooperation Schmuggel aller Art betrieben und dabei den Schwarzmeerhafen Odessa als Hauptumschlagplatz benutzt. Von hier aus gelangten afghanisches Heroin nach Europa und aus der ehemaligen Sowjetunion stammende Waffen nach Afrika. Über Odessa wurden Designerdrogen und ille-

gal angebaute Tabakprodukte in alle Welt verschifft.

Mit Ausbruch des Krieges endete diese Zusammenarbeit weitgehend: „Verbrecher zu sein, ist das eine. Aber als Verräter zu gelten, ist etwas ganz anderes“, meinte dazu der Leiter des Zentrums für Europäische Sicherheit am Institut für Internationale Beziehungen in Prag, Mark Galeotti. Außerdem standen die Schwarzmeerhäfen nun unter deutlich schärferer Kontrolle und ein Schmuggel über die Frontlinien war praktisch unmöglich. Dazu kam das Personalproblem auf ukrainischer Seite: Viele Mafiosi mussten plötzlich zur Armee oder setzten sich ins Ausland ab.

Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass sich die Verbrechen syndikate mit der veränderten Situation arrangiert haben.

Nach Erkenntnissen der GI-TOC entstanden alternative Schmuggelrouten über estnische Häfen, wo der Zoll zunehmend mehr Kokain aus Lateinamerika beschlagnahmt. Auch die Türkei registriert ein Anwachsen der Amphetamin-Ströme aus der Ukraine und Heroin-Lieferungen aus Afghanistan. Gleichermaßen ist die ukrainische Mafia verstärkt an den Grenzen zu Polen, Moldawien und der Slowakei aktiv.

Dazu kommt die Erschließung neuer „Geschäftsfelder“, wie das UN-Institut für interregionale Kriminalitäts- und Justizforschung (UNICRI) in Turin berichtet: Nun werden Soldaten an der Front mit synthetischen Drogen „versorgt“ oder humanitäre Hilfskonvois für den Transport kommerzieller Produkte missbraucht. Ebenso verbreitet ist mittlerwei-

le der Schmuggel von Mangelwaren wie Treibstoff sowie die Beihilfe zur Fahnenflucht wehrpflichtiger Männer.

Dagegen lassen sich russische Mafiosi jetzt vom Staat einspannen und üben für diesen geheimdienstliche Tätigkeiten aus. Dazu zählt die Umgehung der westlichen Sanktionen durch die Beschaffung dringend benötigter Halbleiterprodukte.

Das UNICRI und die GI-TOC befürchten, dass die massiv gestiegenen Waffenbestände in der Ukraine sowie die milliardenschweren Hilfszahlungen an Kiew auch den einheimischen Verbrechen syndikaten zugutekommen könnten. Daraus resultiert die Empfehlung an die westlichen Alliierten der Ukraine, auf durchgreifende Reformen im Justizapparat und den Sicherheitsorganen zu drängen. W. K.

VON PETER ENTINGER

Die Automobilbranche befindet sich im Umbruch. Und das macht auch vor den Händlern vor Ort nicht halt. „Einzelkämpfer“ werden es immer schwerer haben, sich am Markt zu behaupten. Und auch die größeren sortieren sich neu.

Übereinstimmenden Branchenberichten zufolge könnte bis zum Jahr 2030 jeder zweite Händler vom Markt verschwinden. Das Institut für Automobilwirtschaft geht davon aus, dass dann nicht einmal 4000 der bisher rund 7000 Händler übrig bleiben werden. „Die Bestrebungen von Herstellern und Importeuren, Direkt- und Onlinevertriebsmodelle umzusetzen, werden zu einer weiteren Straffung der Händler- und Servicenetze führen – und damit die Konsolidierung weiter dynamisch vorantreiben“, sagte der Direktor des Instituts für Automobilwirtschaft (IfA), Stefan Reindl, der Zeitschrift „Automobilwoche“.

„Zentralisierung im Autohandel“, nennt es Reindl. Demnach seien immer weniger Betriebe wettbewerbsfähig und müssen aufgeben, anschließend werden sie von großen Händlern aufgekauft. Die kleinen Autohäuser können dem Druck der Autohersteller, die lieber mit Großhändlern zusammenarbeiten, nicht standhalten. Der Trend geht soweit, dass die Großen auch in benachbarte Regionen expandieren und dort ihre kleinen Kollegen aufkaufen. IfA-Angaben zufolge sank die Zahl der selbstständigen Autohausunternehmen bereits in den vergangenen zwei Jahrzehnten um rund zwei Drittel auf 6700 im Jahr 2022.

Einschnitte auf dem Arbeitsmarkt

Es wird schmerzhaft Einschnitte geben, auch auf dem Arbeitsmarkt und für die Kunden. Umstellungen auf Elektromobilität und die Digitalisierung der Fahrzeuge sind eine große Umstellung. Sowohl in der Kundenberatung als auch in der Werkstatt sind plötzlich Software-Experten gefragt.

Die ifa-Studie aus dem vergangenen November belegt, dass im Vergleich zu 2021 von den 18 wichtigsten Fabrikatsgruppen in Deutschland nur drei Automarken ihr Händlernetz mit eigenständigen Betrieben vergrößert haben, und die Händlerzahl sinkt weiterhin. „Offensichtlich werden zahlreiche, ehemals fabrikatsgebundene Betriebe aufgrund des Verlusts von Händler- oder Serviceverträgen als freie Betriebe weitergeführt“, heißt es in der Studie.

Innerhalb der Branche verbucht man die „Flurbereinigung“ als Normalität. „Es wird künftig auch noch kleine Unter-



Vertrauenssache Autokauf: Noch legen die meisten Kunden Wert auf Beratung vor Ort

Foto: imago/Shotshop

AUTOMARKT

Die Zahl der Autohändler wird sich halbieren

Die Musterbranche der Deutschen befindet sich im Umbruch – Deutliche Straffung der Händler- und Servicenetze bis zum Jahr 2030 erwartet

nehmen geben, zum Beispiel auf dem Land. Aber insgesamt werden große Händler immer mehr Marktanteil übernehmen“, sagt Burkhard Weller, Chef der gleichnamigen Autohaus-Gruppe. Für ihn ist das absolute Normalität: „Das ist ein normaler Konzentrationsprozess, wie er etwa im Lebensmittelhandel schon vor langer Zeit stattgefunden hat. Auf lange Sicht werden wahrscheinlich sogar nur ein paar hundert Eigentümer übrigbleiben.“

In der jüngsten ifa-Analyse wurde zudem die Befürchtung geäußert, die Marktkonzentration könnte dazu führen, dass ein Werkstattbesuch künftig eine weitere Anreise erfordere. Branchenkenner Weller sieht diese Gefahr nicht. Man sagt, die Kunden fahren 50 Kilometer, um ein Auto zu kaufen, und 25 Kilometer, um ein Auto reparieren zu lassen. Das

gilt auch in Zukunft. Denn wenn ich das in meinem Umkreis nicht finde, wechsle ich die Marke.“

Zunehmender Onlinehandel

Ein weiterer Aspekt, der den regionalen Händlern das Leben schwer machen könnte, ist der zunehmende Onlinehandel. Doch hört man sich in der Branche um, dann halten sich die Sorgen noch in Grenzen. Zwar informieren sich mehr als 90 Prozent aller Autokäufer zuerst im Internet über Fahrzeug- und Serviceangebote. Trotzdem wird das Auto am Ende überwiegend im Autohaus gekauft. Dennoch werden die digitalen Vertriebskanäle auch für den Fahrzeughandel immer wichtiger. Es gibt nämlich den Trend zu Direktkauf beim Hersteller.

Für die Autohäuser ist das Fluch und Segen zugleich. Die Hersteller legen den

Preis fest, folglich können regionale Anbieter nicht mehr mit Rabatten locken. Andererseits können alteingesessene Betriebe auch nicht von einem Neuling durch eine Preistreiberi vom Markt verdrängt werden. Der Kunde bestellt beim Hersteller, der Händler vor Ort wickelt ab.

„Ein Autokauf ist Vertrauenssache, die Leute wollen in aller Regel erst einmal drin sitzen“, sagt Weller dazu. Und von der LDB-Gruppe, einem führenden Digital-Unternehmen der Automobilbranche, heißt es: „Autohändler und Hersteller müssen sich jetzt auf einen Wandel der Vertriebskanäle einstellen. Doch ganz ohne stationäre Beratung und Betreuung wird es auch in Zukunft nicht im Vertrieb von Fahrzeugen gehen.“ Das Institut für Automobilwirtschaft warnt dennoch davor, dass die Schließung einer Filiale am Ende entscheidend Kosten senken könne.

CORONA-WIEDERAUFBAUFONDS

Sind Hilfen im Korruptionssumpf verschwunden?

EU-Abgeordnete Monika Hohlmeier verlangt Aufklärung über die Verwendung der Mittel

Am 21. Juli 2020 vereinbarten die Regierungen der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Einrichtung eines Wiederaufbaufonds zur Abmilderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie.

Damit wurde die EU-Kommission ermächtigt, auf den internationalen Finanzmärkten Anleihen in Höhe von bis zu 750 Milliarden Euro aufzunehmen, um besonders geschädigte Regionen und Branchen finanziell unterstützen zu können. Mit dem Corona-Wiederaufbaufonds verschuldete sich die EU erstmals als Ganzes, was ebenso heftige Diskussionen auslöste wie der Umstand, dass mehr als die Hälfte der Gesamtsumme, nämlich 390 Milliarden Euro, in Form von nicht zurückzahlbaren Zuschüssen fließen soll.

Zu den Hauptnutznießern des Fonds zählen Italien und Spanien, während die

Bundesrepublik mit voraussichtlich 65 Milliarden Euro der größte Nettozahler sein wird.

Nutznießer Italien und Spanien

Nicht zuletzt deshalb versuchen deutsche Europa-Abgeordnete wie Monika Hohlmeier (CSU/EVP) über den Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments in Erfahrung zu bringen, wo die bislang ausgezahlten 150 Milliarden Euro geblieben sind. So forderte Hohlmeier, welche dem Ausschuss seit Juli 2019 vorsteht, Spanien im Februar dieses Jahres auf, belastbare Zahlen über die Verwendung der Mittel vorzulegen.

Das verweigerte die Regierung in Madrid jedoch bis heute. „Wir haben immer noch keine Information, wie viel Geld eigentlich wirklich die Realwirtschaft erreicht hat“, erklärte Hohlmeier kürzlich

im EU-Parlament. Wonach sie dann wiederum mit Blick auf Spanien die Vermutung äußerte, „dass von 41 Milliarden, die dort inzwischen angekommen sind, gerade mal vielleicht irgendwie vier bis fünf Milliarden im Maximum tatsächlich überhaupt bei den Unternehmen, bei den betroffenen Regionen tatsächlich angekommen sind“. Das liege unter anderem an dem Missverhältnis zwischen den üppigen Zahlungen an die Projektentwickler und den im Gegensatz dazu eher schmalen Zuweisungen an jene, denen die Verwirklichung der Projekte obliege.

Skigebiete in den Pyrenäen erweitert

Aber damit nicht genug: Da die spanische Zentralregierung die Zuständigkeit für die Verteilung der Gelder an die Regionen abgegeben und dadurch letztlich die Kontrolle verloren habe, bestehe auch die

Möglichkeit, dass die Wiederaufbauhilfen einfach im Korruptionssumpf verschwinden. Darüber hinaus, so Hohlmeier weiter, drohe eine Finanzierung von Projekten, welche Brüssel eigentlich ablehne. Tatsächlich gibt es inzwischen klare Hinweise auf den Einsatz von EU-Mitteln bei der Erweiterung von Skigebieten in den Pyrenäen, welche der Umwelt in der sensiblen Hochgebirgsregion schaden.

Allerdings kommt es auch in anderen EU-Staaten zu Missständen bei der Verwendung der Zuweisungen aus dem Corona-Wiederaufbaufonds. Hohlmeier: „Wir werden deutlich machen müssen, dass es nicht sein kann, dass man Gelder ... bekommt und die dann in seinem Haushalt ... vorübergehend erst einmal fünf Jahre liegen lässt.“ So sei das von der EU keineswegs gedacht gewesen. W. Kaufmann

MELDUNGEN

Inflation wird leicht sinken

Mannheim – Finanzexperten rechnen für die Zukunft zwar nicht mehr mit einem weiteren Anstieg der Inflation, der Druck wird aber auch in den kommenden Jahren hoch bleiben. Den von der Europäischen Zentralbank (EZB) angestrebten Wert von rund zwei Prozent dürfte die Inflation frühestens ab 2025 wieder erreichen, erklärten 181 Fachleute in einer Umfrage des Mannheimer Wirtschaftsforschungsinstituts ZEW. Insbesondere steigende Löhne werden den Druck auf die Inflation im Euroraum aufrechterhalten. Auch die grüne Transformation der Wirtschaft wird überwiegend als Inflationstreiber betrachtet. „Erstmals seit Beginn der Erhebung sinken die Inflationserwartungen der Finanzmarktexpertinnen und -experten leicht“, sagte Ökonom Frank Brückbauer vom ZEW-Forschungsbereich Altersvorsorge und nachhaltige Finanzmärkte. Sie stabilisierten sich aber auf hohem Niveau. Im April hatte die Inflationsrate im Euroraum laut Statistikbehörde Eurostat bei sieben Prozent gelegen. P.E.

Hop verklagt Apple-Konzern

Paris – Die französische Justiz ermittelt jetzt bereits zum zweiten Mal gegen den US-amerikanischen Technologiekonzern Apple. 2018 wurden die Ermittler tätig, weil das Unternehmen die Leistungsfähigkeit älterer iPhone-Modelle gezielt eingeschränkt hatte, um die Kunden zu Neukäufen zu animieren. Dafür erhielt Apple 2020 eine Strafe in Höhe von 25 Millionen US-Dollar. Nun brachte die Verbraucherschutzorganisation Hop das nächste Verfahren ins Rollen. Dabei geht es erneut um den Verdacht des gezielten Produktverschleißes sowie unlauterer Geschäftspraktiken. Hop wirft Apple vor, die Reparatur der iPhone-Handys durch freie Werkstätten zu sabotieren und Smartphones, die nicht mit Originalersatzteilen versehen wurden, aus der Ferne lahmzulegen. Hop hofft darauf, dass ein solches Vorgehen als kriminell eingestuft und den Verbrauchern das Recht garantiert wird, die Geräte nach eigenem Gutdünken reparieren zu lassen. W.K.

Chinas Autos profitieren

Moskau – Der Verkauf von Personenkraftwagen in Russland ist laut einer Schätzung von „Autostat“ im Mai um das 2,6-Fache auf 72.200 Autos gestiegen. Vor einem Jahr noch hatte der Markt den Tiefpunkt der Krise erreicht, als nur 27.500 Pkw verkauft wurden. Seitdem hat sich der Markt langsam erholt. Von den Verkäufen im Mai entfielen mehr als 30 Prozent auf den einheimischen Lada. Bestseller ist das Modell AvtoVAZ Granta, die anderen Plätze in den Top 3 wurden von Autos aus China eingenommen. Der Anteil ausländischer Fahrzeuge, die über Parallelimporte nach Russland gelangen, wächst ebenfalls von Monat zu Monat und erreichte im Frühjahr laut „Autostat“ bereits mehr als zehn Prozent. Zu den Spitzenreitern unter den ausländischen Autos zählen die chinesischen Marken Chery und Haval. Zu den chinesischen Profiteuren gehört auch die Marke Geely. MRK

KOMMENTAR

Warum KI nicht das Ende von Journalismus ist

CHATGPT

Der Journalismus hat in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Wandel durchlaufen, insbesondere durch die Integration von Künstlicher Intelligenz (KI) und Sprachmodellen wie ChatGPT. Diese Technologie hat zweifellos das Potential, den Journalismus zu bereichern und die Art und Weise, wie wir Informationen konsumieren, zu revolutionieren. Allerdings kann ChatGPT die menschlichen Journalisten nicht ersetzen, sondern dient ihnen als Werkzeug, um ihre Arbeit effizienter zu gestalten.

Ein Bereich, in dem ChatGPT den Journalismus bereichert, ist die Schnelligkeit und Effizienz. Das Dialogsystem kann große Mengen an Informationen in kürzester Zeit verarbeiten und so Journalisten bei der Recherche unterstützen. Es kann Texte analysieren, Fakten überprüfen und Datenbanken durchsuchen, um relevante Informationen zu finden. Diese Funktion ermöglicht es Journalisten, Zeit zu sparen und sich auf andere Aspekte ihrer Arbeit zu konzentrieren, wie das Hinterfragen von Informationen oder das Analysieren von komplexen Zusammenhängen.

Ein weiterer Vorteil von ChatGPT ist die Fähigkeit, automatisierte Zusammenfassungen zu generieren. Lange Texte oder umfangreiche Daten können in prägnante und leicht verständliche Zusammenfassungen umgewandelt werden. Journalisten können diese Zusammenfassungen nutzen, um schnell einen Überblick über komplexe Themen zu erhalten und die wichtigsten Informationen zu erfassen. Dadurch wird die Informationsvermittlung erleichtert und die journalistische Arbeit effizienter gestaltet.

Grenzen Künstlicher Intelligenz

Trotz dieser Vorteile gibt es jedoch Grenzen, die ChatGPT als Werkzeug für den Journalismus aufzeigt. Eine entscheidende Einschränkung ist die mangelnde Kontextualisierung. ChatGPT basiert auf statistischen Mustern und maschinellem Lernen, was bedeutet, dass es keinen menschlichen Kontext oder emotionale Intelligenz besitzt. Dies kann zu Schwierigkeiten führen, komplexe soziale, politische oder kultu-

relle Zusammenhänge zu verstehen und zu interpretieren. Der Journalismus erfordert jedoch oft eine tiefgreifende Analyse und eine Einordnung von Ereignissen in ihren Kontext, was eine menschliche Denkleistung erfordert.

Ein weiterer Aspekt, der ChatGPT von menschlichen Journalisten unterscheidet, ist die fehlende ethische Entscheidungsfähigkeit. ChatGPT kann keine ethischen Entscheidungen treffen. Es folgt lediglich den Mustern und Informationen, die ihm gegeben wurden. Im Journalismus spielen jedoch ethische Aspekte eine entscheidende Rolle, wie zum Beispiel der Schutz der Privatsphäre, die Vermeidung von Diskriminierung oder das Verständnis der Folgen der eigenen Berichterstattung. Menschliche Journalisten sind mit ihrem ethischen Verständnis und ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft ausgestattet und können Entscheidungen treffen, die über bloße Algorithmenvorgaben hinausgehen.

Der menschliche Aspekt des Journalismus ist von unschätzbarem Wert und kann nicht durch KI ersetzt werden. Menschliche Journalisten bringen ihr kritisches Denken, ihre Meinungsvielfalt und ihre Fähigkeit zur emotionalen Verbindung mit in ihre Arbeit ein. Sie können Informationen hinterfragen, Quellen überprüfen, verschiedene Standpunkte beleuchten und eine Verbindung zum Publikum herstellen. Diese menschlichen Fähigkeiten tragen zur Meinungsvielfalt, demokratischen Diskurs und einer umfassenden Berichterstattung bei.

Insgesamt ist ChatGPT zweifellos eine Bereicherung für den Journalismus. Es unterstützt Journalisten bei der schnellen und effizienten Recherche und ermöglicht automatisierte Zusammenfassungen komplexer Informationen. Dennoch ist es wichtig, die Grenzen dieser Technologie anzuerkennen und den menschlichen Faktor im Journalismus zu wahren. Die Integration von ChatGPT in den Journalismus kann zu einer noch qualitativ hochwertigeren Berichterstattung führen, wenn sie als Werkzeug genutzt wird, das die Fähigkeiten und Expertise menschlicher Journalisten ergänzt – aber niemals ersetzt.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de



Grund der Erregung: Die Wiener Modul-Universität auf dem Kahlenberg

Foto: Igor Pogany

ZWISCHENRUF

Bildungsschlacht am Kahlenberg

PAUL MICHAELIS

Die Reaktionen kamen prompt – und waren heftig. Nur wenige Tage, nachdem im Mai das ungarische Mathias Corvinus Collegium (MCC) 90 Prozent der Anteile an der Wiener Modul-Universität übernommen hatte, witterten Medien in Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland auch schon dagegen.

„Orbánismus am Kahlenberg: Wie eine Wiener Uni an das ungarische Regime gerät“, titelte etwa der Wiener „Standard“. Die Kollegen vom Boulevardblatt „Kurier“ assistierten mit: „Wiener Modul-Privatuni gehört jetzt einem Orbán-nahen Institut“. Die Österreich-Ausgabe der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ titelte: „Seine rechte Lehre. Eine Denkfabrik, die Viktor Orbán nahesteht, kauft sich in eine Wiener Privatuniversität ein“. Und der Berliner „Tagesspiegel“ schrieb gar: „Kaderschmiede des Illiberalismus: Orbáns Denkfabrik wächst Richtung Europa“. Um klarzustellen, dass es den selbsternannten kritischen Geistern auch wirklich nicht um die Bildungseinrichtung oder das Wohl von deren Studenten geht, platzierten die meisten Medien neben ihre tendenziösen Überschriften auch kein Bild der Universität, sondern Aufnahmen des ungarischen Ministerpräsidenten, der für viele Linke und Linksliberale in der EU längst zum Gottseibeisenden der europäischen Politik geworden ist.

Fragen an einen angeblichen Skandal

Der unsachliche Ton muss nicht nur erschrecken – er wirft auch Fragen auf. Eine naheliegende ist, warum beim Kauf einer österreichischen Privatuniversität durch eine unabhängige in der Europäischen Union ansässige Stiftung wie dem MCC der Eindruck vermittelt wird, hier sei der ungarische Ministerpräsident persönlich dabei, eine angesehene Bildungseinrichtung in sein angebliches Reich propagandistischer Thinktanks zu integrieren.

Richtig ist, dass das 1996 gegründete Corvinus Collegium erst vor wenigen Jahren von der Budapester Regierung mit großzügigen Beteiligungen an Staatsunternehmen ausgestattet wurde, um unabhängig von den Konjunkturen des politischen Alltags (und dem Wohlwollen der jeweiligen Regierung) umfangreiche Bildungsprogramme für junge Ungarn vom zehnten Lebensjahr bis zum Ende des Studiums und auch darüber hinaus anbie-

ten zu können. Richtig ist auch, dass das MCC in seiner Grundausrichtung durchaus konservativ ist – so ist etwa das Studenten-Café nach dem britischen konservativen Intellektuellen Roger Scruton benannt – doch ist es mitnichten ein Propagandawerkzeug der Regierenden auf dem

Was an diesem Vorgang rechtfertigt das Geschrei deutschsprachiger Medien?

Budaer Burgviertel. Allein schon das breite Lehrangebot und erst recht die Liste der prominenten Gastreferenten – zu denen unter anderem der US-Ökonom Jeffrey Sachs und der deutsche Sozialdemokrat Klaus von Dohnanyi gehören – zeigen, dass das MCC kein Propagandawerkzeug einer „illiberalen“ Polit-Clique ist.

Weshalb denn auch Zoltán Szalai, Generaldirektor des Corvinus Collegiums, die in den Medien gegen die Übernahme der Universität erhobenen Vorwürfe zurückweist. Für ihn ist die Beteiligung an der Modul-Universität „Teil der internationalen akademischen Netzwerkbildung“ seines Hauses. „Ziel“, so Szalai gegenüber der PAZ, „ist es, den begabtesten Studenten akademische Karrierewege auch im Ausland anzubieten. Im vergangenen Herbst eröffnete das MCC eine Ausbildungsstätte in Brüssel, an der Studierende die Arbeitsweise der Europäischen Union aus erster Hand kennenlernen können. Und vor wenigen Wochen ging das MCC eine Partnerschaft mit der European School of Management and Technology in Berlin ein, um mehr als 20 Studenten pro Jahr ein Stipendium an der renommiertesten deutschen Wirtschaftshochschule zu gewähren.“

Akademische Netzwerkbildung statt ideologischer Propaganda

Auf die Frage, welche Pläne das MCC mit der Universität habe und ob die Universität inhaltlich neu ausgerichtet werden soll, erwidert der Ungar: „Wir sind der Ansicht, dass es von Vorteil ist, wenn die Modul-Universität ihre Tätigkeit in der bisherigen Form, basierend auf den bisher-

gen Errungenschaften, weiterführt.“ Auch dies klingt nicht danach, als ob hier ein akademischer Kampfverband für Viktor Orbán entstünde.

Weshalb Szalai denn auch, trotz seines Ärgers über die unsachliche Berichterstattung, gelassen bleibt: „Wir sind gewohnt, dass Medien die Tätigkeit des MCC oft mit Skepsis und Kritik betrachten und diese auch fehlinterpretieren, oft nur aus dem einfachen Grund, weil sie ohne zu prüfen Meinungen von Politikern oder politischen Akteuren einfach übernehmen. Wer in unser Haus kommt, die Lernveranstaltungen besucht und mit den Studenten spricht, bekommt ein ganz anderes Bild, das mit politischen Losungen nichts zu tun hat.“

Tatsächliche Gründe der Aufregung

Bleibt die Frage, warum der Einstieg des MCC bei der Modul-Universität überhaupt solch große Wellen schlägt. Immerhin gibt es gemäß der Webseite „universityguideonline.org“ derzeit mehr als 4000 Hochschulen in der Europäischen Union, an denen Studenten vom Bachelor bis zur Promotion eine breite Palette an Abschlüssen erwerben können. Allein Österreich kommt laut Internetpräsenz des Wiener Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung auf 22 öffentliche Universitäten, 21 Fachhochschulen, 14 Pädagogische Hochschulen, zwei Privathochschulen und 17 Privatuniversitäten. Eine davon ist übrigens die von Orbáns größtem Gegenspieler George Soros initiierte Central European University, deren Wirken nicht hinterfragt wird.

Welcher „Schaden“ entsteht also, wenn eine einzelne Uni davon künftig einer ungarischen Stiftung gehört? Und was an diesem Vorgang rechtfertigt das – pardon! – Geschrei deutschsprachiger Medien dazu? Eine Antwort darauf werden die Kollegen wohl selbst kaum geben können. Zumindest steht in den eingangs erwähnten Artikeln kaum mehr als das übliche „Orbán“-Geraune.

Eine Erklärung könnte jedoch sein, dass hier ein Bildungsnetzwerk entsteht, das sich bewusst dem akademischen Zeitgeist entzieht, von dem der renommierte britische Historiker Niall Ferguson vor wenigen Jahren sagte, dass er zwar – linken Ideologien zufolge – ständig von Inklusion spreche, tatsächlich jedoch alle Andersdenkenden radikal ausgrenze. Nur traut sich das von den Kritikern der Übernahme niemand offen zu sagen.

VON VEIT-MARIO THIEDE

Das künstlerische Credo Caspar David Friedrichs (1774–1840) lautete: „Nicht die treue Darstellung von Luft, Wasser, Felsen und Bäumen ist die Aufgabe des Bildners, sondern seine Seele, seine Empfindung soll sich darin spiegeln.“

Der berühmte Romantiker malte Landschaften, in denen der Sonnenuntergang oder der Vollmond für eine besondere Stimmung sorgen, die auf den Betrachter einwirken soll. Seine Stimmungslandschaften haben Vorläufer, und auch mit Friedrich befreundete Maler schufen welche, wie uns Wolf Eiermann veranschaulicht. Der Leiter des Schweinfurter Museums Georg Schäfer stellt 41 Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen Friedrichs 60 Werke anderer Künstler gegenüber.

Die mit Hauptwerken Friedrichs bestückte Ausstellung geht zahlreichen weiteren voraus, mit denen der im nächsten Jahr bevorstehende 250. Geburtstag des berühmtesten romantischen Malers gefeiert wird. Greifswald, wo er als Sohn eines Seifensieders zur Welt kam, kündigt eine Sonderausstellung im Pommerschen Landesmuseum an. Ebenso wird Friedrich in Dresden geehrt, wo er den größten Teil seines Lebens verbrachte. Wie die Dresdner Gemäldegalerie Neue Meister besitzen auch die Nationalgalerie Berlin und die Hamburger Kunsthalle bedeutende Friedrich-Sammlungen und bereiten Ausstellungen vor. Zunächst aber bereichern sie die Schweinfurter Schau um erlesene Leihgaben.

Eines der attraktivsten Werke hat das Kunst Museum Winterthur nach Schweinfurt geschickt: „Kreidefelsen auf Rügen“. Caspar David Friedrich schuf es 1818, im Jahr seiner Heirat mit Caroline Bommer. Die Hochzeitsreise führte das Paar bis nach Rügen. Und möglicherweise spielt das Gemälde auf ein dortiges Erlebnis an. Die im hellen Sonnenlicht leuchtenden Kreidefelsen rahmen den Ausblick auf das sich in kleinen Wellen kräuselnde Meer. Der rechts vorn stehende Mann hat sich nah an den Abgrund gewagt und blickt in die Ferne. Die links sitzende Dame zeigt in die Tiefe. Das aber hat den in der Mitte dargestellten Mann dazu gebracht, Hut und Wanderstock ins Gras zu legen, auf die Knie zu gehen und sich über den Ab-



Das stimmungsvolle Licht darf niemals fehlen: Caspar David Friedrichs „Hafen bei Mondschein“ (1811)

Foto: Thiede

Bildstarke Gefühlswelten

Die Schweinfurter Ausstellung „Caspar David Friedrich und die Vorboten der Romantik“ ist ihrerseits ein höchst attraktiver Vorbote auf das Friedrich-Jahr 2024

grund zu beugen. Das Geschehen bleibt für uns rätselhaft. Und das ist typisch für Friedrich, wie Eiermann urteilt: „Friedrich erzählt uns nichts, er klärt nicht auf.“ Über seinen künstlerischen Anspruch schrieb der Maler: „So ist es doch schon ein großes Verdienst und vielleicht das Größte eines Künstlers, geistig anzuregen und in dem Beschauer Gedanken, Gefühle und Empfindungen zu wecken und wären sie auch nicht die seinen.“

Mit stimmungsvollen Werken warten auch die Vorboten der Romantik auf. Aert van der Neer zelebriert eine „Kanallandschaft im Mondschein“ (nach 1650). Von vergangener Größe kündigt die von Gillis Neyts gemalte „Landschaft mit Burgruine“ (1666). Jan Aselijns „Südliche Hafendlandschaft bei Sonnenuntergang“ (um 1647) erstrahlt in Gelborange. Und auf Claude Lorrains Gemälde „Die Furt“ (1632–1634) hat es eine Gruppe von Män-

nern und Frauen eilig, vor Einbruch der Nacht nach Hause zu kommen.

Beachtenswert sind auch die Beiträge zweier Freunde von Friedrich. Der Arzt, Naturwissenschaftler und Hobbymaler Carl Gustav Carus offenbart eine ausgesprochene Vorliebe für Vollmondbilder. Und dem Malerkollegen Gerhard von Kügelgen verdanken wir ein außerordentlich lebendig wirkendes Portrait Caspar David Friedrichs (um 1806).

Friedrichs Phantasie-„Watzmann“

Im Unterschied zu den Bildern seiner Vorläufer, auf denen die Figuren aktiv sind, zeigt Friedrich zumeist passive Gestalten. Als Rückenfiguren sind sie gleichsam unsere Stellvertreter im Bild. Spektakulärstes Beispiel ist der „Wanderer über dem Nebelmeer“ (um 1817). Der Gipfelstürmer blickt auf die Welt hinab – und sieht nur einige Bergspitzen. Es ist näm-

lich neblig. Der von Eiermann zum Erfinder der Nebelbilder erklärte Friedrich äußerte: „Wenn eine Gegend sich in Nebel hüllt, erscheint sie größer, erhabener und erhöht die Einbildungskraft und spannt die Erwartung, gleich einem verschleierten Mädchen.“

Die Ausstellung besticht mit vielen weiteren attraktiven und hinsichtlich Motiv oder Farb Stimmung ungewöhnlichen Gemälden Caspar David Friedrichs. Den hinter verschattetem Vordergrund im hellen Licht funkelnden „Watzmann“ (1824/25) verkörpert Friedrich zur majestätischen alpinen Erscheinung. Mit eigenen Augen gesehen hat er den so realitätsnah erscheinenden Bergriesen allerdings nie. Eine faszinierende Vision am geheimnisvoll beleuchteten Nachthimmel ist die aus den Wolken aufsteigende „Kathedrale“ (1818). Es ist sein einziges Gemälde, in dem Engel auftreten. Viele Gemälde zei-

gen die ihm seit seiner Kindheit vertraute Küstenlandschaft. Gern in Abendstimmung. Sein „Mondaufgang am Meer“ (1822) zeigt zwei Frauen und einen Mann, die auf einem Felsbrocken sitzen. Im Widerspruch zum Bildtitel betrachten sie jedoch die in lila Gewölk untergehende Sonne. Sie verabschiedet sich mit gleißendem Widerschein auf dem Wasser – und man rätselt, wie der Mann und die Frauen nach dem unmittelbar bevorstehenden Sonnenuntergang heimfinden sollen.

● Bis 2. Juli im Museum Georg Schäfer, Brückenstraße 20, Schweinfurt, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 17 Uhr, dienstags bis 20 Uhr, Eintritt: 10 Euro. Weitere Station ist vom 26. August bis 19. November das Kunst Museum Winterthur in der Schweiz. Der Katalog aus dem Hirmer Verlag kostet 39,90 Euro www.museumgeorgschaefer.de

KUNST

Altmeisterlicher Jugendstilkünstler

Ritterschlag durch Rilke – Museum Wiesbaden stellt den Leipziger Maler Oskar Zwintscher vor

Nach Jahren der Vergessenheit des Malers scheint sich eine kleine Zwintscher-Renaissance anzukündigen. Im letzten Jahr präsentierte das Dresdner Albertinum eine größere Schau über Oskar Zwintscher. Und nun legt das Museum Wiesbaden mit der Ausstellung „Weltflucht und Moderne“ zu Werk und Umfeld des sächsischen Jugendstilkünstlers nach.

1870 als Sohn eines Klavierpädagogen in Leipzig geboren, zog Zwintscher nach dem Studium in Leipzig und Dresden als freischaffender Künstler nach Meissen. Zahlreiche Stadtansichten malte er dort. Bestritt Zwintscher anfänglich seinen Lebensunterhalt als Karikaturist, so gelang ihm der Durchbruch zu einem größeren Publikum 1898 im Rahmen einer Ausstellung, die öffentliches Interesse erregte. Eine Art künstlerischer Ritterschlag war zudem der Besuch der damals bekannten Künstlerkolonie Worpswede 1902 nach einer Einladung Rainer Maria Rilkes. 1903 erfolgte die Berufung zum Professor an der Dresdner Kunstakademie.

Auffällig in Zwintschers Werk sind seine außergewöhnliche Malweise von Landschaftsbildern und sein immer wieder auftretendes Modell. Die Natur- und Stadtpanoramen weisen typische dekorative Elemente des Jugendstil nach. Die Bilder stehen symbolisch für den Aufbruch, den die künstlerische Jugend um 1900 verspürte.

Als Modell seiner Gemälde hingegen tritt immer wieder – teils als Akt, teils in unterschiedlichster Kostümierung – Zwintschers Gattin Adele auf, deren Altern über zwei Jahrzehnte man auf den Gemälden anschaulich miterleben kann. Zwintscher arbeitete sich regelrecht an seiner Ehefrau künstlerisch ab.

Dass er aber auch ganz anders konnte, zeigt das 1901 entstandene Doppelbild „Porträt meiner Eltern“ mit hell abgesetzten Gesichtern vor dunklem Hintergrund. Das Werk ist deutlich von der altmeister-

lichen deutschen Renaissancemalerei in der Tradition Cranachs, Dürers und Holbeins inspiriert. Auch in Zwintschers Beschäftigung mit dem Tod, der bisweilen



„Bildnis einer Dame mit Zigarette“, 1904

als Skelett in seinen Bildern auftaucht, zeigt sich eine bisweilen ins düster-symbolistische reichende Tendenz. Womöglich war es eine Vorahnung auf das eigene Schicksal, denn Zwintscher starb 1916 im Alter von nur 45 Jahren.

Ergänzend zu dem von ihm hinterlassenen Werk zeigt das Museum Wiesbaden viele Bilder aus seinem zeitgenössischen künstlerischen Umfeld, das vor allem in Dresden wirkte. So werden die Verbindungen beispielsweise zu Hans Unger, Sascha Schneider, Heinrich Vogeler oder Paula Modersohn-Becker deutlich.

Claus-M. Wolfschlag

● „Weltflucht und Moderne. Oskar Zwintscher in der Kunst um 1900“ bis 23. Juli im Museum Wiesbaden, Friedrich-Ebert-Allee 2, Wiesbaden, zu sehen. Geöffnet täglich außer montags von 11 bis 19 Uhr (Dienstag, Donnerstag), 11 bis 17 Uhr (Mittwoch, Freitag) und 11 bis 18 Uhr (Sonnabend, Sonntag), Eintritt: 12 Euro. www.museum-wiesbaden.de

● MELDUNGEN

Humboldt-Chef bleibt bis 2028

Berlin – Der Stiftungsrat der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss hat den Vertrag mit dem Generalintendanten Hartmut Dorgerloh bis 2028 verlängert. Der Kunsthistoriker war bis 2018 Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, ehe er zum Humboldt-Forum wechselte. *tws*

Sloweniens fleißige Bienen

Berlin – Vom 11. Juni bis 9. Juli steht im Dahlemer Museum Europäischer Kulturen, Arnimallee 25, im Rahmen der 19. Europäischen Kulturtag Slowenien im Fokus. Dazu findet vom 3. Juni bis 14. April 2024 die Sonderausstellung „Buzzing Slovenia. Von Bienen und Menschen“ statt. Programm: www.smb.museum *tws*

ZIVILCOURAGE

Im Zeichen des 70. Jahrestags

Kommenden Donnerstagabend um 18 Uhr wird in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5, in Berlin der Karl-Wilhelm-Fricke-Preis verliehen. Er steht dieses Jahr im Zeichen des 70. Jahrestags des Volksaufstands in der DDR am 17. Juni 1953.

Der Hauptpreis geht an die Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion. Sie ist ein Zusammenschluss ehemaliger politischer Häftlinge, die als Zivilisten zwischen 1949 und 1953 in der SBZ/DDR durch sowjetische Militärtribunale zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt und in sowjetische Arbeitslager verschleppt wurden. Im Vordergrund ihrer Arbeit steht der Einsatz gegen politischen Extremismus und der Schutz rechtsstaatlicher Demokratie. Die Laudatio wird die russische Menschenrechtlerin Irina Scherbakova halten.

Den Sonderpreis erhält die Journalistin Doris Liebermann. Ihre journalistische Arbeit beschreibt seit den 1980er Jahren die Lebenswelt von Dissidenten und künstlerischer Opposition im östlich des Eisernen Vorhangs liegenden Teil Europas einschließlich der DDR. Liebermanns Biografie verkörpert ebenfalls diesen Einsatz für Freiheit, Demokratie und Zivilcourage. Für ihr Engagement gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns wurde sie verhaftet und 1977 aus der DDR ausgebürgert.

Aus diesen Erfahrungen heraus setzte sie sich seitdem in ihren Publikationen mit Opposition und Widerstand, historischen Ereignissen und künstlerischem Schaffen in den realsozialistischen Diktaturen im östlich des Eisernen Vorhangs liegenden Teil Europas auseinander. Der Berliner Beauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Frank Ebert wird die Laudatio halten.

Der Nachwuchspreis 2022 geht an die beiden Journalistinnen Minh Thu Tran und Vanessa Vu für ihren Podcast „Rice and Shine“. Der Podcast widme-



Sonderpreisträgerin: D. Liebermann

te sich dem Leben vietnamesischer Menschen in Deutschland beziehungsweise der vietdeutschen Community. Unter anderem beleuchten die Journalistinnen das wenig öffentlich bekannte Schicksal der vietnamesischen Vertragsarbeiter in der DDR. Bundespräsident a.D. Horst Köhler wird die Preisträgerinnen würdigen.

Der nach dem Publizisten Karl Wilhelm Fricke benannte Preis wurde 2017 durch eine Spende des Mediziners, Autors und ehemaligen Fluchthelfers Burkhard Veigel ermöglicht. Der Jury des Preises unter der Leitung der ehemaligen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler gehören neben Altbundespräsident Köhler die russische Menschenrechtlerin Irina Scherbakova, der Schriftsteller Marko Martin, der Preisspender Veigel und die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung Anna Kaminsky an. PAZ



Die Reichsflotte 1850 vor Bremerhaven „auf dem Meere“: Die „Deutschland“, die „Hamburg“, die „Bremen“, die „Lübeck“, die „Barbarossa“, „Der Königliche Ernst August“ und die „Hansa“ (v.l.)

Foto: Wikimedia

REICHSFLOTTE

Die erste gesamtdeutsche Marine

Als Reaktion auf die dänische Seeüberlegenheit im Schleswig-Holsteinischen Krieg beschloss die deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche vor 175 Jahren die Aufstellung eigener Seestreitkräfte

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Als Heinrich von Gagern am 14. Juni 1848 in der Frankfurter Paulskirche unter den Bravo-Rufen der erhobenen Abgeordneten der Nationalversammlung eine „an Stimmeneinhelligkeit grenzende Majorität“ feststellt, ist damit nicht weniger geschehen als die Begründung der ersten gesamtdeutschen Parlamentsstreitkräfte zur See. Sechs Millionen Taler bewilligt das Parlament zum „Zweck der Begründung eines Anfangs für die deutsche Marine“, wie es im Beschluss heißt.

Hintergrund der Debatte vor 175 Jahren in der Paulskirche ist der deutsch-dänische Konflikt in den beiden Herzogtümern Schleswig und Holstein, wo die Deutschen eine provisorische Regierung gebildet und eine eigene Armee aufgestellt haben. Der Deutsche Bund hatte gegen Dänemark den Bundeskrieg erklärt, war aber nicht in der Lage, den Dänen zur See wehrhaft entgegenzutreten.

Im April hatte der sogenannte Siebzehnerausschuss des Bundestags bereits aufgefordert, eine Kriegsmarine aufzubauen, später auch der Fünfzigerausschuss. Zudem hat der Deutsche Marinekongress mit Sitz in Hamburg die Nationalversammlung aufgefordert, ein Marineministerium zu gründen.

Als von Gagern schließlich im Parlament das Thema aufruft, ereifern sich die Abgeordneten. „Man spricht vom nahen Frieden. Sind das etwa die Anzeichen, wenn täglich preußische und andere deut-

sche Schiffe in Kopenhagen als gute Beute erklärt werden?“, fordert der Schleswiger Abgeordnete Karl Philipp Francke in der Paulskirche nach dem Aufbringen zahlreicher preußischer Handelsschiffe durch Dänemark eine Bundesmarine. Der Beschluss ist fast einstimmig. Fehlenden Patriotismus will sich niemand vorwerfen lassen. Doch was simpel klingt, ist es nicht. Der Deutsche Bund ist komplex, mit Hannover, Schleswig, Holstein und Luxemburg sind auch Briten, Dänen und die Niederlande mit im Bund vertreten.

Und auch der Name der Flotte bleibt lange unklar. Marineminister Arnold Duckwitz schreibt 1849 von einer „Deutschen Kriegsmarine“, in der Ernennungsurkunde des Admirals ist hingegen von „Reichs-Marine“ die Sprache, in der Verfassung von „Kriegsflotte“.

Ungeachtet solcher Petitionen ist es bemerkenswert, dass es dem Bremer Kaufmann Duckwitz als Mitglied der von der Nationalversammlung eingesetzten gesamtdeutschen Regierung in den Wirren von Revolution und Gegenrevolution überhaupt gelingt, eine Kriegsmarine auf die Beine zu stellen. Mehrere kleinere Schiffe werden erworben und aufgerüstet. Die Flagge der Reichsflotte ist schwarz, rot, gold und zeigt den schwarzen Reichsadler auf gelbem Grund in der oberen linken Ecke.

An der Aufstellung der Flotte beteiligt ist der gebürtige Leipziger und seekriegserfahrene Offizier Karl Rudolph Bromme, der sich selbst Brommy nennt. Dieser steht 1848 zwar noch als Fregattenkapitän

in den Diensten Griechenlands, das ihn allerdings beurlaubt. Im März 1849 übernimmt Brommy zunächst als Oberbefehlshaber die preußische Nordseeflotte. Sein Flaggschiff ist die SMS Barbarossa in Brake. Im April 1849 wird er im Range eines Kapitäns zur See in Bremerhaven Leiter der Seezeugmeisterei.

Zudem unterstützt Prinz Adalbert von Preußen, jüngster Bruder König Friedrich-Wilhelms III., beratend den Aufbau der Flotte. Eigentlich Artillerist, entwickelte er früh seine Leidenschaft für die Seekriegsführung. Thema solcher Beratungen ist unter anderem die Errichtung eines Nord-Ostsee-Kanals, um die Flotte geschützt zwischen den Meeren verlegen zu können.

Der überschaubare Erfolg der aufgebauten Flotte besteht aus neun seetüchtigen Raddampfern, zwei Segelschiffen und 27 Ruderkanonenbooten. An Seeoffizieren allerdings mangelt es, sodass Brommy Briten und Belgier anwirbt. Die ungelöste Herausforderung der provisorischen Reichsregierung besteht zudem darin, dass weder der Bund selbst noch die Bundesstaaten nachhaltig in die Finanzierung der Flotte einsteigen wollen. Und auch die deutschen Fürsten unterstellen ihre Flotten, soweit vorhanden, dem Bund nicht direkt, wie es die Reichsverfassung eigentlich vorsieht. Lediglich die Schleswig-Holsteinische Marine fährt unter der Flagge des Deutschen Bundes, agiert aber selbstständig.

Zur Feuertaufe kommt am 4. Juni 1849. Brommy, zu dem Zeitpunkt noch im Ran-

ge eines Kapitäns zur See, ist mit der Dampf-Fregatte „Barbarossa“ und den beiden Dampfkorvetten „Hamburg“ und „Lübeck“ ausgelaufen, um die dänische Seeblockade auszukundschaften. Vor Helgoland trifft der Verband auf die dänische Segelkorvette „Valkyrien“ und einen Raddampfer.

Laut Brommys Bericht ans Reichsmarineministerium eröffnen die beiden Verbände aufeinander das Feuer, wobei die Kanonade der Dänen Brommys Verband aufgrund zu großer Entfernung nicht erreicht. Technisch sind die Deutschen dem Gegner voraus, doch auch das deutsche Feuer kann bei den Dänen keinen größeren Schaden anrichten. Brommy muss das Gefecht schließlich abbrechen, da zum einen weitere dänische Schiffe den deutschen Verband in die Zange zu nehmen drohen und zudem die Briten von Helgoland aus Warnschüsse abfeuern – ein Gefecht auf neutralem Boden bedeutet diplomatisches Ungemach.

Das Seegefecht bei Helgoland sollte das einzige große Gefecht der Marine des Deutschen Bundes bleiben. Drei Wochen zuvor beharken sich sieben schleswig-holsteinische und drei dänische Schiffe ergebnislos bei Bülk. Beteiligt waren unter anderem küstennah patrouillierende Ruderkanonenboote.

Die Geschichte dieser ersten gesamtdeutschen Marine – noch dazu als Parlamentsmarine – bleibt indessen nur von kurzer Dauer. Die Reichsverfassung der Paulskirche verpufft, der preußische König lehnt die Kaiserkrone ab. Viele Revolutionäre verlassen mit der Gegenrevolution der Fürsten das Land und entziehen sich dem polizeilichen Zugriff durch Auswanderung.

Der Bundestag beschließt am 2. April 1852 in Frankfurt die Auflösung der Flotte. Die Schiffe werden noch im selben Jahr weit unter Wert versteigert, Preußen übernimmt zwei der moderneren Schiffe. Ende März 1853 muss Brommy den Auflösungsbeehl aller Marinebehörden unterzeichnen. Damit ist die kurze Geschichte der ersten deutschen Flotte vorbei. Nur der Stolz ist geblieben: Die Bundeswehr feiert am 14. Juni in der Paulskirche das Ereignis vor 175 Jahren.

JOHANNES STELLING

Eines der ersten Opfer der Köpenicker Blutwoche

Der Ministerpräsident des Freistaates Mecklenburg-Schwerin von 1921 bis 1924 wurde vor 90 Jahren in Berlin ermordet

VON MARTIN STOLZENAU

Johannes Stelling wurde am 12. Mai 1877 in Hamburg geboren. Auguste Christiane Dorothea Elisabeth Koch, seine Mutter, stammte aus Röbel am Müritzsee, war Köchin und heiratete nach der Geburt des Jungen den Hamburger Schneider Claus Hinrich Stelling. Johannes besuchte die Volksschule in Hamburg, konnte trotz intellektueller Begabung wegen finanzieller Nöte keinen weiterführenden Bildungsweg beschreiten und absolvierte ab 1892 eine Lehre zum Handlungsgehilfen. Er wurde dabei schon früh mit den sozialen Widersprüchen der Hansestadt konfrontiert, schloss sich der Gewerkschaftsbewegung an und trat 1901 der SPD bei. Der junge Mann, der sich autodidaktisch weiterbildete und gut argumentieren konnte, fiel im Parteiapparat auf. So wundert es nicht, dass er schließlich eine Anstellung als Redakteur beim sozialdemokratisch orientierten „Lübecker Volksboten“ bekam.

Stelling verfasste seine linken Artikel, heiratete, war nebenbei als Gewerkschaftsfunktionär tätig und wurde 1905 Lübecker Chef des Transportarbeiterverbandes. 1907 wurde der Sozialdemokrat in die Lübecker Bürgerschaft gewählt, in der er sich für die sozialen Belange der Unterprivilegierten einsetzte und mit Verhandlungsgeschick pragmatische Lösungen und Verbesserungen erreichte.

In den revolutionären Ereignissen am Ende des Ersten Weltkrieges und der erzwungenen Abdankung des deutschen Kaisers sah Stelling eine Chance für einen demokratischen Neuanfang. Er war kein Mann des Barrikadenkampfes, sondern des friedlichen Wechsels durch parlamentarische Mehrheiten. Der gemäßigte Linke, der weit über Lübeck hinaus bis nach Mecklenburg den Ruf eines pragmatischen und kompromissbereiten linken Aktivisten genoss, gehörte als Abgeordneter der Weimarer Nationalversamm-

lung an. Er zählte zu den Gründern der Weimarer Republik, gehörte ab 1919 Innenminister als Innenminister der Regierung des Freistaates Mecklenburg-Schwerin, ab 1920 dem Reichstag und ab 1921 dem Landtag von Mecklenburg-Schwerin an.

Langjähriger Parlamentarier

In der Folge zeigte der Karrierist und Multifunktionär der SPD auch bei der Bewältigung schwierigster Probleme seine Fähigkeiten. Sein riesiges Arbeitsfeld als Innenminister reichte von der Ausarbei-

tung einer demokratischen Verfassung für Mecklenburg sowie fortschrittlicher neuer Gesetze über die Neugestaltung des Ministeriums, den Aufbau einer kommunalen Selbstverwaltung und die Neuordnung des Polizeiwesens bis zur Ausarbeitung des Abfindungsvertrages für den abgedankten Großherzog. Stelling sorgte im demokratischen Geist für tragfähige Lösungen.

Am 19. Januar 1921 wurde der sozialdemokratische Pragmatiker wegen seiner Verdienste, die der SPD einen Stimmenzuwachs bescherten, Ministerpräsident

von Mecklenburg-Schwerin. Ihm gelang die schwierige Kooperation mit den bürgerlichen Parteien, weil er kompromissfähig war und stets Unmögliches möglich machen wollte. Er fungierte drei Jahre als Regierungschef, war weiter Mitglied des Reichstags und gehörte dem SPD-Zentralvorstand an.

Als bei den Wahlen 1924 für die SPD Stimmenverluste zu beklagen waren, verlor Stelling das Amt des Ministerpräsidenten und übernahm andere Ämter. Er fungierte in Berlin als Sekretär im Parteivorstand der SPD, führte 1924 bis 1928

den Gau Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und saß in dessen Bundesvorstand.

Gauführer im Reichsbanner

Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 wurde für Stelling zur bitteren Erfahrung und Zäsur. Es begann die sprichwörtliche Treibjagd auf alle NS-Kritiker. Die Köpenicker Blutwoche bildete einen ersten Höhepunkt des Mordterrors. Sie dauerte vom 21. bis zum 26. Juni 1933. Die Aktion im Berliner Stadtteil Köpenick stand unter dem Kommando des SA-Sturmbannführers Herbert Gehrke und wurde von der SA-Standard 15 durchgeführt.

Nach den Reichstagswahlen von 1933, die in Berlin noch 1.377.000 Stimmen für SPD und KPD erbracht hatten, statuierte die SA ein Exempel an den NS-Gegnern. Etwa 500 von ihnen wurden Opfer der Aktion. Die Angaben über die Zahl der Ermordeten schwanken zwischen 24 und 91. Stelling gehörte zu den ersten Opfern und starb nach brutalen Prügelattacken am 22. Juni 1933 im damaligen Köpenicker Amtsgerichtsgefängnis.

Einige Tote wurden in Säcke geschnürt und in den umliegenden Gewässern entsorgt. In den Säcken, die danach bei der Grünauer Fähre angeschwemmt wurden, befand sich auch der Leichnam von Stelling. Der Reichsjustizminister Franz Gürtner erließ für die von SA-Angehörigen begangenen Straftaten am 25. Juni 1933 einen „Gnadenerweis“. Das sicherte den SA-Tätern die Straffreiheit. Stelling hinterließ eine Witwe und die gemeinsame Tochter Gertrud Leonore.

In Berlin-Köpenick erinnern seit 1969 ein Denkmal und seit 2013 eine Dauerausstellung im ehemaligen Gefängnis des Amtsgerichtes an die Köpenicker Blutwoche. Diese Gedenkstätte ist jeweils am Donnerstag zwischen 10 und 18 Uhr geöffnet. Dazu gibt es eine Fülle von Schriften, die sich mit dem Geschehen beschäftigen.



Als Redner im Juni 1928 auf dem Pfingsttreffen des Reichsbanners in Brandenburg: Johannes Stelling

Foto: Ullstein

PAZIFIK

US-Kolonie statt Unabhängigkeit

Vor 125 Jahren ließ sich die philippinische Unabhängigkeitsbewegung von den USA instrumentalisieren

Seit nunmehr 200 Jahren ist die Monroe-Doktrin US-amerikanische Staatsdoktrin. Die nach dem von 1817 bis 1825 amtierenden fünften US-Präsidenten James Monroe benannte Doktrin lautet: Amerika den Amerikanern, und meint: (zumindest) Amerika den US-Amerikanern. Damit gerieten die USA auf kurz oder lang in Konflikt mit Spanien, das im 19. Jahrhundert noch nennenswerte koloniale Besitzungen in Amerika besaß, darunter auch die Philippinen.

Getreu dem sich durch die US-Außenpolitik ziehenden Motto „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ suchten die USA also die Verbindung zum antispanischen, antikolonialen Widerstand auf den Philippinen. Im Exil des Führers der philippinischen Unabhängigkeitsbewegung, Emilio Aguinaldo, in Hongkong gab es Gespräche zwischen dem Unabhängigkeitskämpfer und US-Diplomaten, in denen Letztere ihre Sympathie für den philippinischen Wunsch nach Unabhängigkeit bekundeten.

Nachdem am 23. April 1898 der sogenannte Spanisch-Amerikanische Krieg zwischen den USA und der europäischen Kolonialmacht ausgebrochen war und am

1. Mai das US-amerikanische Asiengeschwader in der Schlacht in der Bucht von Manila die spanische Pazifikflotte vernichtet hatte, kehrte Aguinaldo am 19. Mai auf die Philippinen zurück, um mit seinen Mitstreitern gemeinsam mit den US-Amerikanern die Spanier zu Lande zu bekämpfen. Nach gemeinsamen Erfolgen seiner Unabhängigkeitsbewegung und der USA gegen Spanien hielt Aguinaldo die Zeit für gekommen, seine Heimat für unabhängig zu erklären. Das war vor 125 Jahren, am 12. Juni 1898. Auch dieses Jahr wird die Republik der Philippinen diesen Tag wieder als ihren Unabhängigkeitstag begehen.

Die Stunde der Wahrheit kam nach der spanischen Niederlage, als der philippinische Mohr seine Schuldigkeit getan hatte. Der am 10. Dezember geschlossene Vertrag von Paris, der den Spanisch-Amerikanischen Krieg beendete, machte offenbar, dass entgegen ihrer Kriegspropaganda nicht die Befreiung der spanischen Kolonien in Amerika das Kriegsziel der USA gewesen war, sondern die Ersetzung der spanischen Fremdherrschaft durch eine US-amerikanische. Neben Puerto Rico und Guam musste Spanien in dem Vertrag auch die Philippinen an die

USA abtreten. Am 6. Februar ratifizierten die USA den Pariser Frieden und erklärten die Philippinen offiziell zur Kolonie.

Ein Paradebeispiel US-amerikanischer Verlogenheit ist die Argumentation, mit welcher der damalige republikanische US-Präsident William McKinley die Annexion als moralisch-sittlich geboten und alternativlos verteidigte:

„In Wahrheit wollte ich die Philippinen nicht, und als wir sie als Geschenk der Götter bekamen, wusste ich nichts mit ihnen anzufangen. Ich lief Abend für Abend bis Mitternacht im Weißen Haus umher; und ich schäme mich nicht zu gestehen, dass ich niederkniete und den Allmächtigen mehr als einmal um Licht und Führung anging. Und eines Abends spät dämmerte es mir ... dass wir sie nicht einfach sich selbst überlassen konnten; sie waren nicht reif für die Selbstregierung, sie hätten dort bald Anarchie und eine schlimmere Misswirtschaft gehabt, als es die spanische war; viertens, dass uns nichts übrig blieb, als die Filipinos zu erziehen, sie emporzuheben, zu zivilisieren und zu christianisieren und mit Gottes Gnade das Beste für sie zu tun wie für unsere Mitmenschen, für die Christus

ebenso gestorben ist. Dann ging ich zu Bett und schlief ein und hatte einen gesunden Schlaf. Am nächsten Morgen ließ ich dann den Cheffingenieur des Kriegsministeriums, unseren Kartographen, rufen und befahl ihm, die Philippinen auf die Landkarte der Vereinigten Staaten zu setzen, und dort sind sie, und dort werden sie bleiben, solange ich Präsident bin.“

Wenigstens etwas ehrlicher argumentierte McKinleys Parteifreund Senator Albert J. Beveridge für die Annexion: „Geradewegs hinter den Philippinen liegen Chinas schier unermessliche Märkte. Wir werden unseren Teil in der Mission unserer von Gott geschützten Rasse bei der Zivilisierung der Erde beitragen. Wo werden wir die Abnehmer unserer Produkte finden? Die Philippinen geben uns einen Stützpunkt am Tor zum Osten.“

Doch nicht alle US-Amerikaner waren Imperialisten. Gegen die Annexion sprach sich beispielsweise Mark Twain aus: „Da sind wir in einen Schlamassel geraten, einen Sumpf, aus dem es mit jedem neuen Schritt immens schwieriger wird, hinauszukommen. Ich würde wirklich gerne wissen, was wir davon haben und was das für uns als Nation alles bedeutet.“

Die philippinische Unabhängigkeitsbewegung hatte nicht unter Opfern die spanische Kolonialherrschaft bekämpft, um nun widerstandslos eine US-amerikanische zu akzeptieren. So war es nur eine Frage der Zeit, bis der Konflikt zum Krieg eskalierte. Am 4. Februar 1899 brach der sogenannte Philippinisch-Amerikanische Krieg aus. Wie zuvor die Spanier waren auch die Filipinos nicht in der Lage, die USA zu besiegen. Im offenen Kampf den US-Amerikanern militärisch hoffnungslos unterlegen, gingen sie im November des ersten Kriegsjahres zum Untergrundkampf über, welcher die neuen Kolonialherren jedoch nicht zermürbte.

Da es nie eine allgemeinverbindliche Kapitulation der Untergrundbewegung gab, ist es schwer, das Ende des Krieges an einem Datum festzumachen. Nach dem Ende der Präsidentschaft von McKinley erklärte dessen Amtsnachfolger Theodore Roosevelt am ersten Independence Day seiner Amtszeit, den 4. Juli 1902, den Krieg für beendet. Erst über eine Generation später, an ihrem eigenen Unabhängigkeitstag des Jahres 1946, entließen die USA die Philippinen in die Unabhängigkeit. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Während Russland weiterhin auf sein seit 1967 verwendetes Sojus-Raumschiff setzt und im Februar 2023 den 175. Start eines solchen kosmischen Oldtimers feierte, bemühen sich andere Raumfahrtnationen um grundlegende Innovationen. Dabei gab es einige Erfolge und Misserfolge. Zu den Letzteren zählt die Explosion von Starship SN24 beim ersten Testflug der bislang größten jemals gebauten Rakete der Welt am 20. April. Starship-Raketen sollen später einmal Menschen zum Mond und Mars bringen.

Allerdings geriet der Prototyp ins Taumeln und musste nach vier Minuten Flug gesprengt werden. Doch das war nicht der einzige Schock für die Herstellerfirma SpaceX von Elon Musk: Die 33 Raptor-Triebwerke der Super-Heavy-Startstufe des Starship entwickelten eine derartige Kraft, dass die aus Beton gefertigte Startrampe zerbarst und sich in einen schwelenden Krater verwandelte. Gleichzeitig flogen Betonbrocken und Unmengen von Sand bis zu sechs Meilen durch die Luft. Deswegen kam es zu Schäden an Gebäuden und in den angrenzenden Naturschutzgebieten entlang der sensiblen Küste von Südtexas.

Glück und Pech wechseln sich ab

Hieraufhin verhängte die Aufsichtsbehörde FAA ein Flugverbot, während Musk ankündigte, beim nächsten Start werde man eine wassergekühlte Stahlplatte als Basis für die Rampe verwenden. Doch dies dürfte kaum ausreichen, um wieder Grünes Licht seitens der FAA zu erhalten. Denn inzwischen klagen verschiedene Umweltgruppen und Kommunen gegen die FAA, weil deren Umweltverträglichkeitsprüfung angeblich zu lasch ausgefallen ist. Einige Aktivisten werfen der Behörde und SpaceX sogar „Umwelttrassismus, wie er im Lehrbuch steht“, vor.

Deutlich mehr Glück hatte SpaceX hingegen mit der Axiom Mission 2 (Ax-2). Hierbei handelte es sich um einen bemannten Flug der wiederverwendbaren Raumkapsel Crew Dragon C212 und der Trägerrakete Falcon 9 – beides Konstruktionen von SpaceX. Ax-2 startete am 21. Mai und koppelte einen Tag später an die Internationale Raumstation (ISS) an. Anschließend unternahm die Astronauten, zu denen neben Peggy Whitson und John Shoffner aus den USA auch die beiden saudi-arabischen Staatsbürger Ali Alqarni und Rayyanah Barnawi gehörten, eine Woche lang Experimente auf der ISS, bevor sie am 31. Mai wieder zur Erde zurückkehrten.

Barnawi, Stammzellforscherin am King Faisal Specialist Hospital and Research Centre in Riad, und der Kampfpilot der saudischen Luftwaffe Alqarni waren dabei nicht die einzigen Araber



Ist eine militärische Nutzung das wahre Ziel? Die chinesische Raumstation CSS

Foto: Shutterstock

RAUMFAHRT I

Länder und Konzerne liefern sich einen Wettlauf ins All

Mit Elon Musk und Jeff Bezos sind auch zwei Privatunternehmer groß im Geschäft. Derweil werden Pekings massiv verstärkte Aktivitäten mit einem gewissen Misstrauen beäugt

an Bord der Raumstation. Am 3. März hatte bereits die Crew Dragon C206 von SpaceX mit einer vierköpfigen Langzeitbesatzung an die ISS angedockt. Zu dieser gehört neben zwei US-Amerikanern und einem Russen auch Sultan Saif al-Nejadi aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Der promovierte Informationstechniker soll noch bis zum 27. August in der Raumstation bleiben. Das Unternehmen Axiom Space kassierte von Saudi-Arabien insgesamt 110 Millionen US-Dollar für die Mitnahme von Barnawi und Alqarni und plant nun die Bereitstellung eines eigenen Moduls für die ISS.

Wieder Menschen auf dem Mond

Weitere Erfolge erzielten in jüngster Zeit die privaten US-Raumfahrtunternehmen Virgin Galactic und Blue Origin. Das Erstere will Menschen für rund 450.000 US-Dollar pro Person an die Grenze des Welt-

raums in 100 Kilometern Höhe bringen und startete am 25. Mai eine letzte Testmission. In deren Verlauf stieg der von dem Flugzeug VMS Eve in die Luft gehievte Raumgleiter Unity mit den Piloten Jamila Gilbert und Christopher Huie bis auf 87 Kilometer hinauf. Damit kann der erste kommerzielle Flug unter der Bezeichnung Galactic 01 nun im Verlauf des Juni starten.

Und Blue Origin, das von dem Amazon-Gründer Jeff Bezos aus der Taufe gehoben wurde, erhielt dieser Tage den Auftrag zum Bau der Mondlandefähre Blue Moon, die 2029 im Rahmen der Mission Artemis 5 vier Menschen auf die Oberfläche unseres Erdtrabanten bringen soll. Damit gewann das Unternehmen eine Ausschreibung der US-Raumfahrtbehörde NASA und kann auf 3,4 Milliarden Dollar an staatlichen Geldern hoffen.

Ebenso wenig bemerkt wie die Präsenz von drei Arabern im All blieb in der

Öffentlichkeit, dass das Reich der Mitte seit dem 5. Juni 2022 eine permanent mit sogenannten Taikonauten bemannte chinesische Raumstation (abgekürzt CSS für „China Space Station“) besitzt. Die CSS besteht aus drei T-förmig verbundenen Modulen von insgesamt 68,5 Tonnen Masse. Der Aufbau der Station begann im April 2021 mit dem Start des ersten Moduls und endete am 3. November 2022 mit der Ankopplung des Wissenschaftsmoduls.

Was haben die Chinesen vor?

Am 17. Juni 2021 traf die erste dreiköpfige Besatzung in der CSS ein. Danach fand noch eine weitere Mission zur Einrichtung der Station statt, bevor dann vor Jahresfrist der Dauerbetrieb anliefe. Bei der Schichtübergabe im November/Dezember 2022 weilten erstmals sechs Chinesen gleichzeitig im All beziehungsweise in der CSS. Und nun gab es erneut einige Tage lang Gedränge in den drei Mo-

dulen der Station, nachdem ein weiteres Raumschiff am 30. Mai angedockt war. Dessen Besatzung soll bis Jahresende Dienst tun. 2024 steht dann für die Taikonauten die Erprobung eines weiteren Moduls an, welches ein Weltraumteleskop mit zwei Metern Durchmesser enthalten wird.

Eine weitere Innovation gelang dem Unternehmen China Aerospace Science and Technology Corporation (CASC) im Zeitraum zwischen August 2022 und Mai 2023. Im Verlauf von 276 Tagen testete die CASC ihren wiederverwendbaren Raumgleiter, der als „wichtiger Durchbruch“ im Hinblick auf einen „praktischeren und kostengünstigeren Weg bei der friedlichen Nutzung des Weltalls“ bezeichnet wurde. Allerdings besteht der Verdacht, dass das bislang vollkommen mysteriös gebliebene Raumfahrzeug auch militärischen Zwecken dienen könnte.

RAUMFAHRT II

2029 könnte das Jahr des ersten Kontakts werden

In den nächsten Jahren erreichen von der Erde ausgesandte Signale erstmals den möglichen Wohnort von Außerirdischen

Die Frage, ob die Menschheit irgendwann Botschaften von Außerirdischen empfangen könnte, beschäftigt die Gemüter spätestens seit dem 21. April 1960. An jenem Tage richtete der US-Astronom Frank Drake erstmals das große Radioteleskop des Green-Bank-Observatoriums in Westvirginia auf die beiden Sterne Tau Ceti und Epsilon Eridani, um im Rahmen des Unternehmens Ozma nach Signalen einer fremden Intelligenz zu suchen.

Bislang jedoch blieben alle diesbezüglichen Aktivitäten erfolglos, obwohl sich die Zahl der Projekte unter dem Dach der Initiative SETI (Search for Extraterrestrial

Intelligence) in den vergangenen Jahrzehnten vervielfacht hat. Nun publizierten die Astronomen Reilly Derrick und Howard Isaacson von der University of California in Los Angeles beziehungsweise Berkeley einen Hoffnung vermittelnden Artikel im Fachblatt „Publications of the Astronomical Society of the Pacific“, in dem sie recht konkret prophezeien, wann wir zum ersten Mal etwas von Außerirdischen hören könnten, nämlich im Jahre 2029.

Die Vorhersage basiert darauf, dass mittlerweile fünf Raumsonden tief in den Kosmos vorgedrungen sind: Voyager 1 hat

die Außengrenze des Sonnensystems bereits am 25. August 2012 passiert und Voyager 2 am 5. November 2018. Auf dem gleichen Wege hinaus in den interstellaren Raum befinden sich die Sonden Pioneer 10 und 11 sowie die Pluto-Sonde New Horizons. Dabei werden sie allerdings ungeheuer viel Zeit benötigen, um fremde Sternsysteme zu erreichen. So dauert es noch 40.000 Jahre, ehe Voyager 1 in die Nähe des roten Zwergsterns Gliese 445 im Sternbild Giraffe gelangt.

Anders verhält es sich dahingegen mit den zu den Sonden hinaufgeschickten Steuersignalen des Deep Space Network

der US-Raumfahrtbehörde NASA, denn die dringen mit Lichtgeschwindigkeit vor. Also kamen Derrick und Isaacson auf die Idee, anhand der Bahndaten der Raumflugkörper und des Gaia Catalogue of Nearby Stars zu ermitteln, in welche Richtung sich die Befehle an die Sonden bislang ausbreiteten. Dabei kamen sie auf insgesamt 1408 benachbarte Sternsysteme im Umkreis von 326 Lichtjahren. Davon wiederum sind fünf weniger als 50 Lichtjahre von der Erde entfernt.

Besonders günstig ist die Position eines weißen Zwergsterns. Der liegt zwar auch noch beachtliche 27,6 Lichtjahre

von der Erde entfernt – allerdings hatten einige der ersten Steuersignale, welche an Pioneer 10 gingen, diese Distanz bereits zu Beginn des Jahres 2002 überwunden. Sollte der Stern mit der Kennung „Gaia EDR3 2611561706216413696“ also Planeten besitzen und einer davon bewohnt sein, dann könnten Grüße von dort schon in etwa sechs Jahren bei uns eintreffen. Dazu gibt es zwei weitere Kandidaten, bei denen die Steuersignale von Voyager 2 jeweils 2007 anlangten. In diesem Fall liegt eine Rückmeldung im Laufe der Jahre 2031 und 2033 im Bereich des Möglichen. W.K.

SENSBURG

Der olympische Gedanke zählt

LO und VdGEM veranstalteten die 9. Sommerolympiade der deutschen Jugend

VON UWE HAHNKAMP

Schneller laufen, höher springen, weiter werfen – oder doch „dabei sein ist alles“? Vom 26. bis 28. Mai zählte bei der neunten Ausgabe der Sommerolympiade der Jugend der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen in Sensburg vor allem der Gedanke der Integration, der gemeinsamen positiven Erlebnisse. Der Ehrgeiz der jungen Sportler kam aber auch nicht zu kurz.

Zu den olympischen Spielen gehören bei der Eröffnung der gemeinsam gesprochene olympische Eid und das Entzünden des olympischen Feuers. Am Vormittag des 27. Mai wollte sich die Kerze wegen des Winds länger nicht anzünden lassen, die Teilnehmer auf dem Sportplatz der Sensburger Sonderschule nahmen es aber gelassen. So blieb ihnen ein wenig mehr Ruhe vor den kommenden Wettkämpfen in Sportarten, die nicht gerade typisch olympisch sind.

Drei ungewöhnliche Disziplinen als Pflicht ...

Die Organisatoren der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Damian Wierzchowski, und des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM), Marta Mularczyk, Sebastian Jabłoński und Monika Krzenczek, hatten für ein optimales Umfeld gesorgt. Die Auswahl der Disziplinen fiel schwer. „Nicht zu sportlich, denn wir haben sehr unterschiedliche Teilnehmer in Fähigkeit und Alter, aber nicht zu wenig herausfordernd für die sportlichen Asse“, fasste Jabłoński die Diskussion zusammen. Letztendlich hatten gerade die Athleten beim ungewohnten Sackhüpfen ihre Schwierigkeiten, aber auch das Seilspringen und der Weitwurf des Medizinballs verlangten andere Geschicklichkeiten als sonst im Sport.

Beeindruckend war mit Jakob Malecka dennoch ein trainierter Sportler: Bei einer Minute Seilspringen kam er auf 165 Umdrehungen. Er lernt am Wirtschaftslyzeum in Allenstein bei Wierzchowski Deutsch, ebenso wie Michał Rakoczy. Der aktive Volleyballer glänzte nicht nur bei seiner Sportart mit der Ballbeherrschung, sondern auch beim Basketball oder Kicken



Volle Konzentration: Sprint der Mädchen beim Sackhüpfen

Foto: U.H.

in den Wettkampfpausen. Beim Dreikampf war er ganz selbstverständlich dabei, wie es sich für einen disziplinierten Sportler gehört. „Es macht Spaß, hier zu sein. Sehr nette Leute, gute Organisation, gute Atmosphäre, ich komme wieder“, lautete sein Urteil am Ende des langen Sporttags und seiner ersten Teilnahme an der Sommerolympiade.

... und Mannschaftssport als Kür

Daria Pisarek von der Volkstanzgruppe „Saga“ aus Bartenstein war zum zweiten Mal dabei. Anders als beim Tanzen kam sie beim Seilspringen überhaupt nicht in den Rhythmus. Während sie nach der langen Minute wieder zu Atem kam, hellte sich ihre Miene jedoch wieder auf: „Dafür lief es beim Sackhüpfen wesentlich besser. Zur nächsten Olympiade komme ich wieder, denn es gefällt mir hier – die Kontakte mit den anderen Jugendlichen, und ein wenig Entspannung zwischendurch.“

Nach einer Mittagspause im schulübergreifenden Internat in Sensburg, dem Quartier der Teilnehmer, machte sich die etwa vierzigköpfige Karawane

mit den orangefarbenen T-Shirts auf dem Weg zu einem anderen Sportplatz. Die Spielstätte auf dem früheren Gelände der Kaserne in Sensburg bietet nämlich mehr Raum für Mannschaftssportarten wie die noch ausstehenden Disziplinen Fußball und Volleyball. Trotz stellenweise heftigen Körpereinsatzes kam es außer einem vom Ball verursachten leicht verstauchten Finger zu keinen Blessuren. Sanitäter Krzysztof Kisiel sowie die beiden Sportlehrerinnen Ewa Marcinkjan und Irena Weglewska hatten die eifrigen Sportler den ganzen Tag gut im Griff.

Am späten Nachmittag fand abschließend die Verleihung der Pokale für den Dreikampf statt, welche die drei Besten in den jeweiligen Disziplinen in zwei Altersklassen stolz entgegennahmen. Die erfolgreichste Sportlerin Zuzanna Skiba aus der jüngeren Gruppe durfte sogar einen Pokal aus jeder Sportart mit nach Hause nehmen. Ein wenig geht es eben doch darum, sich selber und anderen zu beweisen, was man kann.

Ein Beispiel für den olympischen Gedanken war dagegen Julian Matczak aus Heilsberg von der Theatergruppe „Spie-

gel“ der dortigen Deutschen Minderheit, der ohne Pokal blieb. Er war mit über 20 Jahren Veteran unter den Teilnehmern und erinnert sich an inzwischen acht Olympiaden. Sportlich ist er „eher dabei, um die Teilnehmerliste zu füllen“, scherzte er vor einigen Jahren, aber dank Menschen wie ihm gibt es eine kollegiale Atmosphäre, die das gemeinsame Erlebnis und die Integration der Teilnehmer aus verschiedenen Orten des südlichen Ostpreußen fördert.

Stadtrallye und Quiz am Abend

Für Eindrücke jenseits des Sports standen bei der neunten Sommerolympiade, die LO, das polnische Ministerium für Inneres und Verwaltung sowie das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig finanzierten, noch eine Stadtrallye mit Quiz und am ersten Abend ein Nachtspaziergang zu interessanten Ecken Sensburgs auf dem Programm. Vom Amphitheater über das Rathaus bis zum Bismarckturm kamen dabei noch einige zusätzliche Kilometer, viel Wissen über die Kreisstadt und gemeinsame Zeit mit Gleichaltrigen zusammen.

● MELDUNGEN

Neue Marina in Aussicht

Tolkemit – In Tolkemit entsteht eine neue Anlegestelle für Segelboote. In der sogenannten Ekomarina im Hafen würden 60 Yachten und Motorboote anlegen können, so Tolkemits Bürgermeisterin Magdalena Dalman, „außerdem wird die nötige Infrastruktur eingerichtet: die Entsorgung des Abwassers von den Schiffen, ihre Versorgung mit Strom und Wasser“. Darüber hinaus entsteht im jetzt ungenutzten Gebäude der früheren Hafenmeisterei eine Basis mit sozialen und Hoteleinrichtungen. Der Wasseranteil der neuen Ekomarina wird im Bereich des Hafens im Schutzgebiet „Natura 2000“ liegen. Die Firma, die Planung und Bau der neuen Anlegestelle übernimmt, ist bereits gefunden. Der Umfang der Investition liegt bei umgerechnet knapp zwei Millionen Euro, von denen der polnische Staat über das Programm „Polnische Ordnung“ (Polski Ład) rund 1,6 Millionen übernimmt. Die ersten Boote werden in zwei Jahren an der neuen Anlage anlegen können. U.H.

Sporthalle für Klein und Groß

Seehesten – Bis zum Oktober entsteht in Seehesten nördlich von Sensburg bei der Grundschule eine Sporthalle. Begonnen wurde der Bau, der mit umgerechnet 1,2 Millionen Euro aus dem Programm „Sportliches Polen“ des Ministeriums für Sport und Tourismus unterstützt wird, im Jahr 2019. Durch die Corona-Pandemie verzögerten sich die Arbeiten, jetzt aber stehen Wände und Dach. Im Inneren lässt sich schon erkennen, wo Umkleiden und Tribünen entstehen. Die Kinder der Grundschule, die in einem kleinen Klassenzimmer Sport treiben, warten ebenso auf die Halle wie die Erwachsenen aus der Umgebung, die momentan weit zum Fußball- oder Volleyballtraining fahren müssen. Das lang geplante Bauvorhaben wurde auch wegen des Anwachsens der nahen Vororte von Sensburg und daraus resultierender steigender Schülerzahlen notwendig. U.H.

POWUNDEN

Wichtige Arzneimittel für das Königsberger Gebiet

In 20 Kilometer Entfernung von der Pregelmetropole und in Flughafennähe entsteht ein modernes Pharmaunternehmen

Die Versorgungssicherheit mit lebenswichtigen Arzneimitteln ist ein dringendes und angesichts der Medikamentenverknappung aufgrund von Sanktionen besorgniserregendes Thema für viele der Bewohner des Königsberger Gebiets. Bisher gab es in der Region nur ein Werk, das Arzneimittel herstellt – die Pharmafirma „Infamed-K“. Dort wird hauptsächlich das antiseptische Präparat „Miramistin“ hergestellt.

Nun hat sich die Situation geändert, da der größte russische Produzent von Arzneimitteln in Tablettenform im Königsberger Gebiet tätig wird. Mit dem Bau des „OTCPharm Pro“-Werks im Industriepark Powunden [Chrabrowo] wurde bereits 2021 begonnen. Damals unterzeichneten

die Entwicklungsgesellschaft der Region und die Aktiengesellschaft „OTCPharm

Pro“ einen Pachtvertrag über das Gebiet des Industrieparks. Es handelt sich um ein



Powunden: Der Pharmabetrieb „OTCPharm Pro“ im Modell

Foto: OTCPharm

Gelände für große Industrieunternehmen im 20 Kilometer von Königsberg entfernt liegenden Powunden in der Nähe des Flughafens. Es wurde bereits die nötige Infrastruktur für Investoren im Bereich Maschinenbau, verschiedene Innovationen und Biopharmazie geschaffen. In diesem Frühjahr wurden Produktions-, Lager- und Technikbereiche sowie ein chemisch-analytisches und mikrobiologisches Labor offiziell in Betrieb genommen. Präsident Wladimir Putin nahm per Videoschaltung an der Eröffnung der Anlage teil.

Noch dieses Jahr will „OTCPharm Pro“ mehr als 50 Millionen Packungen Arzneimittel herstellen, darunter auch solche, die auf der Liste der unentbehr-

chen Arzneimittel stehen. Der Mutterkonzern „OTCPharm“ mit Hauptsitz in Moskau ist seit vielen Jahren auf die Herstellung von antiseptischen, antiviralen, entzündungshemmenden, schmerzlin-

dernden und antimykotischen Arzneimitteln spezialisiert. Wenn der Betrieb in Powunden seine volle Kapazität erreicht hat, wird er in der Lage sein, bis zu 320 Millionen Arzneimittelpackungen pro Jahr herzustellen. Die Gesamtinvestition in das Werk beläuft sich auf umgerechnet rund 58 Millionen Euro. Mehr als 300 Menschen arbeiten bereits in dem Pharmaunternehmen im Industriepark Powunden. Insgesamt sollen hier mehr als 500 Arbeitsplätze geschaffen werden. Jurij Tschernyschew

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Kraska, Hanna, geb. **Heise**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 12. Juni

ZUM 99. GEBURTSTAG

Klein, Bernhard, aus Richau, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Koos, Liesbeth, geb. **Döliniski**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 11. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Aust, Gerhard, aus Reichertswalde, Kreis Mohrungen, am 12. Juni
Bauer, Erika, geb. **Palm**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Buchholz, Fritz, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 13. Juni
Czabania, Lieselotte, geb. **Hasenpusch**, aus Lyck, Morgenstraße 34, am 10. Juni
Hallwaß, Martha, geb. **Rattay**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni
Wysocki, Manfred, aus Lyck, am 14. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fisher, Ursel, geb. **Körber**, aus Lyck, am 10. Juni
Lapschies, Werner, aus Ebenrode, am 9. Juni

Moneta, Dr. Erich, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 13. Juni
Pilath, Herta, geb. **Domanski**, aus Ortelsburg, am 12. Juni
Stanzick, Hertha, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Timm, Ruth, geb. **Kapeller**, aus Schützenort, Kreis Ebenrode, am 14. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Borawski, Gerhard, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 9. Juni
Deutsch, Horst, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 11. Juni
Dzieran, Hans, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 15. Juni
Könemann, Ilse, geb. **Perkuhn**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 11. Juni
Kruse, Erika, geb. **Kuhn**, aus Tapien, Kreis Wehlau, am 11. Juni
Rohde, Reinhold, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Juni
Sadowski, Helmut, aus Rostken, Kreis Lyck, am 11. Juni
Schumann, Edeltraut, geb. **Grieser**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 11. Juni
Spott, Frida, geb. **Luckau**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 11. Juni
Wadewitz, Hildegard, geb. **Brozio**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni
Warias, Katharina, geb. **Sontopski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 14. Juni
Wolter, Herbert, aus Monken, Kreis Lyck, am 11. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Buehler, Hildegard, geb. **Brandtner**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 13. Juni
Edling, Hildegard, geb. **Sanio**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 15. Juni
Fabri, Gertrud, geb. **Libuda**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 11. Juni

Handke, Ingrid, geb. **Gröbert**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
Hansen, Jens, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode und aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 9. Juni
Harden, Edeltraut, geb. **Soppa**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 9. Juni
Herold, Rosemarie, aus Cojehnen, Kreis Fischhausen, am 10. Juni
Janz, Gerhard, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
Kargoll, Erika, geb. **Rausch**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juni
Lange, Leo, aus Paulken, Kreis Mohrungen, am 10. Juni
Nowinski, Käthe, geb. **Meyer**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 13. Juni
Palme, Edith, geb. **Kasper**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 11. Juni
Seemann, Edith, geb. **Jacksteit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Juni
Wetterling, Lotte, geb. **Chlebusch**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 13. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Barg, Fritjof, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Dorobeck, Ruth, geb. **Siegmund**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 15. Juni
Ebi, Gertrud, geb. **Zachrau**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juni
Höfert, Gertrud, geb. **Mallwitz**, aus Gerhardshöfen, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
Jesseit, Marie, geb. **Sulimma**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 12. Juni
Krieg, Hildegard, aus Neidenburg, am 15. Juni
Michalzik, Irmhild, geb. **Haut**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 12. Juni
Schubien, Elfriede, geb. **Schweida**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 11. Juni

Szechowiak, Günter, aus Lyck, am 15. Juni
Thür, Anneliese, geb. **Petscheleit**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 11. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Behrendt, Dora, geb. **Domnick**, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 14. Juni



Bonawitz, Edith, geb. **Laup**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 13. Juni
De Vries, Helga, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 14. Juni
Kirschnick, Karl, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 9. Juni
Salecker, Klaus, aus Wehlau, am 11. Juni
Seefeld, Gert, aus Neidenburg, am 10. Juni
Sentek, Werner, aus Bergenu, Kreis Treuburg, am 12. Juni
Weissert, Gertraud, geb. **Bondzio**, aus Lötzen, am 13. Juni
Ziltener-Frischknecht, Harald, aus Lötzen, am 10. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Abel, Gisela, geb. **Hensel**, aus Lyck, Soldauer Weg 11, am 9. Juni
Funk, Josef, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. Juni
Gülzow, Elfriede, geb. **Paßberg**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 10. Juni
Herbener, Rosemarie, geb. **Reck**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 9. Juni
Knorbin, Horst, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 12. Juni
Krugly, Gertrud, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. Juni

Lippeke, Gertraud, geb. **Pilgrimmowski**, aus Hadrichhausen, Kreis Neidenburg, am 10. Juni
Madra, Helena, geb. **Borrek**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 11. Juni
Paulat, Herbert, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 11. Juni
Ritter, Käte, geb. **Duschneit**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
Rosenkranz, Karin, geb. **Pelludat**, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 12. Juni
Schwidrich, Manfred, aus Herzogswalde, Kreis Mohrungen, am 10. Juni
Teweleit, Manfred, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
Will, Hildegard, geb. **Brack**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 11. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Eising, Christel, geb. **Dworak**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 13. Juni
Fichtner, Marianne, geb. **Dewes**, aus Wehlau, am 14. Juni
Grodde, Fritz, aus Wehlau, am 10. Juni
Hensel, Horst-Werner, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. Juni
Hopfenbach, Edelhard, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni
Kalinkat, Wilfried, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 10. Juni
Kranke, Eckhard, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 15. Juni
Kühn, Hanna, geb. **Knorr**, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Juni
Linsen, Irmgard, geb. **Kinas**, aus Kröstenwerder, Kreis Lyck, am 10. Juni
Lubitzki, Paul, aus Lissau, Kreis Lyck, am 10. Juni
Malec, Inge, geb. **Petereit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Mrotzek, Dieter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Juni
Müller, Gisela, geb. **Wendt**, aus Tilsit/Ostpreußen am 15.06.1938
Pewka, Arnold, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 11. Juni
Rapiau, Manfred, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
Reichert, Gernot-Hans, aus Mülissen, Kreis Lyck, am 14. Juni

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Stanko, Eberhard, aus Blumental, Kreis Lyck, am 10. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Guttzeit, Horst, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 10. Juni
Heins, Edeltraut, geb. **Dreyer**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Neubauer, Waltraut, geb. **Hecht**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 15. Juni
Perrey, Kurt, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 9. Juni
Steguweit, Klaus, aus Romau, Kreis Wehlau, am 11. Juni
Trautmann, Klaus, aus Gerhardswalde, Kreis Elchniederung, am 13. Juni
Zander, Herbert, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 13. Juni
Zander, Hubert, aus Brandlacken, Kreis Wehlau, am 13. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bottke, Dietrich Klaus, Kreisgemeinschaft Neidenburg und aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 10. Juni
Keil, Hans-Jürgen, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 10. Juni

PAZ wirkt!

Kulturforum Östliches Europa

Auf den Spuren jüdischen Lebens entlang der Oder – Kurzvorträge und Podiumsgespräch

Sonntag, 18. Juni 2023, 16 Uhr, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam

Im Gebiet der Oder siedelten über viele Jahrhunderte Menschen verschiedener Herkunft und Religion, die das Land ausbauten und Handel trieben. Jüdinnen und Juden waren ein Teil davon. Im Nationalsozialismus wurden sie entrechtet, verfolgt und ermordet, ihr Besitz wurde gestohlen oder zerstört. Durch die territorialen Verschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg entstand an der Oder ein Grenzraum. Die deutsche Bevölkerung östlich des Flusses musste fliehen oder wurde vertrieben und Polinnen und Polen, darunter polnisch-jüdische Holocaustüberle-

bende, siedelten sich hier an. Die meisten von ihnen wanderten bis Ende der 1960er Jahre in Wellen jedoch aus. Mit der Zeit geriet das jüdische Erbe beiderseits der Oder in Vergessenheit. Die Wiederentdeckung der jüdischen Spuren entlang der Oder ist Ausgangspunkt für die Podiumsdiskussion im HBP. Zuletzt widmeten sich mehrere Projekte dem Thema, so die deutsch-polnische Wanderausstellung »Im Fluss der Zeit. Jüdisches Leben an der Oder« des Deutschen Kulturforums östliches Europa sowie die Publikation »Spuren jüdischen Lebens an der mittleren Oder« des Kulturfördervereins Kloster Altfriedland. Anlässlich der Finissage der Ausstellung »Götz Lemberg. ODER-CUTS. Porträt einer Grenz.Landschaft« stellen Expertinnen und Experten aus beiden Projekten ihre Aktivitäten in Bezug auf das vielerorts vergessene jüdische Kulturerbe vor und laden zur Neuentdeckung der

deutsch-polnisch-jüdischen Geschichte der Region ein.

Mit Andrzej Kirmiel, Direktor des Museums des Meseritzer Landes in Meseritz/Międzyrzecz, und Magdalena Abraham-Diefenbach, akademische Mitarbeiterin an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), spricht Magdalena Gebala, Deutsches Kulturforum östliches Europa.

Die Veranstaltung findet in Deutsch und Polnisch statt. Es wird eine Simultanübersetzung angeboten.

Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Die Veranstaltung ist eine Kooperation zwischen dem Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, dem Jüdischen Filmfestival Berlin-Brandenburg und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa.

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Goldap-Museum

Selbstbehauptungskurs für Goldap-Museum: 75 Jahre „Heimatbrücke“ war Thema beim Museumstag

Der Veranstaltungsraum im Patenschaftsmuseum „Goldap in Ostpreußen“ in Stade war am Sonntagvormittag bis auf den letzten Platz gefüllt. Anlässlich des internationalen Museumstages hatten die Leiter Annelies und Gerhard Trucewitz ein besonderes Programm auf die Beine gestellt.

Annelies Trucewitz kümmert sich nicht nur um das Museum und ist stellvertretende Kreisvertreterin bei der Kreisgemeinschaft Goldap. Seit 2010 ist sie überdies Schriftleiterin der Vereinszeitschrift „Heimatbrücke“, die seit Mai 1948 und damit seit 75 Jahren ununterbrochen unter diesem Namen erscheint. Das Jubiläum nahm sie zum Anlass, die wechselvolle Geschichte der „Heimatbrücke“ Revue passieren zu lassen. 736 Ausgaben sind bisher veröffentlicht worden, 60 davon unter ihrer Verantwortung.

Erster Schriftleiter war der ehemalige Kreisoberinspektor Johannes Mignat, der nach der Flucht aus Goldap in Leer eine neue Heimat gefunden hat. Bis

1962 war er auch erster Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Goldap. Ein fester Bestandteil der ersten Ausgaben der „Heimatbrücke“ waren Meldekarten, in denen Daten von verstorbenen oder vermissten Angehörigen notiert wurden, berichtete Annelies Trucewitz. Diese Meldekarten sind heute ein wichtiger Bestandteil im Familienarchiv des Patenschaftsmuseums. Sie werden in Metallboxen archiviert, sind inzwischen aber auch digital abrufbar – genauso wie alle Ausgaben der „Heimatbrücke“ längst digitalisiert und vorgeschlagwortet worden sind, um Recherchen zu erleichtern.

Bis in die 1960er Jahre bestand die „Heimatbrücke“ vor allem aus Suchmeldungen, Vermissten- und Todesnachrichten. Sie war lange die einzige Möglichkeit, gezielt und schnell Auskünfte über Angehörige zu erhalten. Inzwischen geht es vor allem um das Leben im heutigen Kreis Goldap und im Landkreis Stade, wobei historische Fotos, Geschichten und Familiennachrichten weiter einen festen Platz haben.

Bedrückendes berichtete Vorstandsmitglied Maik Schwannemann, der bis zuletzt enge

Kontakte in den nördlichen, heute russischen Teil des ehemaligen Ostpreußens gepflegt hat. Von 2006 bis 2019 hat er das Gebiet jährlich besucht. Inzwischen gebe es „null Kontakt“. Die Einreise über den Landweg sei möglich, es werde aber davon abgeraten. Telekommunikation werde von staatlichen Stellen in Russland abgefangen. Die Menschen hätten Angst sich frei zu äußern.

Neben einem Kinderprogramm gab es zudem eine Ausstellung unter dem Titel „Malemisches Ostpreußen“. Gezeigt wurden Gemälde und Fotografien zu einem Naturparadies, das es heute auf der Landkarte nicht mehr gibt, in den Erinnerungen der Menschen jedoch über Grenzen und Jahre hinweg weiterlebt. Annelies Trucewitz hielt zu diesem Thema auch einen Vortrag. Das Patenschaftsmuseum, das sich der seit 70 Jahre währenden Patenschaft des Landkreises Stade mit dem einst ostpreußischen Kreis Goldap im heutigen Polen widmet, ist eine gemeinsame Einrichtung der Kreisgemeinschaft Goldap und des Landkreises Stade.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Kulturtagung

Landesgruppe – Sonnabend, 24. Juni, 14 Uhr, Haus der Heimat, Schlossstraße 92, Stuttgart: 7. Kulturtagung der Landsmannschaften Ostpreußen mit Memel, Westpreußen mit Danzig, Pommern, Weichsel-Warte, Deutsch-Balten. Mit dem gemeinsamen Kulturtag soll die Verbindung der Landsmannschaften aus den Heimatgebieten entlang der Ostsee gefestigt werden. Wolfgang Freyberg, ehemaliger Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, hält einen Vortrag zu „Bernstein – Das Gold der Ostsee“. Seit Jahrhunderten fasziniert und verbindet Bernstein die Menschen in aller Welt. Bernstein, auch das „Gold der Ostsee“ genannt, ist kein Stein, sondern ein erhärtetes fossiles Harz aus einer Kiefernart und um die 30 Millionen Jahre alt. Bernstein lagert seit Millionen von Jahren in großen Beständen vor der baltischen Küste. Besonders viel findet man bis heute an der jetzt zu Russland gehörenden Küste des Samlandes, wo noch immer jährlich mehrere Hundert Tonnen abgebaut werden.

Interessant sind für Wissenschaftler die im Bernstein eingeschlossenen Pflanzenteile, Kleintiere und Insekten, vermitteln sie doch ein Bild vom urzeitlichen Leben auf unserem Planeten. Seinen Namen erhielt Bernstein, weil er brannte und angezündet sogar als Weihrauchersatz diente. Viele Sagen, Legenden und Märchen ranken sich von Alters her um das „Gold der Ostsee“, dem sogar Heilkräfte nachgesagt werden, und das seit Menschengedenken ein begehrteter Schmuck ist. Der Vortrag behandelt viele Aspekte zum Thema Bernstein und zeigt zahlreiche Abbildungen dazu.

Heimatsnachmittag

Stuttgart – Dienstag, 13. Juni, 14:30 Uhr, Haus der Heimat, 2. Stock, Zimmer 219: Heimatsnachmittag der Kreis- und Frauengruppe. Mit Lesungen und Gedichten wollen wir

an Ruth Geede gedenken, unsere Heimdichterin, Schriftstellerin und „Mutter“ der Ostpreußischen Familie in der Preußischen Allgemeinen Zeitung, die vor fünf Jahren verstorben ist. Dazu wollen wir unsere ostpreußischen Lieder singen und mit dem Ostpreußenlied den Nachmittag ausklingen lassen.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Hof - Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen traf sich zu ihrer monatlichen Zusammenkunft im Jahnheim. Vorsitzender Christian Joachim begrüßte Mitglieder und Gäste und wünschte den Geburtstagskindern der beiden letzten Monate viel Glück und Gesundheit. Anschließend übergab er an Jutta Starosta, die mit der Volkstanzgruppe das weitere Programm gestaltete. Dieses stand unter dem Gedanken, was eine gute Mutter ausmacht. Nach Äußerungen von Kindern und Erwachsenen, die ihre Meinung zum Thema kundtaten, folgte ein Interview mit einer Mutter. Fazit des Gesprächs war es, dass es die größte Herausforderung der Mutterliebe ist, das Kind loszulassen und seinen eigenen Weg gehen zu lassen. In seiner Ansprache widmete sich Vorsitzender Christian Joachim dem Bild der Mutter, dass sich über die Jahrzehnte entscheidend verändert hat. Wenn die Volkstanzgruppe auftritt, dürfen natürlich auch Tänze nicht fehlen. Jutta Starosta stellte den Mitgliedern die Europeade vor. An diesem Volkstanzfestival wollen die Hofer heuer im Juli in Gotha teilnehmen. Deshalb wurde an diesem Sonnabend auch eine schlesische Tracht getragen, die Sigrid Dittmer und Katharina Kolb vorstellten. Im Anschluss wurde ein kleiner Ausschnitt aus dem diesjährigen Tanzprogramm der Schlesier vorgeführt. Bei „Annis Tanzfreude“ durften auch die Zuschauer das Tanzbein schwingen. Mit Liedern und lebhaften Gesprächen klang der schöne Nachmittag aus.

Die Landsmannschaft der Ost-Westpreußen trifft sich am Samstag, dem 10. Juni 2023, um 15 Uhr im Jahnheim in Hof wieder. Dann geht es auf der Reise „Quer durch Ostpreußen“ nach Masuren. Gäste sind immer herzlich willkommen.

Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Liebe Mitglieder und Freunde der Bremer Ost- und Westpreußen, die Ausstellung, die der Bremer Archivkreis und Radio Bremen unter dem Motto „Kommunikation - Von der Depesche bis zum Tweet“ erarbeitet haben, erreicht als Wanderausstellung die nächste Station, das Einkaufszentrum Weserpark.

Diejenigen, die die Ausstellung an den bisherigen Stationen in der Unteren Rathaushalle, dem Bürgerzentrum Obervieland oder dem Einkaufszentrum Hansa-Carré noch nicht gesehen haben, können sich hier über zahlreiche Aspekte zum Thema „Kommunikation“, dargestellt von zahlreichen Bremer Archiven, informieren.

Auch unsere Landsmannschaft ist an dieser Gemeinschaftsausstellung mit drei Tafeln beteiligt. Auf ihnen wollen wir über Hugo Linck, den letzten Pfarrer Königsborgs und die Geschichte der Isolation, der existentiellen Not und des Abgeschlossenenseins der in der Stadt Königsborg 1945 - 1948 verbliebenen deutschen Restbevölkerung informieren.

Die Gestaltung unserer Tafeln erfolgte in Zusammenarbeit mit Henriette Piper, der Enkeltochter Hugo Lincks.

Heinrich Lohmann

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Weserpark, Bremen Osterholz

6. bis 24. Juni 2023, Hans-Bredow-Straße 19, Ort: Lichthof vor P & C, Montag bis Samstag 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr, Eintritt frei, Schirmherrschaft: Frank Imhoff, Präsident der Bremischen Bürgerschaft **Ausstellung:** „Kommunikation. Von der Depesche bis zum Tweet.“ Die Bremer Archive und Radio Bremen

Die Bremer Archive

Bremen, 24. Mai 2023 „Kommunikation“ in den unterschiedlichsten Formen steht ab dem 6. Juni im Weserpark in Bremen Osterholz im Mittelpunkt: Kommunikation als Mittel des Austausches zwischen

einzelnen Menschen, als Gegenstand technischer und historischen Entwicklungen oder als aktuelles gesellschaftliches Diskussionsthema. Die vom Arbeitskreis Bremer Archive gemeinsam mit Radio Bremen erstellte Ausstellung wurde 2020 erstmals in der Unteren Rathaushalle präsentiert. Anlass war der alle zwei Jahre am ersten Märzwochenende bundesweit stattfindende TAG DER ARCHIVE. Dem Jubiläum „75 Jahre Radio Bremen“ galt mit rundfunkhistorischen Themen ein besonderer Schwerpunkt.

Der Weserpark, Einkaufszentrum und Treffpunkt im Bremer Osten, hat einen frisch gekürten Preisträger eingeladen. Anfang Mai 2023 erhielt der Arbeitskreis Bremer Archive den jährlich vergebenen Preis für Heimatforschung. Die Wittheit, die wissenschaftliche Gesellschaft Bremens, würdigt damit den Arbeitskreis, der sich seit mehr als 20 Jahren für die Sicherung historischer Quellen und für einen offenen Zugang zu diesen kulturellen Zeugnissen einsetzt.

Auf den Schautafeln der Ausstellung zeigen rund 30 Archive Briefe, Fotos, Interviews, Langspielplatten, Plakate, Telegramme, Zeitungsausschnitte und viele weitere Exponate. Das Spektrum reicht vom US-amerikanischen Sender AFN, Kirchenfunk und Campusradio über Kunst als Kommunikation, dem Bremer „Eiffelturm“ in Walle und dem „W“ auf dem Werder-Trikot bis hin zu Satelliten in der Raumfahrt. Es entsteht ein vielfältiges Bild der technischen, gesellschaftlichen und sprachlichen Veränderungen unserer Kommunikation in den vergangenen 100 bis 200 Jahren. Auf diese Weise richten die Archive einen besonderen Blick auf das kulturelle Erbe der Stadt und des Landes Bremen, ergänzt durch überregionale und internationale Themen.

Im Arbeitskreis Bremer Archive haben sich seit 2001 rund 40 verschiedene Archive aus Bremen und Bremerhaven zusammengeschlossen. Das Spektrum umfasst institutionelle und freie, lokal und international bedeutsame Archive; es reicht vom Staatsarchiv über die Archive in Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen bis zu den Stadtteil- und Heimatarchiven. Zur Eröffnung stehen Vertreter der Bremer Archive zu Gesprächen bereit. Weitere Informationen unter www.bremer-archive.de

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Wetzlar – Dienstag, 20. Juni, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: „Pommern - wie es einmal war - Teil 1“, Film-Vortrag von Herrn Kuno Kutz, Hüttenberg. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg,

PAZ
wirkt!

ANZEIGE

Letni Festyn Mniejszości Niemieckiej
Warmii i Mazur

OSTPREUSSISCHES
SOMMERFEST

24.06.2023

WUTTRIENEN - BUTRYNY

START 10:00 UHR

Chöre und Volksgruppen der deutschen Minderheit
Chóry i zespoły mniejszości niemieckiej

FREIZEITPARK BARTBO IN WUTTRIENEN,
BUTRYNY 100, 10-687 OLSZTYN/ALLENSTEIN

Landsmannschaft
Ostpreußen e.V.

Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558.

Mittagessen

Wiesbaden - Donnerstag, 15. Juni, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46, 12.00 Uhr. Wir essen à la carte

Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 09. Juni 2023 bei Helga Kukwa Tel. 0611-373521 oder Ilse Klausen Tel. 06122-14808 ESWE-Busverbindung: Linie 16 Haltestelle Ostpreußenstraße

Monatstreffen

Wiesbaden - Sonnabend, Wiesbaden-Kohlheck, Kranichstraße, 11.00 Uhr, Feierstunde zum Tag der Heimat 2023 am Gedenkstein der Landsmannschaften im BdV.

Die traditionelle Gedenkstunde steht in diesem Jahr unter dem Leitwort „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“.

Bekunden Sie mit Ihrer Teilnahme an der Veranstaltung Ihre Treue zur unvergessenen Heimat.

Wiesbaden - Das Monatstreffen mit dem Titel „Ein Astronom, der die Welt veränderte“ war Nikolaus Kopernikus gewidmet, dessen Geburtstag sich in diesem Jahr zum 550. Mal jährt. Der am 19. Februar 1473 in Thorn an der Weichsel geborene Sohn einer aus Niederschlesien eingewanderten deutschen Bürgerfamilie ist der Begründer unseres heutigen astronomischen Weltbildes.

Ausgehend von dem damals noch herrschenden ptolemäischen

Weltbild, die Erde nehme im Universum eine zentrale Position ein, und alle Himmelskörper umkreisen die Erde, bewies Kopernikus, dass nicht die Erde unbeweglicher Mittelpunkt des Weltalls sei, sondern die Sonne, um die sich alle anderen Himmelskörper bewegten. So wurde aus dem einstigen geozentrischen Weltbild das heliozentrische Weltbild - auch als „Kopernikanische Wende“ bezeichnet.

Unterlegt mit Bildern sprach Dieter Schetat über das Leben und Wirken des gelehrten Denkers. Nach dessen Studium in Krakau und Boiogn wurde Kopernikus Domherr in Frauenburg und zunächst Leibarzt seines Onkels, des ermländischen Bischofs Lukas Wattenrode, in Heilsberg - und später Landpropst des Domkapitels. Fünf Jahre residierte er als Landpropst auf der Burg in Allenstein und war zeitweise oberster Verwaltungsbeamter des Ermlandes und zuletzt dessen Generaladministrator.

Bemerkenswert sind auch die Leistungen und Erfolge des Astronomen als Staatsmann und Jurist, aber auch als Arzt und Sprachforscher sowie als Kenner der Antike. So konnte er astronomische Abhandlungen altgriechischer Autoren im Urtext lesen. Er zeichnete Landkarten von Gebieten Preußens und verfasste Gutachten und Denkschriften über die Reform des preußischen Münzwesens.

Unsterblich machte ihn jedoch, sein Forschungswerk „De revolu-

Fortsetzung auf Seite 16

Ostpreußisches Landesmuseum

Das Mädchen aus Ostpreußen

Lesung und Gespräch mit Karin Lindberg
Moderation: Dr. Eike Eckert

Mittwoch, 21. Juni 2023 um 18:30 Uhr

Eintritt: 4,00 €

Lüneburg 1945: Die Hansestadt ist überfüllt mit Vertriebenen aus Ostpreußen, die Wohnungsnot und der Hunger machen den Menschen schwer zu schaffen. Auch die junge Netti hat auf der Flucht alles verloren. Immerhin

ergattert sie für sich und ihre Familie ein ungeheiztes Zimmer auf einem Bauernhof, willkommen sind sie dort aber nicht. Als der britische Besatzungsoffizier Alan Thompson ihr die Stelle als Haushälterin in seiner Offiziersvilla anbietet, nimmt sie dankbar an. Die Arbeit macht ihr nichts aus, doch Thompsons kühle, abweisende Art macht ihr zunehmend zu schaffen. Bis eines Abends Gäste in seinem Haus sich respektlos über die junge Deutsche äußern und er sie in Schutz nimmt.

Karin Lindberg stammt aus Süddeutschland und lebt in der Lüne-

burger Heide. Zehn Jahre war sie in den Chefetagen großer Konzerne tätig - um direkt nach ihrer ersten Romanveröffentlichung zu kündigen und ausschließlich zu schreiben. Heute zählt sie zu den beliebtesten und erfolgreichsten Autorinnen Deutschlands, ihre millionenfach verkauften Liebesromane stürmen regelmäßig die Bestsellerlisten. Ihre Fans begeistert sie mit Geschichten voller Humor, aber vor allem mit ihrem Gespür für große emotionale Momente.

Anmeldung unter Tel. 04131-759950 oder info@ol-ig.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 15

tionibus orbium coelestium“ (Über die Bewegung der Himmelskörper). Von den insgesamt 63 Himmelsbeobachtungen, die in seiner Abhandlung erwähnt sind, machte er nahezu 50 von seiner Warte in Frauenburg am Frischen Haff. In Frauenburg ist er auch gestorben. Seine erst spät gefundenen sterblichen Überreste wurden 2010 im Dom zu Frauenburg „an der vierten Säule rechts“ beige setzt. Als Todestag ist an der Grabstelle der 21. Mai 1543 angegeben.

Seine Lebensarbeit „De revolutionibus“ erschien erst in seinem Sterbejahr. In der Todesstunde soll er das erste Exemplar seines Buches in den Händen gehalten haben. Noch jahrhundertlang wurde das Forschungsergebnis von der katholischen Kirche abgelehnt, weil es im Widerspruch zur Autorität der Bibel stünde. Den Beweis für die Richtigkeit der Lehre erbrachte schließlich der Sternwärtendirektor Friedrich Wilhelm Bessel 1838 in Königsberg i.Pr. anhand der ersten zuverlässigen Messung einer Fixsternparallaxe.

Johann Wolfgang von Goethe bezeichnete das Werk von Kopernikus als „die größte, erhabenste, erfolgreichste Entdeckung, die je der Mensch gemacht hat.“


Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Achtung Änderung

26. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern in Anklam Sonnabend, 16. September, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volks- haus“, 17389 Anklam, Baustraße 48 - 49. Alle ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen groß ausgeschrieben.

Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam


Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465.

Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Bildervortrag und Bericht

Oldenburg – Mittwoch, 14. Juni, 15 Uhr, Stadthotel Hauptstraße 38: Bildervortrag zu Bismarcktürmen gestern und heute in Ost- und Westpreußen. Freunde und Inter-

essierte sind herzlich willkommen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg traf sich zu einem gemütlichen Klönschnack bei einem Kaffee-Nachmittag in dem Ausflugslokal Hotel Wöbken vor den Toren Oldenburgs. Diese zwanglose Zusammenkunft, die auch gut ohne Auto zu erreichen ist, haben acht Personen bei bester Laune, Kaffee, Tee und Kuchen mit Klönschnack und Schabbern sehr genossen.

Gisela Borchers


Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhne, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Einladung zum Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen in Bielefeld am Montag, 12. Juni, im Gasthaus – Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“, in der Kurt-Schumacher-Straße 17a, in 33615 Bielefeld, um 15 Uhr. Erreichbar mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“. Haltestelle „Bültmannshof“. Info bei Frau Barbara Dörr, Telefon 0521-82026. Alle Mitglieder werden gebeten nach Möglichkeit teilzunehmen. Willkommen sind Angehörige unserer Mitglieder, ständige Mitarbeiter und Mitglieder anderer Kreisgruppen sowie aus anderen Landsmannschaften und Freunde Ostpreußens.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen. Mit heimatlichen Grüßen der Vorstand.

Landesgruppe – Kurzdaten: Veranstaltungstag: Sonnabend, 17. Juni 2023, Ort: Haus Union, Schenkendorfstraße 13, 46047 Oberhausen, Veranstalter: Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein - Westfalen e.V., Veranstaltung: Delegiertentagung, Vortrag: Aktuelle Themen - Die Preußische Allgemeine in der Medienlandschaft, Zeit für den Vortrag inkl. Aussprache: 14.00h bis 15.00h

Bonn - Mittwoch, 14. Juni, 18.15 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-

Brändström-Straße 74, 53227 Bonn-Beuel:

„Die Elchschaufel - Symbol Ostpreußens“, ein Vortrag von Wilhelm Kreuer mit anschließendem Gespräch und Beisammensein.

Die Monatsveranstaltung findet entgegen den sonstigen Gepflogenheiten ausnahmsweise an einem Mittwoch statt.

Oberhausen – Sonnabend, 17. Juni, 10 bis 16 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße 13, 46047 Oberhausen: Delegiertentagung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen. Die Einladung ergeht an die Vorsitzenden der Orts- und Kreisgruppen. Ort- und Kreisgruppen, die bisher keine Stärkemeldung erstellt und an die Geschäftsstelle übermittelt haben, werden aufgefordert, dies kurzfristig nachzuholen. Die Landesgruppe NRW verfügt noch über Broschüren, die über die Geschäftsstelle, Margitta Romagno, angefordert werden können.


Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Kirchentag

Chemnitz – Sonntag, 18. Juni, 9.30 Uhr, St. Matthäus Kirche, Zinsendorfstraße 14, 09116 Chemnitz: Kirchentag der evangelischen Ostpreußen und Spätaussiedler. Der Kirchentag, zu dem die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen der Landesgruppe Freistaat Sachsen e.V. einlädt, wird sich mit dem Thema: „Das Wirken der Hugenotten in Ostpreußen“ beschäftigen. Dr. Andreas Flick, Präsident der Hugenotten Gesellschaft, wird an diesem Tag die Predigt halten und am Vormittag zu diesem Thema referieren.

Von 1530 bis 1730 verließen etwa 200.000 von insgesamt 730.000 Hugenotten Frankreich. In dieser Zeit siedelten sich einige der Hugenotten in Ostpreußen an und brachten sich mit ihrer Arbeit in Ostpreußen ein.

Nach dem Gottesdienst werden wir uns vor dem Gedenkstein Flucht, Vertreibung, Deportation versammeln und mit dem Bläserchor der Gemeinde der Toten des Zweiten Weltkrieges gedenken.

Es gibt zur Mittagspause einen kleinen Imbiss. Bitte anmelden. Es werden uns die „Kirchenmäuse“ der St. Matthäus Kirche mit Tanz und Gesang erfreuen. Sie sind herzlich eingeladen, und wir wür-

den uns freuen, Sie begrüßen zu dürfen. Bitte melden Sie sich bei Alexander Schulz unter Telefon (0371) 301616.

Alexander Schulz

**Schleswig-Holstein**

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Mitgliederversammlung

Landesgruppe – Sonntag, 18. Juni, Haus der Heimat, Wilhelminenstraße 47-49, Kiel: Mitgliederversammlung (MV) und Vortragsveranstaltung der LO Landesgruppe Schleswig-Holstein e.V. Auf der MV steht nach der Entlastung des Vorstandes und Schatzmeisters, der Beschluss zur Satzungsänderung und der Geschäftsordnung des Vorstandes sowie die Wahl des 1. Vorsitzenden, des Schriftführers, eines Beisitzers und eines Kassensprüfers an.

Nach 48 Jahren wiedergewählter Landeskulturreferent und 18 Jahren Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein steht Edmund Ferner für diese Positionen nicht wieder zur Verfügung. Er wird der MV zur Ernennung zum Ehrenvorsitzenden vorgeschlagen werden. Eine Laudatio für Ferner wird von seinen langjährigen Weggefährten erwartet.

Bei der Vortragsveranstaltung am Nachmittag durch den Referenten und Buchautor J. Ulrich Stange handelt es sich um das historische Thema „Ostpreußen unter der Zarenherrschaft 1757 bis 1762“, ein ebenso interessanter wie nahezu unbekannter Abschnitt der preußischen und vor allem ostpreußischen Geschichte.

Hans-Albert Eckloff

Festspiele des Zusammenhalts und der Begegnung**München, Mai 2023**

Auch in diesem Jahr war die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer, MdL, zu Gast bei den großen Pflingstreffen der Heimatverbundenen in Bayern. Zunächst war sie am Vormittag des 27. Mai 2023 beim Heimattag in Dinkelsbühl um zu den aus aller Welt angereisten Siebenbürger Sachsen sprechen, ehe sie wenige Stunden später den Heimatabend auf dem Sudetendeutschen Tag in Regensburg mit einem Grußwort eröffnete. Dabei war es ihr als Tochter eines Egerländers ein besonderes Anliegen, drei Tage lang in ihrer Heimat Regensburg viel Zeit mit dem Vierten Stamm Bayerns zu verbringen, der sein Pflingstreffen diesmal unter das aktuelle Motto „Schicksalsgemeinschaft Europa“ stellt.

Für die Beauftragte sind die Pflingstreffen der Landsmannschaften in Bayern seit jeher einer der absoluten Höhepunkte im Jahreskreis. „Da treffen sich die Menschen von weit her, und oft nur einmal im Jahr, tauschen Erfahrungen aus, pflegen gemeinsam Erinnerungen, gedenken der Vergangenheit und feiern die gemeinsame Heimat. Man sieht Trachten und Tänze, lauscht der Musik und

*Als die Kraft zu Ende ging,
war's kein Sterben,
war's Erlösung.*

Edith Liesbeth Stenzel
geb. Woywodt
* 29. Mai 1925 † 18. Mai 2023

In stiller Trauer
**Deine Söhne Axel und Ralf
Schwiegertochter Birgit**

*Die anonyme Beisetzung fand im Stillen auf dem Friedhof
Hamburg-Bahrenfeld statt.*

ANZEIGEN



Du kannst Tränen vergießen, weil er gegangen ist,
oder du kannst lächeln, weil er gelebt hat.
Du kannst die Augen schließen und beten,
dass er wiederkehrt, oder du kannst die Augen öffnen
und all das sehen, was er hinterlassen hat.

„Für jeden brennt eine Kerze.“

Helmut Glietz
* 5. November 1928 † 3. Juni 2022

In seinem Leben waren ihm die Familie und seine Heimat Hirschberg, die er über 40 Jahre jährlich besuchte, stets die wichtigsten Anliegen. Auch ein Jahr nach seinem Ableben, begleitet er uns doch täglich.

**Gisela Glietz
Birgit Glietz mit Frederik Pascal, Albert und Annika
Heribert Genreith
Markus Glietz mit Felix, Anna und Benedikt
Christine Glietz**

Zusendungen für die Ausgabe 25/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 25/2023 (Erstverkaufstag 23. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 13. Juni**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

LO-Termine 2023

24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. Oktober: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Neubrandenburg

9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress**

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
Infos unter Telefon (040) 41400826, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



Dr. Matthias Lill,

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stell. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

gemütlichen Zusammensein mit interessanten, netten Gesprächen genutzt.

Zum Abschied wurde auf das diesjährige Hauptkreistreffen in Hagen am 26. / 27. August 2023 hingewiesen.



Kreisvertreter: Michael Gründling, Dorotheenstraße 1, 06108 Halle/Saale.

Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Regionaltreffen - Nord

Am Sonntag, den 23. April fand in Lübeck nach 3 Jahren „Zwangspause“ das Regionaltreffen Nord der KG-Lyck wieder statt.

25 an Lyck interessierte Personen freuten sich auf diese persönliche Begegnung.

Mit dem Läuten der Kirchenglocken von Lyck begann die Veranstaltung in einem neuen Domizil, der Blockhütte.

Die Initiatorin Heidi Mader begrüßte alle Teilnehmer recht herzlich und dankte für ihr Kommen. Nach einem Gedenken an die Verstorbenen referierte der stellvertretende Kreisvertreter Dieter-J. Czudnochowski über den Ablauf der Kreistagswahl 2023 und seine Tätigkeit mit den Glückwunschkartonen.

Heidi Mader gab einen kurzen Bericht der geleisteten Arbeiten in der Kreisgemeinschaft ab. Ein aufgelockerter Beitrag mit dem Thema „Die Ausflugslokale in und um Lyck vor 1945“, vorgetragen von Reinhard Donder, folgte und rundete das Programm ab. Mit dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes klang der offizielle Teil der Veranstaltung aus.

Das anschließende Mittagessen und der Nachmittag wurden zum



Lycker Kreistreffen: von links: Michael Mader, Heidi Mader, Reinhard Donder und Dieter-J. Czudnochowski

und die Ebenroder in der Brasserie, Schloßplatz 5. Ab 16 Uhr sind dann beide Heimattuben für Besucher geöffnet. Für Landsleute und Freunde Ostpreußens gibt es schon am Freitagabend ab 19 Uhr ein geselliges Beisammensein in den Heimattuben.

Der Vorstand



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de

Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wriester Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachimscheer@t-online.de

Tagungswochenende der Memelstromer

Das Wochenende am den 19. Mai war für die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit ein ereignisreiches. Am Donnerstag reisten die Mitglieder des Kreistages in Lüneburg an, um am nächsten Vormittag die letzte

Sitzung der laufenden ‚Legislaturperiode‘ abzuhalten, bevor man sich am Nachmittag zur Mitgliederversammlung traf, um u.a. die Neuwahlen für den nächsten Kreistag durchzuführen. Im Anschluss daran wurden auf der konstituierenden Sitzung alle Ämter erneut besetzt. Der Samstag dann vereinte eine stattliche Anzahl von Mitgliedern der Stadtgemeinschaft Tilsit sowie der beiden Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung auf dem von den Elchniederungen ausgerichteten Regional- oder Nachbarschaftstreffen, ebenfalls in Lüneburg. Darüber wird an anderer Stelle zu lesen sein.

Die Tagesordnung der Kreistagssitzung am Freitagvormittag handelte die üblichen Regularien ab und wandte sich anschließend den Berichten der Amtsträger zu. Der beantragten Entlastung der drei Vorstandsmitglieder wurde einstimmig entsprochen. Bevor der Schatzmeister einige Hinweise zur Mitgliederversammlung am Nachmittag gab, erstattete der Kreisvertreter einen Bericht über das sogenannte Nachbarschaftsgespräch der Vorstände der Stadtgemein-schaft Tilsit sowie der Kreisgemein-

schaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung, das am 25. Mai in Eisenach stattgefunden hatte. Als Fazit daraus kann angeführt werden, dass sich inzwischen ein Arbeitskreis aus sechs Personen gebildet hat, der im Juni mit den Beratungen über die Festlegung einer Marschroute bezüglich der angestrebten Fusionierung beraten wird. Auf dem Nachbarschaftsgespräch im Frühjahr des nächsten Jahres soll über das Ergebnis berichtet werden, um anschließend, voraussichtlich mit juristischer Hilfe, die weiteren Schritte zu unternehmen.

Die Anzahl der Teilnehmer auf der nachmittäglichen Mitgliederversammlung war, wie erwartet, gering. Die umfangreiche Tagesordnung wurde dennoch ernsthaft abgearbeitet. Zu Beginn wandte Propst a.D. Wolf von Nordheim sich mit einem zu Herzen gehenden Geistlichen Wort an die Versammlung und gedachte abschließend unserer in den letzten vier Jahren Verstorbenen. Nach den Berichten des Kreisvertreters, des Schatzmeisters und des Geschäftsführers sprach sich die Versammlung für drei vom Vorstand eingebrachte

Satzungsänderungen aus und stimmte einstimmig für die entsprechenden Anträge. Es folgte die Wahl des neuen Kreistages für die Wahlperiode 2023 bis 2027. Da drei Posten aus Gesundheitsgründen vakant geworden waren, wurde Sabine Kovacs zur neuen Kirchspielvertreterin für Breitenstein, Michael Herzog zum neuen Beauftragten für Sonderaufgaben und Maximilian Zink zum neuen Protokollführer gewählt. Letzterer ist vermutlich das jüngste Mitglied einer ostpreußischen Kreis- oder Stadtgemeinschaft: ein 24-jähriger Doktorand an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena!

Es wurden der Protokollführer und der Beauftragte für Sonderaufgaben erst auf der kurzen konstituierenden Sitzung des neuen Kreistags gewählt, die sich der Mitgliederversammlung unmittelbar anschloss, und deren Tagesordnung die Neubesetzung aller Positionen des Kreistags außer den Kirchspielvertretern beinhaltete. Alle Amtsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt, d.h. wiedergewählt.

Dieter Neukamm, Kreisvertreter



Tagungswochenende der Memelstromer: hintere Reihe v.l.n.r. Helmut Subroweit, Manfred Okunek, Maximilian Zink, Karlheiner Hamel, Dieter Neukamm, Hans-Joachim Scheer, Michael Herzog, Bernd Bönkost - vordere Reihe v.l.n.r. Mechthild Stoye-Herzog, Gunhild Krink, Betty Römer-Götzelmann, Rotraud Ribbecke, Ernst Saric

Foto: Ernst Saric

PAZ wirkt!

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 'So ist's richtig' puzzle and a 'Magisch' puzzle.

Schüttelrätsel

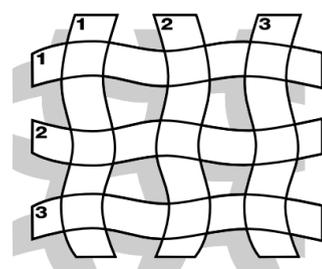
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Scrambled crossword puzzle grid with letters in question marks.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für das Weiterleiten eines Balls.

Middle word puzzle grid with words in the middle and clues on the sides.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Beifall
2 zum Weinen verzogener Mund (ugs.)
3 sich lautlos und schnell bewegen

DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE

Dankbar für deutsch-litauische Freundschaft

25 Jahre Kriegsgräberstätte Klaipeda – Gedenkveranstaltung und Einbettung von 61 Soldaten in Memel

VON HARALD JOHN

Anlass für eine Gedenkveranstaltung mit Vertretern des Volksbundes und befreundeter Organisationen in Litauen waren 25 Jahre deutsche Kriegsgräberstätte Memel [Klaipeda]. Dabei wurden neun deutsche Kriegstote eingebettet. 61 weitere Soldaten sollen noch beigesetzt werden. Seit 27 Jahren gibt es das Kriegsgräberabkommen mit der Republik Litauen.

„Ob unsere Leben und unser Tod für den Frieden und eine neue Hoffnung waren oder umsonst, das können wir nicht sagen. Ihr müsst es sagen.“ Mit Worten des amerikanischen Schriftstellers Archibald McLeish dankte Volksbund-Generalsekretär Dirk Backen der Republik Litauen und ihrer Bevölkerung für 30 Jahre vertrauensvolle Zusammenarbeit und mahnte zugleich zum Frieden.

Zum 25-jährigen Bestehen des litauischen Soldatenfriedhofs in der Hafencity Memel sagte Backen, dass die Einweihung der weitläufigen Anlage nur durch „die Bereitschaft Litauens, Deutschland die Hand zu reichen“, möglich geworden sei. Diese Freundschaft sei elementar: „Nicht um zu vergessen und zu vergeben, sondern um gemeinsam an die Geschichte zu erinnern, die uns verbindet und gemeinsam nach einer friedlichen Zukunft zu streben.“

Ruhestätte für mehr als 1400 Soldaten

Bei sonnigem Frühlingswetter waren zahlreiche Vertreter aus Politik, der Zivilgesellschaft, den Streitkräften Deutschlands und Litauens, der Kirche und vielen Vereinen Memels auf den mit Kiefern bestandenen Friedhof gekommen. Schon im Ersten Weltkrieg hatten hier mehr als 100 Soldaten nach den Kämpfen an der Memel ihre letzte Ruhestätte gefunden.

Bis 1945 wurden etwa 1300 weitere Soldaten beerdigt – die meisten waren



Nahmen an der Gedenkveranstaltung teil: Litauische und deutsche Soldaten

Foto: Erika Kulik

bei Rückzugskämpfen im Herbst 1944 gefallen. Auch zivile Kriegstote sind hier begraben. Gitana Grigaitytė, litauische Botschafterin für Sonderaufgaben im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, und First Sergeant Alan Lent vom United States Marine Corps waren ebenfalls anwesend.

Für die Deutsche Botschaft begrüßte Militärattaché Oberstleutnant I.G. Konstantin Bellini die Gäste. „Orte wie dieser lassen uns die Schrecken des Krieges und seine Sinnlosigkeit erahnen“, sagte der Oberstleutnant im Generalstab. „Es ist traurig, dass die Lehren, die wir aus den Kriegen des vergangenen Jahrhunderts gezogen haben, heute nicht erkannt werden.“ Bellini dankte dem Volksbund, dass dieser sich seit Jahrzehnten um Kriegs-

gräberstätten wie die in Memel kümmerge, „und das nicht nur bei besonderen Gedenkveranstaltungen.“

Generalsekretär Dirk Backen berichtete in der Gedenkansprache auch von seinen baltischen Wurzeln. Seine litauische Großmutter und der deutsche Großvater hätten vor dem Krieg in Tauragė [Tauragė] gelebt. Nach der Flucht vor der Roten Armee und Kriegsgefangenschaft sei die Familie erst 1953 wieder in der Bundesrepublik zusammengekommen. Die Verbundenheit zur litauischen Heimat aber sei ihm geblieben. Backen dankte den Anwesenden mit Blick auf die Unterstützung der Volksbund-Arbeit „für diese große, warmherzige Geste des litauischen Volkes“ und sagte: „Wir sind dankbar für

die Gastfreundschaft der Menschen hier im Lande und für die Möglichkeit, unseren Toten eine letzte Ruhestätte zu geben.“

Gräber für 70 gefallene Soldaten

Bei der anschließenden Einbettung, die der evangelische Geistliche Mindaugas Zilinskis und der katholische Marine-Militärpfarrer Remigijus Monstvilas begleiteten, fanden neun deutsche Soldaten ihre letzte Ruhestätte. Weitere 61 ihrer Kameraden, die alle in den vergangenen Monaten im Nordwesten Litauens und in der Mitte des Landes gefunden und exhumiert worden waren, wurden am 25. April ebenfalls auf der Kriegsgräberstätte Memel bestattet. Viele von ihnen, so Johanna Klier vom Volksbund, seien

noch nicht identifiziert. In dem einen oder anderen Fall ist noch mit einer Schicksalsklärung zu rechnen, zumal die Umbetter 18 Erkennungszeichen gefunden haben.

Zu den Gästen gehörten auch Sven und Sonja Urban aus der Nähe von Hamburg. Sie waren eigens zur Gedenkveranstaltung angereist. Nach der Erforschung der Familiengeschichte und dank Volksbund-Recherchen hatte Sven Urban erfahren, dass sein Großonkel Erwin auf dem Friedhof Memel begraben ist.

Gediminas Tiuchta von der Volksbund-Partnerorganisation „Kulturwerte Schutzdienst“ konnte dem Ehepaar, das sich von der Gedenkveranstaltung sehr ergriffen zeigte, die ungefähre Position des Grabes des Gefreiten Erwin Urban zeigen. Er war im Marinelazarett Memel am 23. Juni 1941 seinen Verwundungen erlegen.

Ebenfalls mit Memel ist die Geschichte der Brüder Sökefeld verbunden. Fünf fielen im Zweiten Weltkrieg, Josef – Jupp – als Letzter in der Region Memel. Sein Name ist im Namenbuch für Klaipeda verzeichnet.

Doch nicht nur auf dem deutschen Soldatenfriedhof legte der Volksbund einen Kranz nieder an diesem Wochenende. Auf dem ehemaligen Gelände einer Niederlassung des Geheimdienstes KGB gedachte Backen der Opfer sowjetischer Gewalt. Dort befindet sich heute eine architektonisch sehenswerte Gedenkstätte, auf der Lager verzeichnet sind, in denen Hunderttausende Litauer interniert worden waren und starben. Im Zentrum steht die Bronzestatue „Das Leid“ des Künstlers Juozas Genevičius. Sie soll zeigen, dass die Gedanken unter der Sowjetherrschaft nicht frei waren.

Bis zum Herbst 2023 sollen eine Million Tote des Ersten und Zweiten Weltkrieges seit 1992 vor allem in Osteuropa ausgebettet sein. Diejenigen, die in Memel zur letzten Ruhe gebettet werden, gehören dazu.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Schlesien kommt auf den Zug

Die Woiwodschaft Niederschlesien reaktiviert im großen Stil stillgelegte Strecken

Wer noch vor wenigen Jahren mit älteren Waggons der Polnischen Staatsbahnen PKP unterwegs war, konnte in den Gängen auf den Netzplänen die historischen Grenzen zwischen Preußen und Österreich-Ungarn einerseits und Russisch-Polen andererseits ohne Einzeichnung des Grenzverlaufs bestens erkennen.

Während die Russen dem polnischen Staat nur wenige Fernstrecken als Erbe hinterließen, hatten Wien und erst recht Berlin ein dichtes Streckennetz aufgebaut, das Pommern, Ost- und Westpreußen, Posen sowie Schlesien durch die vielen Fäden fast flächig gefärbt massiv hervorhoben.

Mit den Stilllegungen der 1990er-Jahre war dieses Erbe schnell dahin. Die Woiwodschaft Niederschlesien knüpft aber nach und nach immer mehr an die alte Herrlichkeit an und setzt im öffentlichen Verkehr auf die Reaktivierung von Strecken. Nach den ersten Projekten in den vergangenen Jahren sollen im Herbst weitere Orte wieder mit dem Zug erreicht werden können: Goldberg [Złotoryja] in Niederschlesien und Reichenau [Bogatynia] in der Oberlausitz. Sowohl Goldberg, als auch Reichenau

sind Städte mit fünfstelliger Einwohnerzahl.

Auch der zentrumsnahe Freiburger (Kopf-)Bahnhof [Dworzec Świebodzki] in Breslau wird wieder in Betrieb genommen, womit eine zusätzliche Option auf dem Weg in die Stadt für Pendler aus dem Westen geschaffen wird. Diese Wiederanbindung wird auch durch die Sanierung des Bahnhofs Neumarkt [Środa Śląska] attraktiver, Züge vom Freiburger Bahnhof sollen über Neumarkt hinaus bis Liegnitz verkehren, verspricht der für die Bahn zuständige Vizemarschall Tymoteusz Myrda.

Im Freiburger Bahnhof war noch bis vor Kurzem die niederschlesische Modellbahnwelt „Kolejkowo“ untergebracht, bis der Ideengeber ins neue Wahrzeichen von Breslau, den Sky Tower etwas außerhalb der Innenstadt, umgezogen war.

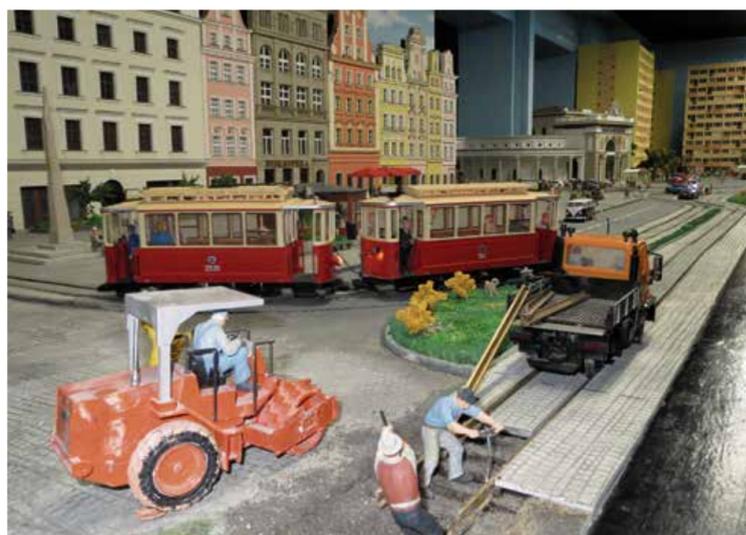
Der 1842 in Betrieb genommene Freiburger Bahnhof bildete die Endstation der Trasse Breslau-Görlitz. Erst 15 Jahre später wurde die Strecke auch an den damals neu eröffneten Breslauer Hauptbahnhof angebunden, der zunehmend den Verkehr vom Freiburger Bahnhof abzog. Nun bekommt das klassizistische Bahnhofgebäude

des Stettiner Architekten Carl Johann Lüdecke (1826–1894) wieder zwei Bahnsteige für Züge in Richtung Liegnitz, Kanth [Każy Wrocławskie] und Wohlau [Wolów].

In Neumarkt werden zwei zusätzliche Gleise nur für den neuen Pendlerverkehr auf dem Streckenabschnitt Neumarkt-Breslau geschaffen. Auch wenn immer noch zehn Prozent der polenwei-

ten Bahnkilometer in der Woiwodschaft Niederschlesien liegen, so haben die Woiwodschaften Großpolen (Posen) und (Ober-)Schlesien (Kattowitz) die Nase vorn. Vizemarschall Myrda zeigt sich ambitioniert. Durch den Netzanschluss der beiden Kreisstädte Goldberg und Löwenberg [Lwówek Śląski] werden die Beförderungszahlen deutlich gesteigert. Er verspricht, dass ab September Reisende gleich auf drei bisherigen Überlandbusverbindungen dann bequem mit dem Zug reisen können. Gemeint sind die einst stillgelegten Verbindungen Liegnitz-Hirschberg [Jelenia Góra], Glogau [Głogów]–Haynau [Chojnów] und Oels [Oleśnica]–Groß Wartenberg [Syców].

Damit nicht genug, so Myrda. Ab Dezember sollen auch reaktivierte Bahnlinien nach Krummhübel [Karpacz] und Bad Flinsberg [Świeradów Zdrój] den Tourismus neu ankurbeln. Und dies wohlgerne mit neuerlegten Gleisen, denn die alten waren demontiert. Auch Guhrau [Góra], die etwa 30 Kilometer von Glogau entfernte Kreisstadt im Norden der Woiwodschaft, soll wieder Anschluss bekommen. Chris W. Wagner



Streckenbauarbeiten auf der Modelleisenbahn „Kolejkowo“: Im Hintergrund der Freiburger Bahnhof

Foto: Wagner

TRADITION

145 Jahre Stettiner Yacht-Club

Der Wimpel des traditionellen Seglervereins weht seit 1945 in Lübeck



VON TORSTEN SEEGER

Mit einem „Tag der offenen Tür“ beging der Stettiner Yacht-Club e.V. im Mai den 145. Jahrestag seiner Gründung. Seh- und Seeleuten wurde dabei einiges geboten: Neben der Besichtigung der Boote konnten Knoten für einen Schlüsselanhänger geknüpft, Spiele gespielt und eine Miniregatta mitverfolgt werden. Überhaupt der Nachwuchs: Dieser stand auch beim leiblichen Wohl im Mittelpunkt. Schließlich sollte der Erlös für die Abgabe von Bratwurst und Getränken für notwendige Anschaffungen der Seglerjugend dienen.

Die Gemeinschaft von etwa 170 Wassersportlern ist heute offiziell ein Lübecker Verein. Örtlich sehen deren Mitglieder ihren Bezug jedoch eher in Ostholstein. Doch seinen Anfang nahm das Segeln unter einem pommerschen Wimpel.

Die Geschichte des Stettiner Yacht-Clubs begann im Jahr 1877. Vor etwas mehr als 145 Jahren also wurde der „Verein Stettiner Ruderer und Segler“ gegründet. Und da die Ruderer schon bald den Verein verließen, nannte sich die Vereinigung danach nur noch „Verein Stettiner Segler“. Er trat 1889 in den nur ein Jahr zuvor gegründeten Deutschen Seglerverband ein und änderte auch in diesem Jahr seine Beflaggung. So ziert seither den blauen Wimpel eine weiße Raute mit einem roten Greifkopf. 1891 nannte man sich dann „Stettiner Yacht-Club Cooperation“. Doch weitaus wichtiger dürfte für die Region das Jahr 1904 gewesen sein. Denn zu jenem Zeitpunkt begann man fünf Seeregatten auszutragen, die zum Vorläufer der legendären „Pommernwochen“ werden sollten.

Für jüngere Segler sei erwähnt, dass die „Pommernwoche“ einst die zweitgrößte deutsche Regattaveranstaltung war. 1912 hatte der Jubilar – der Stettiner Yacht-Club – auch den Pommerschen Re-



Am „Alten Fahrwasser“ der Untertrave bei Bad Schwartau: Der Hafen des Stettiner Yacht-Clubs

gattaverband begründet, in welchem alle bekannten Seglervereine Mitglied waren. Im gleichen Jahr wurde auch die erste „Pommernwoche“ veranstaltet. Damit reihte sie sich damals in die großen Veranstaltungen des Segelsports ein, nach der Kieler Woche.

Als Zubringerregatta diente die Warnemünder Woche vor der mecklenburgischen Küste. Letztere gibt es noch, auch wenn sie zwischenzeitlich zu DDR-Zeiten in Ostseewoche umgetauft wurde. Die „Pommernwoche“ selbst fand leider nur

noch bis 1939 statt. Im Gegensatz zu anderen Veranstaltungen fanden die Wettfahrten aber an unterschiedlichen Standorten statt. Seit dem politischen Umbruch von 1989 wartet diese traditionelle Segelwoche jedoch noch auf ihre Wiederbelebung.

Und die Geschichte des Stettiner Yacht-Clubs? Nun, die wäre vielleicht mit dem Jahr 1945 schon geendet, wenn die ehemaligen Stettiner Segelfreunde nicht nach dem Krieg wieder zusammengetreten wären, um ihre alte Leidenschaft, den

Segelsport unter dem vertrauten Vereinsnamen und Wimpel fortzusetzen. So sind auch neue Mitglieder und Generationen für diesen schönen Wassersport gewonnen worden, und man kann heute auf durchaus bewegte Jahre zurückblicken.

Obleich man seit Jahrzehnten in der Lübecker Bucht ein neues Segelrevier für sich entdeckte, so hat man doch die eigenen Wurzeln in Pommerns ehemaliger Hauptstadt nie vergessen.

• www.styc.de

POMMERN LEBT

75 Jahre Pommersche Landsmannschaft

Rückblick und Ausblick – Pommern ist nicht Geschichte – es hat Geschichte

Das 75-jährige Bestehen der Landsmannschaft Pommern wurde am 19. Mai im ehemaligen Pommernzentrum in Lübeck-Travemünde begangen. Mit einer Andacht in der Versöhnungskirche und anschließender Kranzniederlegung am Gedenkstein nahm die Veranstaltung ihren Auftakt, um anschließend im Pommernsaal fortgesetzt zu werden.

Die Bundesvorsitzende Margrit Schlegel konnte zirka 150 Teilnehmer begrü-

ßen. Aus Nordrhein-Westfalen hatten 50 Teilnehmer eine Busreise in den Norden unternommen, um dabei sein zu können. Ein Grußwort des früheren Sprechers Wolfgang Müller-Michaelis wurde verlesen, er hatte bereits in unserer „Pommerschen Zeitung“ vom 12. Mai einen Rückblick über die 75 Jahre zusammengestellt. Anschließend ließ Frau Schlegel die zurückliegenden Jahre Revue passieren, von den Anfangsjahren der Landsmannschaft mit ihrem Sprecher Herbert von Bismarck bis hin zu den guten Zeiten des Pommernzentrums in Travemünde, von dem den Pommern leider nur die Versöhnungskirche geblieben ist.

Ruth Slenczka, seit einem Jahr Direktorin des Pommerschen Landesmuseums in Greifswald, berichtete in ihrem Grußwort von verschiedenen Projekten, unter anderem, dass der wertvolle Naugarder Abendmahlskelch im Museum ausgestellt ist und dass zwei Gemälde Caspar David Friedrichs als Leihgabe auf Reisen in die Schweiz gegangen sind. 2024, dem Jubiläumsjahr zum 250. Geburtstag des berühmten pommerschen Künstlers, sind sie dann wieder zurück im Pommerschen Landesmuseum. Auf das Jubiläum bereitet man sich in Greifswald intensiv vor.

Den Festvortrag hielt Haik Porada, Historiker und Hochschullehrer sowie Kulturpreisträger der Pommerschen Landsmannschaft 2018. Teils kritisch beleuchtete er die vergangenen 75 Jahre der Landsmannschaft Pommern, die, wie er ausführte, „aus der Not geboren am 18. Mai 1948 gegründet wurde“. Er nannte große Namen und Erfolge. Besonders erwähnte auch er das Pommernzentrum, das am 5. September 1988 von Bundesprä-

sidenten Richard von Weizsäcker eröffnet wurde. Mit der Ostsee-Akademie im Pommern-Zentrum bot es seitdem Raum und Rahmen für Seminare und diverse Veranstaltungen. Es war leider nicht zu halten. Seiner Meinung nach lag es am Standort und einem nicht ausreichenden Nutzungskonzept. Eine Verlegung nach Vorpommern wäre nach seiner Meinung erfolgreicher gewesen.

Porada hob die Vielseitigkeit der Pommernarbeit hervor, so steht 2024 das 900. Jubiläum der ersten Missionsreise des Bischofs Otto von Bamberg an, 2028 das der zweiten Missionsreise. Auch ihn treibt es um, wie man junge Leute für die Heimatarbeit ins Boot holen könnte. Zudem regte er an, die Landsmannschaft in eine Stiftung einzugliedern, um die Arbeit für die Zukunft zu sichern.

Der Bundesvorsitzende Adalbert Raasch würdigte in seinem Schlusswort das Engagement aller Pommern und schloss mit einem Satz von Günter Drewitz: Pommern ist nicht Geschichte – es hat Geschichte! Die Veranstaltung wurde musikalisch umrahmt von der Mezzosopranistin Isabelle Kusari. Mit ihrer Unterstützung klang das Pommernlied zum Abschluss wunderbar. B. Stramm



Kam in traditioneller pommerscher Tracht: Das Ehepaar Hergenhan



Kranzniederlegung am Gedenkstein: Pastor Christoph Ehrlich vom Pommernkonvent fand bewegende Worte

MELDUNGEN

Springbrunnen, Zeesboote und Störche

Stettin – Mitte Juni ist es wieder soweit: In Stettin werden neun Brunnen in Betrieb genommen – unter ihnen auch die Anlage an der Hakenterrasse. Die Springbrunnen werden bis Mitte September in Betrieb sein. Die Inbetriebnahme inklusive Wartung, Reinigung und Betrieb der Brunnen kostet etwa 152.000 Euro. TS

Greifswald – Der isländische Künstler Ólafur Elíasson wird die Ostfenster im Dom St. Nikolai gestalten. Die Motive dazu lehnen sich an das Werk des pommerschen Malers Caspar David Friedrich (1774–1840) an. Der 250. Geburtstag des Greifswalder Künstlers wird im kommenden Jahr gefeiert. Auch das Pommersche Landesmuseum trifft dazu bereits umfangreiche Vorbereitungen. So sind im Jubiläumsjahr drei Sonderausstellungen sowie ein interaktiver „Romantikpfad & Wanderwerkstatt“ geplant. TS

Swinemünde – Nach der Einrichtung einer Sicherheitszone um das LNG-Terminal bei Osternothafen, die den Zugang zum Strand sowie zu Sehenswürdigkeiten wie dem Leuchtturm oder Fort Gerhard einschränkt, wächst auch der Unmut in Swinemünde. Bereits am 31. Mai wurde dagegen demonstriert. TS

Stralsund – Ein Fährtenhund aus Stralsund errang einen Weltmeistertitel in Finnland. Der zehnjährige Barack von den Bleicheröder Bergen hat alle Aufgaben als Bester gemeistert und damit den Weltmeistertitel für sich verbucht. Der reinrassige Schäferhund von Marco Dreyer hat bei dieser Weltmeisterschaft 38 andere Spürhunde aus 21 Nationen hinter sich gelassen. BS

Barth – Die „Zeesboote“, der Name leitet sich von dem eingesetzten Fanggeschirr, der Zeese ab, starten in die diesjährige Regattasaison: Die bis zu zwölf Meter langen ehemaligen Fischereiboote, die einst zwischen Bodengewässern und Stettiner Haff viel Verbreitung fanden, treffen sich am 17. Juni zur Auftakt-Regatta vor Zingst. Der Start ist um 13 Uhr. Wegen des Hafenumbaus findet in diesem Jahr allerdings kein Hafenfest statt. TS

Rummelsburg – Die alte Brennerei in Versin, Teil des ehemaligen Besitzes der Familie von Puttkamer, soll verkauft werden. Der nach Kriegsende zu einem staatlichen Landwirtschaftsbetrieb gehörende Spirituosenhersteller war 1995 verpachtet worden und befindet sich heute in einem desolaten Zustand. TS

Demmin – Gute Nachrichten von Adebar: Nach einem rapiden Rückgang der Störche seit 2014 im Altkreis Demmin gibt es nun erste positive Signale der Erholung. Wurden im vergangenen Jahr lediglich 25 Brutpaare und 31 Jungvögel gezählt, wurden dieses Jahr bereits 31 Paare gesichtet. Das macht Hoffnung. TS

Bütow – 30 Jahre nachdem der letzte Personenzug durch Bütow fuhr, wurde nun in dem renovierten Bütower Bahnhof erneut über die Reaktivierung der Bahnlinie 212 gesprochen. Derzeit ist Bütow die einzige pommersche Kreisstadt, die über keine Anbindung an den Personennahverkehr auf Schiene verfügt. TS

„Ein Angriff auf christliche Grundüberzeugungen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Exzellenter Beitrag zur europäischen und deutschen Geschichte. Mit Vergnügen gelesen.“

Chris Benthe, Dresden

zum Thema: Als Wien noch Zentrum war (Nr. 17)



Ausgabe Nr. 21

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

SODOM UND GOMORRA ZU: SELBSTBESTIMMT INS GESCHLECHTERCHAOS (NR. 21)

Vielen Dank für Ihren herausragenden und scharfsinnigen Artikel zum geplanten Selbstbestimmungsgesetz!

Hierzu möchte ich ergänzen, dass dieses nicht nur den „Abschied von jedem Realitätsbezug“ bedeutet, sondern ebenso einen Angriff auf christliche Grundüberzeugungen. Nach jüngster Verbanung christlicher Symbole und Sprüche aus der Öffentlichkeit soll nun, mit einem irrsinnigen Gesetz gleich einer Abrissbirne, die Schöpfungsordnung auf den Kopf, und mit staatlich verordneten Lügen das Aussprechen der Wahrheit unter Strafe gestellt werden.

Das erinnert an den biblischen Untergang von Sodom und Gomorra, ebenso aber auch an die Unterdrückung der Corona-Maßnahmenkritik unserer Tage. Was da im Namen von Freiheit und Toleranz Gesetzeskraft erhalten soll, entspringt offensichtlich keinem Pflingst-, sondern einem antigöttlichen Geist, der eine staatlich verordnete Ideologie über Vernunft sowie Glaubens- und Gewissensfreiheit stellen will. Dies wird zwangsläufig erneut zu Intoleranz sowie Diskriminierung Andersdenkender und damit zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft beitragen.

Claus-Peter Ollech, Heuerßen

DEFIZIT LOGISCHEN DENKENS ZU: DIE WAHREN URSACHEN DER ZUNEHMENDEN DÜRREPERIODEN WERDEN VERDRÄNGT (NR. 21)

Endlich wird das Problem der durch Windräder verursachten Dürren, von denen begründbar anzunehmen ist, dass deren Häufig- und Heftigkeit, bisweilen gefolgt von Starkregen und den Boden vernichtendem Hochwasser, noch deutlich zunehmen werden, thematisiert.

Durch Druckunterschiede entstehender Wind ist zwar reichlich, aber nicht unbegrenzt vorhanden. In Windrädern kann

dessen kinetische Energie in elektrische umgewandelt werden. Ein Teil davon sollte aber erhalten bleiben, um Wärmezonen zu vermeiden.

Jeder in einem Windrad zwecks Umwandlung entnommene Wind kann in nachfolgenden Windrädern nicht mehr genutzt werden. Darüber hinaus tragen diese zur erwünschten Verminderung der Erderwärmung nur sehr indirekt bei.

In manchen Städten ist die Temperatur viel höher als in deren Umgebung. Das liegt nicht nur an der Bodenversiegelung und zu wenigem Grün, sondern auch daran, dass Wärmezonen nicht mehr vom nun fehlenden Wind verweht werden. Sind die derzeit häufigen Windflauten etwa nur gefühlt oder bereits Folge zu vieler Windräder am falschen Ort?

Die kritiklose Forderung nach Maximierung von Windrädern beruht auch auf einem Defizit an logischem Denken der Politik, indem sie unsinnige und übertriebene Vorgaben macht. Dringlich wären gründliche Prüfungen, wie viele Windräder wirklich benötigt werden, und vor allem, an welchen Stellen sie weniger Schäden anrichten als sie Nutzen bringen.

Übrigens: Damit sind die mit Windrädern verbundenen Probleme keineswegs erschöpfend angesprochen. Einige davon sind jedoch hinzunehmen – was manche aber auch anders sehen.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

BRILLANTE BESCHREIBUNG ZU: HENRY KISSINGER UND DIE BEDEUTUNG VON GESCHICHTE (NR. 21)

Brillant! Besser könnte man es in deutscher Sprache gar nicht auf den Punkt bringen.

Leider sind ausnahmslos unsere selbst ernannten Eliten zu solchen Tatsachenbeschreibungen nicht mehr in der Lage und erfreuen sich gegenseitig ihrer nicht zu übersehenden geistigen Armut, die mich als Halbiraner in Deutschland nur noch kopfschüttelnd zurücklässt.

Julian Kater, Bad Oeymhausen

EINE NEUE PARTEI FÜR HABECK ZU: JEMAND VON DRAUSSEN (NR. 21)

Die Entlassung von Staatssekretär Patrick Graichen war überfällig. Der Vorwurf der Vetterwirtschaft ist gravierend. Das Geflecht der Grünen mit NGOs, Klima- und Umweltschutzorganisationen ist schwer durchschaubar und bedarf einer gründlichen politischen Aufklärung.

Die „Graichens“ in dieser Republik sind mitschuldig an dem erodierenden Staatsvertrauen vieler Bürger. Aber anstatt strafrechtliche Tatbestände zu prüfen, schickt man Robert Habecks Staatssekretär auf Kosten des Steuerzahlers in den vorzeitigen Ruhestand.

Viel mehr kann man dem arbeitenden Bürger, der mit zunehmend mehr Belastungen zu kämpfen hat, nicht vor den Kopf stoßen. Ich verstehe jene Medien nicht, die dem ideologisch fundamentalistischen Teil der Grünen, allen voran um Baerbock, Lang, den irrlichternden Hofreiter, Schulze und Trittin, eisern die Stange halten, statt sich als Anwalt der „Normalbürger“ und der Mehrheit ihrer Abonnenten zu betätigen.

Habecks Heizungsgesetz ist ein Aberwitz und muss unbedingt verhindert werden. Aber man muss Habeck zugutehalten, dass er innerhalb seiner Partei in Konkurrenz zu der äußerst machtbewussten Baerbock und deren ideologisch-fundamentalistischen grünen Block steht und dadurch selbst ein Getriebener ist.

Im Grunde ist Habeck ein Realpolitiker mit einem Gespür für pragmatische Politik zum Wohle der Mehrheit der Bürger. Daher ist er meines Erachtens bei den Grünen fehl am Platz. Man muss unumwunden einräumen, dass Habeck uns in seiner Funktion als Wirtschaftsminister entgegen vielen Unkenrufen energietechnisch gut durch diesen langen Winter gebracht hat. Das verdient Anerkennung.

Ich würde Habeck empfehlen, die Grünen zu verlassen und zusammen mit Boris Palmer und Sahra Wagenknecht eine neue Partei zu gründen. Palmer genießt trotz seines Parteiaustritts hohes Vertrauen bei

den Ur-Grünen. Und Wagenknecht ist eine potentielle Kanzlerkandidatin, aber bei den Linken fehl am Platz.

Ich bin überzeugt, nicht nur meine Stimme wäre dieser neuen Partei, die es versteht, Ökologie mit Ökonomie zum Wohle der Bevölkerung zu vereinen, gewiss.

Alfred Kastner, Weiden

NIE VON VERTRIEBUNG GEHÖRT ZUM WOCHENRÜCKBLICK: GEDENKEN NACH BÜNDNISLAGE (NR. 20)

Der PAZ-Redakteur trifft mit seinen Bemerkungen über die heftigen Wendungen in der Gedenkkultur für die deutschen Vertriebenen den Nagel auf den Kopf. Eine solche „Wendung“ ist übrigens seit einigen Jahren wieder zu beobachten, wird doch versucht, Parallelen zwischen den deutschen Heimatvertriebenen und den ins Land strömenden Asylanten zu ziehen. Dies geschieht natürlich nicht, um auf das bittere Los der Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen, sondern soll bei der hiesigen Bevölkerung die Akzeptanz für die Flüchtlinge aus asiatischen und afrikanischen Ländern erhöhen.

Ansonsten gilt für das Wissen und damit zwangsläufig auch das Erinnern und Gedenken an die Vertreibung der Deutschen weitgehend, was der Historiker R.M. Douglas in seinem Buch „Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg“ ausführt, nämlich „dass an westeuropäischen und nordamerikanischen Universitäten die überwiegende Mehrheit der Studenten selbst in Fächern wie Neuerer Geschichte Europas, Internationalen Beziehungen und Politologie ihr Studium abschließt, ohne je etwas von einer der schlimmsten menschengemachten Katastrophen gehört zu haben, die den Kontinent nach 1945 traf.“

Das Gleiche gilt in noch größerem Maße für Politiker, Intellektuelle, Medien und die breite Öffentlichkeit in diesen Ländern. Für Deutschland treffen diese Feststellungen in ganz besonderer Weise zu.

Dr. Walter Kreul, Germering

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Jetzt detailliert bewiesen:
**Twitter hat kritische Inhalte zu brisanten Themen
gezielt manipuliert und unterdrückt**

■ Mithilfe eines ausgewählten Journalisten-Teams hat Elon Musk bewiesen, welchen Einfluss Politik, Militär, Geheimdienste und die Pharmaindustrie auf Twitter ausgeübt haben. Der Inhalt der sogenannten Twitter Files sollte nicht nur Liberalen und Konservativen zu denken geben.

Mit der Veröffentlichung der Twitter Files erlangen Außenstehende erstmals einen intimen Einblick in das Innenleben der einflussreichsten Kommunikationsplattform der Welt. Dabei werden die schlimmsten Befürchtungen wahr: Elon Musks Journalisten-Team berichtet über den Einfluss der Demokratischen Partei, des FBI, des Pentagons und der US-Regierung selbst auf den Kurznachrichtendienst.

Was immer wieder bestritten wurde, kommt jetzt ans Licht

Außerdem zeigen die Twitter Files auf, welche Werkzeuge dem Moderations-Team bei Twitter zur Verfügung stehen, um die Sichtbarkeit von Accounts zu beschränken und sie auf Negativlisten zu setzen. Bislang hatte man bei Twitter bestritten, solche Methoden anzuwenden.

Schonungslos analysiert und dokumentiert das renommierte Autorenkollektiv um Dr. C. E. Nyder ein System, das völlig außer Kontrolle geraten ist. Es führt einer breiten Öffentlichkeit erstmals vor Augen, in welchem erschreckendem Ausmaß sie manipuliert wurde.

Systematische Unterdrückung und Zensur

Dies alles ist schon beängstigend genug. Aber noch viel schlimmer ist der Umstand, dass der Journalismus als Ganzes zu den Vorgängen schweigt und damit seine Wächterrolle vollkommen aufgegeben hat. Damit verkommt die freie Presse zum verlängerten Arm der Regierung und der Geheimdienste.

»Sollte sich der industrielle Zensurkomplex mit seinem Willen durchsetzen, so bedeutet dies das Ende der Meinungsfreiheit und damit das Ende der westlichen Demokratie«, schreibt Matt Taibbi aus Elon Musks Journalisten-Team.

**Wie konnte es so weit kommen?
Das zeigt Ihnen dieses Buch!**

Dr. C. E. Nyder: Die Twitter Files
gebunden • 224 Seiten • zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr. 989 100 • 22,99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

HESSEN

Montags ist Ruhetag

Rauschiges Holz und durstige Mönche – Abseits der Universitätsstadt lässt sich im Marburger Umland viel Kultur studieren

VON BETTINA MÜLLER

A ltehrwürdiges Marburg. Die über 800 Jahre alte Stadt ist unter anderem für ihre Elisabethkirche berühmt, eines der wichtigsten Baudenkmale Nordhessens, in dem seit 1236 die Gebeine der Heiligen Elisabeth aufbewahrt werden. Einst Ziel mittelalterlicher Pilger, strömen noch heute jedes Jahr unzählige Besucher in die Kirche, um ihr zu huldigen.

Derweil wohnt sich der Besucher in der Altstadt ebenfalls in einer anderen Zeit. Gesättigt mit vielfältigen Eindrücken verlässt er die Stadt, ohne dem Umland Beachtung zu schenken. Dabei bietet gerade die landschaftlich schöne Umgebung etliche Glanzpunkte, die dem Auge des kultur- und geschichtsinteressierten Besuchers schmeicheln dürften. Oft ist jedoch die Infrastruktur bröckelig, stehen Dorfgaststätten, Bäckereien und Fleischereien leer und vegetieren vor sich hin.

Sophie von Brabant, die älteste Tochter der Heiligen Elisabeth, war 1252 verantwortlich für die Anlage einer Burg auf dem acht Kilometer südlich von Marburg gelegenen Frauenberg. Da waren die zwei Jahrhunderte andauernden Streitigkeiten zwischen den jeweiligen Landgrafen von Hessen und dem Erzbistum Mainz längst beendet. Die Konflikte haben die Landschaft geprägt, je höher die Burg, desto stärker die Macht, oben die Landgrafen, unten das Volk. Im 15. Jahrhundert wurde Burg Frauenberg aus unbekanntem Grund aufgegeben und zum Steinbruch für die Menschen der umliegenden Dörfer.

1687/88 siedelten sich in der Nähe Waldensfamilien aus Frankreich an. Es handelte sich um Glaubensflüchtlinge, deren Nachfahren dort noch heute ein Restaurant betreiben, während die auf dem 379 Meter hohen Berg gelegene Burg ruine ein beliebter Aussichtspunkt ist.

Auch das nicht unweit gelegene Rauschholzhausen gehört, wie der Frauenberg, zur Gemeinde Ebsdorfergrund. „Rauschholzhausen“, ein seltsamer Name, der sich tatsächlich von einer Adels-



Im Auftrag eines preussischen Diplomaten entworfen: Das südöstlich von Marburg gelegene Schloss Rauschholzhausen Foto: Müller

familie namens „Rau“ ableitet: das „rausche Holzhausen“. Park und Schloss liegen am Ortsrand, heute dient es der Justus-Liebig-Universität als Tagungsstätte. Geplant hatte es der Kasseler Architekt Carl Wilhelm Ernst Schäfer, der unter anderem Universitäts- und Stadtbaumeister von Marburg war, im Auftrag des preussischen Diplomaten Ferdinand Eduard Stumm, der 1888 in den Adelsstand erhoben wurde. Für die Konzipierung des Gartens hatte Stumm, Spross einer Unternehmerfamilie, den Gartenarchitekt Heinrich Siesmayer verpflichtet, der unter anderem auch den Frankfurter Palmengarten geschaffen hatte.

1941 ging die Ära von Stumm zu Ende, als das Anwesen an die NS-Volkswohlfahrt verkauft wurde. Der 30 Hektar große Park mit seinen über 300 Baumarten gehört heute zu den bedeutendsten histori-

schen Gartenanlagen Hessens und steht seit 1956 unter Landschaftsschutz. Sein Vorbild hat er in den klassischen englischen Landschaftsparks, und tatsächlich erinnert auch das Schloss stark an englische Bauten, auch wenn es bewusst asymmetrisch gehalten ist.

Auf dem Sitz der Kelten

Wer nach wie vor im Grünen bleiben will, der kann sich anschließend weiter in die nördliche Richtung bewegen. Und schon bald hinter Marburg trifft man auf die Ausläufer des Burgwalds, der sich bis Frankenberg an der Eder erstreckt. Und da sind sie wieder: die uralten Burgruinen auf Anhöhen, welche die wechselvolle Geschichte der Gegend belegen.

So auch in Rauschenberg, das 1251 das Stadtrecht erhielt und wo man die Ruine einer mittelalterlichen Höhenburg be-

sichtigen kann. Burg Mellnau wurde um das Jahr 1251 durch den Erzbischof Siegfried III. von Mainz erbaut, und wieder war der Grund, die Herrschaft damit zu behaupten und zu festigen. Es ist eine Landschaft geprägt von der Vergangenheit der mitunter kriegerischen Auseinandersetzungen, und immer ging es um Macht, um die Herrschaft über das Land. Auch die Fahrt zum Christenberg unweit von Mellnau ist wie eine Reise in die Vergangenheit. Er liegt völlig abgeschieden, und die Fahrt dorthin verläuft fast nur durch den Wald. Reist man an einem Montag dorthin, so ist man dort alleine, denn das beliebte Ausflugslokal hat Ruhetag. Alles ist verwaist.

Man befindet sich tatsächlich auf einem Berg, der schon Sitz der Kelten war, Ausgrabungsfunde datierten auf 447 nach Christus. Das Plateau wird von der 1520

erbauten Kirche St. Martin mit ihrem Friedhof dominiert, Wanderwege laden zur Erkundung der Gegend ein.

An den nordöstlichen Rand des Burgwalds führt die letzte Etappe der Reise. Schon von Weitem kann man den Turm der Klosterkirche von Haina sehen. Der Andrang ist nicht gerade groß, nur selten scheinen sich Touristen dorthin zu verirren. Vor dem Eingang der gotischen Hallenkirche sitzt ein Mann, der selbst entworfene „Meditationspostkarten“ verkauft und zu jeder der sechs Karten ausgiebig referieren kann, und das ungefragt.

Entlaufene Klosterbrüder

Der Hintergrund scheint bei ihm ein therapeutischer zu sein, denn das ehemalige Zisterzienser-Kloster befindet sich auf dem Gelände der Vitos-Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie. Der Wandel vom Kloster zum Hospital kam mit der Reformation. 1527 löste Landgraf Philipp der Großmütige, ein Nachfahre der Heiligen Elisabeth, alle Klöster in seinem Herrschaftsbereich auf. Die Zisterzienserabtei Haina im Tal der Wohra, deren Grundsteinlegung bereits 1215 erfolgt war, wurde in eine Stiftung umgewandelt.

Die Geschichte des Klosters vor seiner Auflösung war vor allem von wirtschaftlicher Not geprägt. Ende des 14. Jahrhunderts reichten die Einkünfte kaum noch für den Unterhalt des Klosters und seiner Mönche. Darunter litt auch die Disziplin: Bereits 1368 waren zwei Mitbrüder „entlaufen“ und andernorts durch das Ansehen des Klosters „schädigendes Verhalten“ unangenehm aufgefallen.

Im Jahr 1518 eskalierte die Situation erneut, und Beschwerden über „anstößige Trinkgelage mit Laien in den für Fremde unzugänglichen Räumen“ erschütterten den Glauben an das Gute im Mönch. „Bin in des Klosters Nähe! / Da war ich manches Mal / zu Gast; mir ist, als sähe / ich's dort im Wohratal“, dichtete einst der hessische Heimatdichter Heinrich Ruppel (1886–1974). Da war das Kloster immer noch da, die Saufgelage jedoch schon längst Geschichte.

STADTARCHITEKTUR

Das Potsdam des Kaiserreichs

Brandenburgs Landeshauptstadt im Jahr 1912 – Digitale Aufrüstung des Stadtmodells veranschaulicht Kontrast von Damals und Heute

Im Potsdamer Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte (HBPG) kann man vom 15. Juni an eine Zeitreise in das Jahr 1912 unternehmen. Dank digitaler Technik ist dann Potsdam auf dem Höhepunkt der preussischen Monarchie zu erleben. Ausgangspunkt bildet ein raumgreifendes Stadtmodell, das bereits 2003 für das HBPG angefertigt wurde und das in seinen Funktionen digital erweitert wurden. Auf diese Weise lassen sich 60 Potsdamer Orte herausstellen, deren Ursprung und Funktion auf die kaiserliche Herrschaftszeit zurückgehen.

Einige der Gebäude wurden im Zweiten Weltkrieg zerstört oder in dessen Folge abgerissen. Andere wurden in der jüngeren Vergangenheit wiedererrichtet, zum Teil in historisch originalgetreuer Hülle, so etwa am Alten Markt das Stadtschloss oder das Museum Barberini. Ein paar Meter weiter wird gerade der Turm der Garnisonkirche rekonstruiert.

Die heftigen Diskussionen, von denen diese baulichen Veränderungen jeweils begleitet wurden, sind beispielhaft und wurden in ähnlicher Weise auch in ande-

ren Städten geführt. Immer geht es dabei einerseits um die Frage, mit welchem Blick historische Epochen betrachtet und bewertet werden und andererseits um die Frage, wer daraus Entscheidungen für die zukünftige Gestalt und das Leben in einer Stadt ableiten darf.

Um für dieses Spannungsfeld zu sensibilisieren, bietet das HBPG jetzt zwei neue Zugänge am Potsdam-Stadtmodell an: Mit einer eher klassischen Medienanwendung können Besucher über einen Touchscreen die 60 herausgestellten Orte Potsdams einzeln zum Leuchten bringen

und gleichzeitig etwas über deren geschichtliche Prägung erfahren. Historische Ansichten werden aktuellen Fotografien gegenübergestellt.

Zusätzlichen Nutzen hat diese Anwendung, wenn Besucher das HBPG verlassen. Als Spaziergänger durch Potsdam kann man vom 15. Juni an mit dem eigenen Smartphone unter der Internetadresse www.stadtmodell-potsdam-1912.de die gleichen Informationen an den realen Orten abrufen. Und ähnlich den aktuellen Fotografien können sie selbst vor Ort versuchen, die Perspektiven der historischen Fotografien einzunehmen.

Eine weitere Anwendung direkt am Stadtmodell bietet einen eher experimentelleren Zugang zum Thema. Ziel der Förderung war es, auch neue Wege in der digitalen Vermittlung auszuprobieren. Dafür positionierte man fünf historische Stadtansichten aus dem 18. Jahrhundert virtuell am Rand des Stadtmodells. Sichtbar werden sie mit dem eigenen Smartphone als „erweiterte Realität“, die sogenannte Augmented Reality. Auch hier sind die Besucher eingeladen, die Perspektiven

der damaligen Künstler einzunehmen und die historischen Ansichten auf dem Bildschirm ihres Mobilgerätes mit der Silhouette des vor ihnen liegenden Stadtmodells abzugleichen. Die perspektivischen Verzerrungen, die dabei auffallen müssen, zeugen bildlich davon, wie Künstler sehr frei die vermeintliche Stadtansicht interpretierten und damit auch idealisierten.

Brandenburgs Landeshauptstadt lässt sich durch diese technischen Möglichkeiten ganz neu entdecken. Der Kontrast von Früher und Heute kann dazu anregen, die teils kontrovers geführte Diskussion um die Neugestaltung der Potsdamer Mitte in eine neue Richtung zu führen. Ein Vergleich der architektonischen DDR-Hinterlassenschaften mit dem Potsdam von damals zeigt, wie attraktiv die Vorzeigestadt der Preußenherrscher einst gewesen sein muss und was später daraus durch Kriegsschäden und Wiederaufbausünden geworden ist.

tws/HBPG



Sicht von oben: Das Potsdamer Stadtmodell im HBPG

Foto: hbpg

● Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte, Am Neuen Markt 9, Potsdam www.hbpg.de

● FÜR SIE GELESEN

Gelungener
Liebesroman

Die Londoner Kolumnistin Cleo wird von ihrer Chefin auf die dünn besiedelte irische Insel Salvation geschickt, um ihren 30. Geburtstag mit einer besonderen Zeremonie zu feiern. Darüber soll sie dann laufend berichten. Cleo hat nach Ankunft sofort das Gefühl, wieder nach London zurückkehren zu müssen. Von der rauen See und der einsamen Umgebung ist sie nicht angetan. Zu allem Überfluss wurde auch noch eine Doppelbelegung ihres Bungalows vorgenommen. Ein verheirateter amerikanischer Fotograf besteht darauf, ebenfalls dort wohnen zu dürfen. Da es auf der Insel keine weiteren Unterkünfte gibt, müssen die beiden sich arrangieren. Und das Schiff fährt nur einmal die Woche, und das nur bei guten Wetter.

Josie Silver ist mit dem Roman „Mit dir allein“ ein unterhaltsamer und fesselnder Liebesroman gelungen. A. Selke



Josie Silver: „Mit dir allein“, Heyne Verlag, München 2023, Taschenbuch, 444 Seiten, 11 Euro

KÜCHENKUNST

Kochen ohne Hitze

Wie aus Gemüse, Obst, Pilzen oder frischen Resten ein fermentierter Vorrat für das ganze Jahr entstehen kann



FOTO: SHUTTERSTOCK

Von Sauerkraut über salzige Beeren und Kimchi bis Bier – alles fermentiert Sibylle Hunger oder veredelt es mit Fermentiertem. In ihrem Kochbuch erklärt die Fermentista, wie Lebensmittel durch Salz haltbar gemacht

werden können, und hat jahreszeitspezifische Rezepte zusammengetragen. Ihre Erläuterungen sind klar und werden durch die farbenfrohen Bilder der Fotografin Esther Meinel-Zottel gut veranschaulicht. CRS



Sibylle Hunger: „Gemüse und Obst einfach fermentieren“, At Verlag, Aarau und München 2023, gebunden, 245 Seiten, 34 Euro

BIOGRAPHIE

Ein Gegner der Zensur

Stephen Thomson beschäftigt sich mit Stärken und Schwächen Norman Mailers

VON ANSGAR LANGE

Das literarische und journalistische Werk des amerikanischen Schriftstellers Norman Mailer (1923–2007) lässt sich nicht leicht auf einen Nenner bringen. Bereits mit seinem Weltkriegsroman „Die Nackten und die Toten“ landete der Autor und Hobbyboxer einen großen nationalen und internationalen Erfolg. Fortan träumte der Sohn jüdischer Eltern davon, der größte US-Schriftsteller seiner Zeit zu werden.

Mit dem historischen Monumentalroman „Frühe Nächte“ erkundete Mailer das alte Ägypten. Weitere Werke waren Jesus, John F. Kennedy, Madonna, Adolf Hitler und dem Mörder Gary Gilmore gewidmet. Viele seiner Bücher können über den LangenMüller-Verlag bezogen werden, in dem nun auch – zum 100. Geburtstag des Enfant terrible der amerikanischen Literaturszene (siehe PAZ vom 27. Januar) – eine Biographie des Deutsch-Amerikaners Steve Thomson erschienen ist.

Lohnt sich überhaupt noch eine Beschäftigung mit dem Werk Mailers, dessen machohaftige Attitüde und sein betont viriles Auftreten wie aus der Zeit gefallen scheinen? Sein Biograph beantwortet die Frage – wenig überraschend – mit Ja. Mailers nichtfiktionale Arbeiten seien unentbehrlich „für alle jene, die wissen wollen, wie Menschen in den USA des zwanzigsten Jahrhunderts gedacht und gefühlt haben. Ein Eindruck, den Geschichtsbücher üblicherweise nicht vermitteln.“

Eine Beschäftigung mit dem kleinen Kraftpaket aus New Jersey mit der Wuschelmähne und den schier endlosen Frauengeschichten lohnt aber vor allem deshalb, weil er so anders war, als heutige Schriftsteller es bisweilen sind. Mailer war kantig. Er kämpfte gegen übersteigerten Feminismus und politische Korrektheit und war ein entschiedener Gegner der

Zensur. So setzte er sich beispielsweise für seine Kollegen Henry Miller und Vladimir Nabokov ein, deren Werk in den Vereinigten Staaten eben von der Zensur bedroht wurde. So ist denn auch die US-amerikanische Journalistikkönigin Gay Talese, ein Mitbegründer des literarischen Journalismus in den USA, der Meinung, dass sein Land heute einen Norman Mailer nötiger hätte denn je: Die Vereinigten Staaten seien inzwischen in Geiselschaft woker Wortführer, die bereit seien, jeden mundtot zu machen, der öffentlich eine Meinung vertritt, die ihren Überzeugungen zuwiderlaufe.

Thomson lässt es in seiner sehr flüssig geschriebenen Lebensbeschreibung „menscheln“. Der Leser erfährt viel über Mailers außereheliche Eskapaden, die dann oft wieder zu neuen Ehen führten. Mailer war sechs Mal verheiratet und hatte neun Kinder. Seine immense Produktivität war auch finanziellen Nöten geschuldet. Mailer war ein „Getriebener seiner Geldnöte“.

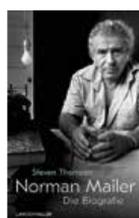
Opfer seiner Zeit?

Thomson schildert Mailer in seinen Stärken und Schwächen, ohne ihn zu be- oder gar zu verurteilen. Seine permanente sexuelle Untreue, sein Alkoholismus, die Depressionen und sein Hang zur Gewalt werden nicht unter den Teppich gekehrt, weil diese Themen immer wieder in seinen Büchern auftauchen. Im November 1960 verletzte er seine damalige Ehefrau Adele Morales sogar so schwer mit einem Taschenmesser, dass sie in Lebensgefahr schwebte. Sie zeigte ihn nicht an. Aus heutiger Sicht ist es völlig unverständlich, dass Mailer damals vor allem als Opfer gesehen wurde, das von seiner Frau beleidigt und verbal gedemütigt worden sei. Die Wut eines Jahrzehnts habe ihn dazu gebracht. Mit dieser merkwürdigen Argumentation versuchte der Autor, sich als Opfer seiner Zeit darzustellen, da er mit

den Wertmaßstäben der 1950er Jahre über Kreuz gelegen hatte.

Neben seinen journalistischen und literarischen Ambitionen hegte Mailer auch politische. So wollte er Bürgermeister von New York werden. Letztlich reichte es aber nur zu einer Verbandstätigkeit als Präsident der US-amerikanischen Sektion der Autorenvereinigung PEN. In dieser Funktion gelang es Mailer zusammen mit seinem PEN-Vize Talese, der Donald Trump damals privat kannte, den späteren US-Präsidenten dazu zu bewegen, für Schriftsteller aus Deutschland, Spanien, Italien und anderen Ländern rund 200 kostenlose Hotelzimmer zur Verfügung zu stellen. Trump tat dies kostenlos, weil die beiden gewieften Autoren an sein übergroßes Ego appelliert hatten.

Thomsons Biographie enthält auch berührende Momente. So fiel es Mailer, der in seiner Kraftmeierei seinem Vorbild Ernest Hemingway nacheiferte, sehr schwer, das langsame Sterben seiner geliebten Mutter zu akzeptieren. Auch sein eigenes Sterben wird auf den letzten Seiten des Buches einfühlsam geschildert. Sein Sohn Michael bereitet seinem Vater am Sterbebett einen letzten Drink zu, den dieser mit Mühe, aber selig zu sich nimmt. Danach lächelt er und reckt den Daumen nach oben. Dann möchte er, dass alle Anwesenden aus dem Glas trinken. Am 10. November 2007 endet Mailers pralles Leben. Mit Mailer starb ein Autor, der sich zu keinem Zeitpunkt den Erwartungen der Allgemeinheit gebeugt hat.



Steven Thomson: „Norman Mailer. Die Biographie“, LangenMüller Verlag, München 2022, gebunden, 376 Seiten, 25 Euro

PALÄONTOLOGIE

Im Bann der Dinos

Eine Archäologin erzählt von Entdeckungen

VON SILVIA FRIEDRICH

Das Buch „Der Dinosaurier im Fels. Die abenteuerlichen Geschichten der ersten Knochenjäger“ ist anders als viele sonstige Sachbücher für Heranwachsende. Während die jungen Leser in gängigen Dinosaurier-Druckwerken oft mit grellen Farben und blutrünstigen Kampfszenen zwischen Urzeitechsen konfrontiert werden, kommt das Sachbuch der Archäologin Silke Vrv aus dem Gerstenberg Verlag eher leise daher. Erdfarben und dunkel ist der erste Eindruck, wenn man es in den Händen hält, so wie die Orte und Höhlen aussehen, in denen man gemeinhin nach alten Knochen aus dem Erdmittelalter sucht. Hier ist das Wort vorrangig, die Geschichten, die erzählt werden, aber auch eine andere Art der Bebilderung der Illustratorin Claudia Lieb. Sie „überschreit“ die Texte nicht, sondern untermalt das Gesagte im wahrsten Sinne des Wortes.

Wir können es uns heute kaum mehr vorstellen, aber bis ins 19. Jahrhundert hin-ein ahnte niemand etwas davon, dass einmal für viele Millionen Jahre Riesenechsen die Erde bevölkert hatten. Zwar wunderte man sich über die Versteinerungen großer Knochen, nur wusste damals noch niemand, was es war. Die ersten Paläontologen, besonders aber auch die Knochenjägerinnen, hatten es sehr schwer.

Erste Knochenfunde

In neun Kapiteln geht die Autorin auf Forschungsreisen zu den ersten Knochenfunden. Nicht nur das Weltbild der Menschen wurde durch die Entdeckungen ins Wanken gebracht – denn die Erde schien weit älter zu sein als bis dato gedacht –, auch die Vorstellung, dass Arten aussterben können, erschreckte die Menschen. Die Geschichten sind sehr spannend geschrieben und gleich die erste über die

Entdeckung des amerikanischen Mastodons, erinnert im Stil beinahe an Mark Twains Erzählungen über die frechen Jungen Tom Sawyer und Huckleberry Finn aus St. Louis. Der Leser befindet sich im Tal des Ohio Rivers und schaut den Indianern aus dem Volk der Irokesen-zu, wie sie einen riesigen Oberschenkelknochen und fünf Kilogramm schwere Zähne aus ihrem Kanu an Land hieven und befreundeten französischen Soldaten, welche die Gegend erkunden, vor die Füße legen. Um was es sich dabei handelte, sollte erst viele Jahre später klar werden – nämlich ein Mastodon. Man nannte es lange Zeit nur amerikanisches unbekanntes Tier.

Ebenso faszinierend ist die Geschichte, als Bergleute in den Niederlanden im 18. Jahrhundert in einem Kalksteinbruch dem Kopf eines „T-Rex der Meere“ gegenüberstanden. Kein Mensch hatte eine Ahnung, was das war, ein Krokodil, ein Wal? Auch hier kamen Wissenschaftler erst später auf die wahre Gattung: ein Mosasaurier, der zur gleichen Zeit lebte wie die Dinosaurier und die Weltmeere bevölkerte.

Am Ende jedes Kapitels gibt es eine Rubrik „Was bleibt?“, in der noch einmal eine Zusammenfassung der wichtigsten Eckpunkte erklärt wird. Fundortkarte und Skelettbeschreibungen komplettieren das Gesagte. Dass hier eine ausgrabungstechnische Fachfrau spricht, merkt man auf jeder Seite. Ein spannendes und mitreißendes Buch, das den Leser sofort in den Bann zieht.

Silke Vrv/Claudia Lieb: „Der Dinosaurier im Fels. Die abenteuerlichen Geschichten der ersten Knochenjäger“



im Fels. Die abenteuerlichen Geschichten der ersten Knochenjäger“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2023, gebunden, 112 Seiten, 26 Euro

DEUTSCHES SCHICKSAL

Begraben im Sand der Kalahari

„Siegend gefallen für Kaiser und Reich“ – Der Westpreuße Friedrich von Erckert in Afrika

VON WOLFGANG REITH

Johannes Felix Friedrich von Erckert, geboren am 30. Dezember 1869 in Bromberg, stammte aus einem ursprünglich bürgerlichen fränkischen Geschlecht, das 1765 in den Reichsadelstand erhoben wurde. Sein Vater Felix (1832–1897) stammte aus Kulm und war bei der Geburt des Sohnes Major und Bataillonskommandeur in Bromberg. Aus seiner 1861 geschlossenen Ehe gingen drei Kinder hervor, darunter neben Sohn Friedrich, dem späteren Hauptmann in der Kaiserlichen Schutztruppe für Südwestafrika, noch zwei Töchter. Felix von Erckert, seit 1874 Oberstleutnant, avancierte drei Jahre später zum Oberst und Regimentskommandeur, ehe er 1881 mit Pension zur Disposition gestellt wurde und sich bald darauf in Freienwalde niederließ.

Sohn Friedrich wechselte 1882 vom Gymnasium in Bromberg ins Kadettenhaus in Wahlstatt (bei Liegnitz in Niederschlesien) über, vier Jahre später dann in die Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde bei Berlin, nach deren Besuch er 1889 als Sekondeleutnant zum Grenadier-Regiment „König Friedrich Wilhelm IV.“ (1. Pommersches) Nr. 2 in Stettin kam. Dreieinhalb Jahre hernach wurde er Bataillonsadjutant, doch weil ihn diese Aufgabe nicht ausfüllte, nahm er 1895 seinen Abschied und ging nach Chile, wo er als Ausbildungsoffizier in der Armee wirkte.

Im Jahr 1897 kehrte er nach Deutschland zurück und wurde als Premierleutnant beim Gardefüsilier-Regiment neu angestellt. Nur ein Jahr später bewarb er sich um Übernahme in die Kaiserliche Schutztruppe für Südwestafrika. Dem Gesuch wurde im November 1899 stattgegeben, im Monat darauf erfolgte die Ausreise. Nach seiner Ankunft in Windhoek und einer Einweisung dort übernahm er im Mai 1900 die 2. Kompanie der Schutztruppe in Omaruru und amtierte zugleich als Chef des gleichnamigen Distrikts.

Zwei Jahre lang nahm Erckert diese Aufgabe wahr, bevor er im Dezember 1902 nach Deutschland zurückkehrte, wo er im Braunschweigischen Infanterie-Regiment Nr. 92 angestellt wurde. 1904 zum Hauptmann befördert, übernahm er als Chef die 2. Kompanie des Regiments. Als im selben Jahr jedoch der Hererokrieg in Deutsch-Südwestafrika ausbrach, meldete sich Erckert erneut zur dortigen Schutztruppe, wo er zunächst Chef der 12. Kompanie des 2. Feldregiments wurde, ehe er 1906 zum Abteilungsführer der 9., 10. und 12. Kompanie sowie der Artillerie avancierte.

Jagd auf Simon Kopper

Obwohl der Kriegszustand in der deutschen Kolonie im März 1907 für beendet erklärt wurde, machte der Häuptling der Fransman-Nama, Simon Kopper, mit seinen Leuten weiterhin die Region im Dreieck, wo Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia), Britisch-Betschuanaland (heute Botswana) und die südafrikanische Kapkolonie zusammentrafen, unsicher, überfiel Farmen und zog sich anschließend über die Grenze zurück.

Ab April 1907 war Erckert Kommandeur des Militärbezirks Nord-Namaland, und in dieser Funktion verfasste er eine „Denkschrift über eine Unternehmung gegen Simon Kopper in die Kalahari“, mit der dessen Treiben ein Ende gesetzt werden sollte. Er schlug die Aufstellung eines Expeditionskorps vor, das wegen der langen Durststrecken auf Kamelen statt auf Pferden und Maultieren beritten sein soll-



„Auf der Verfolgung der Simon-Kopper-Hottentotten in der Wüste Kalahari, 16. März 1908“: Gemälde von Carl Becker

te. Das Kommando der Schutztruppe stimmte dem Vorhaben zu, und im Oktober 1907 begann man mit der Ausbildung für das Kamelreiten, nachdem zuvor mehrere Hundert dieser Tiere importiert worden waren. Am 4. März erfolgte der Abmarsch in zwei Abteilungen, die am 11. März nach rund 150 Kilometern an der Wasserstelle Geinab zusammentrafen. Da man die Ostgrenze dort noch nicht markiert hatte, war nicht ganz sicher, ob man sich noch auf deutschem oder schon auf britischem Territorium befand.

Die Truppe, die unter dem Befehl des Hauptmanns Erckert stand, setzte sich aus drei Kompanien zusammen, hinzu kamen zwei Abteilungen in halber Kompaniestärke, eine MG-Abteilung, eine Feldsignal-Abteilung, eine Kamelstaffel und eine Sanitätsstaffel. Personell gehörten zu der Operation 27 Offiziere, 373 Unteroffiziere und Mannschaften sowie 129 Eingeborene, die 710 Kamele, zwei Pferde, fünf Maultiere und elf Reitochsen mit sich führten. Am Abend des 12. März trat man den Marsch in Richtung Osten an.



Während des Feldzugs: Hauptmann von Erckert Foto: privat

Drei Tage später wurde die Werft Koppers entdeckt und in der Nacht eingekreist. Im Morgengrauen des 16. März 1908 erfolgte der Angriff, wobei der in der vordersten Schützenlinie kämpfende Erckert schon nach wenigen Minuten durch einen Schuss in den Hals tödlich getroffen wurde. Das Kommando übernahm nun der nächstälteste Offizier, Hauptmann Waldemar Grüner. Nach zwei Stunden war der Kampf beendet. Außer dem Expeditionsleiter waren ein weiterer Offizier sowie elf Unteroffiziere und Reiter gefallen. Schwer verwundet wurden Erckerts Adjutant, dazu acht Unteroffiziere und Reiter, von denen am nächsten Tag zwei starben. Unter den leicht Verwundeten befanden sich zwei Offiziere und fünf Reiter. Von den gegnerischen Nama waren 58 tot, darunter Simon Koppers Bruder Isaak, während der Häuptling selbst bei der Annäherung der Deutschen geflohen war.

Nach wenigen Minuten getroffen

Die gefallenen Angehörigen der Schutztruppe wurden an Ort und Stelle beigegeben, da es nicht möglich war, ihre Leichen mitzunehmen. Hauptmann Grüner hielt eine kurze Ansprache, dann trat man den Rückweg an. Am 19. März überschritt man wieder die Grenze, wo das Expeditionskorps aufgelöst wurde. Die meisten Kamele waren zwölf Tage lang ohne Wasser gewesen, einige sogar 16 Tage. Allerdings hatten sich Mensch und Tier zeitweise mit Flüssigkeit aus den Tsammas versorgen können, wilden Wassermelonen, die an manchen Stellen riesige Felder bilden, denn die Kalahari mit ihren charakteristischen roten Sanddünen ist keine reine Wüste, sondern eine Wildnis mit Baumbestand und Graswuchs.

Eigentlich war vorgesehen, wenige Monate später das Gefechtsfeld wieder aufzusuchen, die Leichen zu exhumieren und auf dem Friedhof im südwestafrikanischen Gochas beizusetzen. Dafür hatte man bereits Grabsteine mit den Namen der Gefallenen anfertigen lassen, die dort lagerten. Doch eine Überführung

fand nie statt, und so standen die Grabsteine in Gochas ohne Tote bereit. In den 1970er Jahren wurden sie aufgestellt, wobei man die darin eingravierten Worte „Hier ruhen“ übertünchte. Am 25. Januar 1910 wurde auf dem Friedhof zudem ein Sandsteinobelisk eingeweiht, auf dem einmal mehr die Namen der Gefallenen und die einzelnen Gefechte verzeichnet sind.

Immer wieder gab es Versuche, das einstige Gefechtsfeld ausfindig zu machen. Dabei orientierte man sich an den Fotos, die nach der Beendigung der Kämpfe durch den begleitenden Oberarzt der Schutztruppe, Julius Ohlemann, aufgenommen worden waren. Darauf sind die Grabhügel zu sehen, wobei ein Kreuz die Stelle markiert, an der Erckert beerdigt wurde. Außerdem ist ein Baum zu sehen, der anfangs fälschlicherweise als Kameldornbaum bezeichnet wurde, bei dem es sich jedoch um einen Schäferbaum handelt.

1911 unternahm ein Sergeant Lange den Versuch, die sterblichen Überreste der gefallenen Kameraden zu bergen,



Auf dem Friedhof von Gochas: Erckert-Obelisk Foto: Reith

brach aber das Unternehmen ab, weil die Leichen noch nicht vollständig verwest waren und sich die Begleiter deshalb weigerten, sie mitzunehmen. Elias Le Riche, langjähriger Direktor der südafrikanischen Verwaltung des Kalahari-Gemsbok-Parks (seit 2000 Kgalagadi Transfrontier Park), berichtete, dass er als Kind in den Jahren 1946 und 1950 zusammen mit seinem Vater, der damals selbst Parkverwalter war, auf dem Gefechtsfeld gewesen sei, welches dieser kannte. Beim ersten Besuch hätten sie noch Holzmarkierungen gesehen, mit denen die Gräber versehen waren, beim zweiten Besuch seien diese aber offensichtlich durch einen Buschbrand zuvor vernichtet worden. Da solche Markierungen auf den Fotos von 1908 nicht zu erkennen sind, müssten sie irgendwann nachher angebracht worden sein (vielleicht durch die erwähnte Patrouille des Sergeanten Lange).

Der Farmer Joseph Port, ab 1957 Leiter der „Freiwilligen Arbeitsgemeinschaft und Freunde der Kriegsgräberfürsorge in Südwestafrika“, bemühte sich seinerzeit vergebens, die Grabsteine in die Kalahari zu bringen. Dabei dürfte er die wahrscheinlich letzte Person im Lande gewesen sein, die den Weg zu dem Gefechtsfeld noch gefunden hätte, doch er starb 1963 und nahm sein Wissen mit ins Grab.

Bergungsversuche scheiterten

Ports späterer Nachfolger als Beauftragter des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in SWA/Namibia versuchte in den 1970er Jahren erneut, zu dem historischen Gefechtsfeld zu gelangen, doch er fand niemanden, der ihn dorthin hätte führen können, da alle, die den Weg kannten, inzwischen verstorben waren. Auch die Nachfahren Koppers, die heute noch in der Gegend leben und die man befragte, wussten nicht, wo das Gefechtsfeld lag. Erst ab 1988 gab es dann wieder Versuche, die Grabstellen zu lokalisieren, vor allem durch Wulf D. Haacke, Kurator am Transvaal-Museum in Pretoria, der mehrere Exkursionen unternahm, um – wie er scherzhaft anmerkte – „nach Spuren des letzten Krieges, den Deutschland gewonnen hat“ zu forschen. Allerdings waren diese Operationen ebenso wenig von Erfolg gekrönt wie die Expeditionen des Windhoeker Safari-Unternehmers Carsten Möhle in den Jahren 2010 bis 2018. Zwar konnte das Gefechtsfeld relativ genau eingegrenzt werden, die Gräber selbst wurden aber nicht gefunden, und so bleiben die sterblichen Überreste der Gefallenen von 1908 wohl für immer unentdeckt im Sand der Kalahari verborgen.

In Deutschland hielt man die Erinnerung an Friedrich von Erckert unter anderem dadurch wach, dass man am 16. März 1938, seinem 30. Todestag, an der Familiengruft in Bad Freienwalde eine Gedenktafel mit folgendem Text anbrachte: „Zum Gedenken an Friedrich von Erckert, Hauptmann der Kaiserlichen Schutztruppe für Südwestafrika, geb. 30.12.1869 zu Bromberg, siegend gefallen für Kaiser und Reich inmitten der Kalahari den 16.3.1908“ und dazu die Verse vom Grab seines Onkels Roderich von Erckert in Berlin: „Wer so gelebt, wie Du, so hart gelebt im Leben, Dem wird des Himmels Ruh den ewigen Frieden geben!“

Diese Gedenktafel wurde im Rahmen der „antifaschistischen Grabsüberungen“ nach 1945 entfernt, die marmornen Grabtafeln seiner Eltern existieren zwar noch, zeigen aber deutliche Spuren einer gewaltsamen Einwirkung, während eine dritte Grabtafel – nach einem Foto von 1938 zu urteilen – ebenfalls fehlt.

● AUFGESCHNAPPT

Die Bibel – ein unanständiges Buch? Offensichtlich sieht man es im US-Bundesstaat Utah so. US-Medien berichteten, dass an einigen Grund- und Mittelschulen in der Nähe von Salt Lake City die Bibel aus dem Unterricht verboten wurde. Eltern hatten an der Bibel Kritik geübt, die sie als „eines der sexbeladendsten Bücher überhaupt“ bezeichneten und verlangten, dass sie an Schulen verboten wird. Sie nahmen Anstoß an „unangemessenen Inhalten“ wie „Inzest, Masturbation, sexuellen Handlungen mit Tieren, Prostitution, Genitalverstümmelung, Oralverkehr, Dildos, Vergewaltigung und Kindesmord“. Möglich wurde die Verbannung des berühmtesten Buchs der Welt durch ein Gesetz des Bundesstaats aus dem Jahr 2022, das es ermöglicht, Bücher und Filme wegen „pornographischer und unanständiger Inhalte“ an Schulen zu verbieten. Zwar kam ein mit der Durchsicht der Bibel beauftragtes Komitee zu dem Ergebnis, dass sie nicht gegen das Gesetz verstoße, dennoch wurde entschieden, nur Schülern im Highschool-Alter den Zugang zu gewähren. MRK



● STIMMEN ZUR ZEIT

Jan Klauth verteidigt in der „Welt“ (1. Juni) die unter 30-Jährigen gegen die Kritik, nicht fleißig und ehrgeizig genug zu sein. Es fehle der Generation oft an der langfristigen Perspektive, wofür es viele Gründe gibt, wie etwa:

„Wer ... heute anfängt zu arbeiten, für den ist die (Rente mit ... d. Red.) 63 utopisch – und die Rente selbst trotz hoher Beiträge keineswegs sicher. Dazu kommen zu hohe Abgaben. Gerade die Mittelschicht wird geschröpft, Deutschland hat eine der höchsten Steuerquoten weltweit. Doch anstatt an mittelfristigen Einsparungen zu arbeiten, finanziert der Bund Subventionen und Rettungspakete mit Scheinhaushalten, die im Endeffekt nur noch weitere Schulden für kommende Generationen bedeuten.“

Der US-Sicherheitsexperte Anatol Lieven warnt im Portal „Telepolis“ (31. Mai) vor einer globalen Eskalation des Ukrainekrieges:

„Der Überfall mutmaßlicher russischer Oppositionsparamilitärs aus der Ukraine auf die russische Provinz Belgorod sollte für die Biden-Administration ein Alarm-signal sein, wie schwierig es ist, die Eskalation in der Ukraine in Schach zu halten und so das Risiko zu minimieren, dass die USA in den Krieg hineingezogen werden.“

Der frühere Chef des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, meint im Blog von Alexander Wallasch (31. Mai) zur wahren Motivation für die neuerliche Erleichterung der Einbürgerung:

„Die sozialistische Ausländer- und Staatsangehörigkeitspolitik führte zu einer dramatischen Verschärfung des Problems von muslimischen Parallelgesellschaften und zu einem Anstieg von Ausländerkriminalität. Die SPD sollte ehrlich sein und ihre Motivation für die Staatsangehörigkeitsreform erklären: Sie will offenkundig mithilfe der massenhaften Einwanderung von Ausländern und ihrer schnellen Einbürgerung sich ein anderes Staatsvolk schaffen.“

Der US-amerikanische Investigativreporter Seymour Hersh sprach vor wenigen Tagen mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ über seine Arbeit (29. Mai). Zur Außenpolitik von US-Präsident Joe Biden sagt er:

„Amerika ist zurückgeblieben. Die Saudis verkaufen mittlerweile Öl in Yuan, alle werden wieder freundlicher gegenüber Iran und Syrien, gegenüber der Achse des Bösen aus den Bush/Cheney-Tagen. Die Welt bewegt sich vorwärts, und meiner Meinung nach sind wir Amerikaner nicht mehr Teil dieser Bewegung.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Linas Kampf

Warum linke Gewalt keine ist – und deren Opfer selbst schuld daran sind, halb totgeschlagen zu werden

VON REINHARD MOHR

Als in der vergangenen Woche am Oberlandesgericht Dresden das Urteil gegen Lina E. erging – fünf Jahre und drei Monate unter anderem wegen Sachbeschädigung, Diebstahl, mehrfacher gefährlicher Körperverletzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung –, war das Medienecho riesig. Der über eineinhalb Jahre laufende Strafprozess gegen die 28-jährige Studentin, die, mit anderen zusammen, vermeintliche Rechtsextremisten und Neonazis ausgespäht und dann mit Baseballschlägern und Eisenstangen krankenhaushausreif geschlagen hatte, war lange Zeit unter dem Radar der großen Öffentlichkeit geblieben. Kein Wunder: Man hat bei allen – berechtigten – Warnungen vor Rechtsextremisten und Reichsbürgern versäumt, auch einmal in die andere Richtung zu schauen.

Der Extremismusforscher Professor Dr. Klaus Schroeder von der Freien Universität Berlin sagte dazu in der „FAZ“, 2022 sei das erste Jahr gewesen, in dem es in Deutschland geringfügig mehr rechte als linke Gewalttaten gab: „Von 2013 bis 2021 hatten wir immer mehr linksextreme Gewalttaten. Die Rede, dass der Feind nur rechts steht, ist also Quatsch.“

„Gebt dem Bullen, was er braucht ...“

Plötzlich war nun der militante Linksextremismus, der auch Gewalt gegen Personen gutheißt, in den Medien präsent wie viele Jahre nicht mehr. Was Verfassungsschutz und Strafverfolgungsbehörden seit Längerem beobachten, rief nun auch die sozialdemokratische Bundesinnenministerin auf den Plan. „In linksextremistischen Gruppen sind Hemmschwellen gesunken, politische Gegner auch mit äußerster Brutalität anzugreifen“, sagte sie. „Im demokratischen Rechtsstaat darf es keinen Raum für Selbstjustiz geben.“ Kein Ziel rechtfertigt politische Gewalt.

So klar und eindeutig sehen es beileibe nicht alle. Für die linksradikale Szene, die nach dem Urteil in mehreren Städten gewalttätig demonstrierte, ist das Urteil nichts anderes als die „Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands“ durch die „Klassenjustiz“. Einige Demonstranten skandierten: „Gebt dem Bullen, was er braucht, neun Millimeter in den Bauch.“ Ein klarer Mordaufruf.

Doch auch aus dem linksgrünen Milieu, das den Zeitgeist der Ampel-Republik in Kultur und Medien prägt, hörte man Stimmen, die das, was Lina E. und ihre Gruppe anderen Menschen zugefügt haben, allenfalls pflichtschuldig verurteilen und am Ende doch als irgendwie nachvollziehbar darstellen. Der antifaschistische Kampf ist schließlich eine gute Sache, auch wenn er etwas robust ausgetragen wird.

Ganz überschlaue Zeitgenossen haben sogar ein praktisches Rezept parat. „Man kann sich vor linksextremem Gewalt recht einfach schützen, indem man zum Beispiel kein Nazi ist“, twitterte der Podcast-Produzent, Buchautor und Mitarbeiter des ZDF-„Neo Magazin Royale“ von Jan Böhmermann, Sebastian Hotz unter seinem Pseudonym El Hotzo. Seinem Account folgen fast 600.000 Menschen. Auf Instagram kommt Hotz auf 1,3 Millionen Follower. Es gibt wohlwollende Artikel über ihn und lange Interviews mit ihm in deutschsprachigen Medien.

Man versteht: Die Opfer sind letztlich selbst schuld, dass sie halb totgeschlagen wurden. Die Botschaft: „Nazis“ haben keine Menschenrechte. Gegenüber ihnen kann man das Recht in den eigenen Baseballschlägern nehmen.

Timon Dzienus, Co-Sprecher der Grünen Jugend, sprach von einem „völlig übertriebenen und auf fragwürdigen Indizien beruhenden Prozess“ und forderte „Free Lina!“ – die Parole, die Linksextremisten auf die Hauswände der Republik sprühen. Von Habeck, Lang, Nouripour & Co. kein Wort dazu.

Eine führende Vertreterin der Linkspartei ging noch einen Schritt weiter: „An Lina E. wurde ein Exempel statuiert, und auch die ‚Letzte Generation‘ soll eine kriminelle Vereinigung werden. Das ist unverhältnismäßig und autoritär.“ Statt angesichts der „rechten Bedrohung“ für innere Sicherheit zu sorgen, klopfte sich der „Klatschclub von Mitte bis rechts“ auf die Schulter und kriminalisierte „soziale Bewegungen“.

Das Schweigen der Grünen-Spitze

Zu Zeiten der früheren SED, Vorgängerin der Linkspartei, sind Menschen jahrelang ins Gefängnis geworfen worden, weil sie die DDR-Regierung kritisiert hatten. Wenn heute Reichsbürger oder AfD-Mitglieder wochenlang den Berliner Verkehr lahmlegen würden, käme aus den Reihen der Freunde des Sozialismus umgehend die Forderung, gegen

In den „heute“-Nachrichten des ZDF am Sonntagabend wurde als erstes die Kritik am Polizeieinsatz erwähnt – die Gewalttaten der Linksradikalen allerdings nicht. Eine absurde Verdrehung der Tatsachen

diese unverschämte Provokation faschistischer Kräfte müsse der Rechtsstaat mit aller Härte durchgreifen.

Am Wochenende kam es dann in Leipzig zu den schweren Krawallen, die man so präzise vorhersagen konnte wie den Wetterbericht nach der Tagesschau – genauso wie die scheinheilige Kritik von Linken, Grünen und Jusos an der Polizeistrategie – „unverhältnismäßig und eines Rechtsstaats unwürdig“ – und das abermals dröhnende, genauer: feige Schweigen der Grünen-Spitze.

In den „heute“-Nachrichten des ZDF am Sonntagabend wurde als erstes die Kritik am Polizeieinsatz erwähnt – die Gewalttaten der Linksradikalen allerdings nicht. Eine absurde Verdrehung der Tatsachen.

Die Polizei hatte rund um mehrere hundert gewaltbereite „Antifas“ einen Kessel gebildet und nach und nach alle erkennungsdienstlich behandelt. „Die Wut im und um den Kessel entlädt sich ab und zu“, berichtete der „Welt“-Reporter Wolfgang Büscher. „In jähren Attacken und polizeilichen Gegenattacken. Verbal sowieso. Ein Mann draußen schreit: ‚Was der Bulle braucht – Hammer auf den Kopf, Sichel in den Bauch!‘“

Zweifel am Verhältnis zum Rechtsstaat

Erschütternd sind nicht nur solche Parolen, sondern auch das gleichgültige, teils ablehnende Verhältnis vieler linker und grüner Politiker zum Gewaltmonopol des Staates und jenem Rechtsstaat, der nicht nach guten oder bösen Motiven, sondern nach Schuld oder Unschuld fragt, wenn es um Straftaten geht.

Das hehre Ziel scheint für viele Linke aber immer noch wichtiger zu sein als das Urteil der Justiz und die Urteilsbegründung, deren Verlesung neun Stunden dauerte. Mit ihm, ob Klimarettung oder Kampf gegen „Nazis“, lässt sich am Ende beinahe alles rechtfertigen. „Natürlich kann geschossen werden“, sagte Ulrike Meinhof 1970 nach der Befreiung ihres RAF-Genossen Andreas Baader. Danach wurde noch viel geschossen, gebombt und gestorben, bis die „Rote Armee Fraktion“ besiegt war.

Auch wenn eine ähnliche Entwicklung derzeit nicht droht, sollte die Erinnerung an diese irrsinnige und blutige Geschichte genügen, um schon den Anfängen zu wehren.

Insofern war die Verurteilung von Lina E. auch ein notwendiges Signal an die Gemeinde, auch wenn die Angeklagte vorläufige Haftverschonung erhielt.



Alle Beiträge von Reinhard Mohr finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● WORT DER WOCHE

„Entweder wir beenden die irreguläre Migration – oder die irreguläre Migration beendet unser Asylrecht“

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Thorsten Frei laut „Welt“ (5. Juni) zur aktuellen Debatte über eine Anpassung des Asylrechts an die gegenwärtige Migrationslage